

4.2014

Land *InForm*

Magazin für Ländliche Räume

Weiblich, ländlich – unternehmerisch!

Außerdem:
Figurensammlung Homunkulus
Abwasser in Eigenregie behandeln
Barrierefreiheit beginnt im Kopf



dvs *

Deutsche Vernetzungsstelle
Ländliche Räume



Europäischer Landwirtschaftsfonds
für die Entwicklung des ländlichen
Raums: Hier investiert Europa in
die ländlichen Gebiete.

Inhalt

Unternehmerinnen im ländlichen Raum

Gründungen sind ein urbanes Phänomen, denn ländliche Unternehmerinnen und Unternehmer haben weitaus größere Herausforderungen zu meistern als ihre städtischen Kollegen. Wir fragen in diesem Fokusthema, welchen spezifischen Problemen sich vor allem Frauen im ländlichen Raum stellen müssen, die unternehmerisch aktiv sind oder sein wollen. Und zeigen gleichzeitig, wie sie den ländlichen Raum bereichern und lebenswerter machen.

ab Seite 12

Bild: © Edler von Rabenstein - fotolia.com



Weitere Themen



HOMUNKULUS Figurensammlung

Die Insel Hiddensee bei Rügen hat schon immer viele Künstler und Lebenskünstler angezogen. Hier entstand nun mithilfe von ELER-Mitteln ein außergewöhnliches Projekt. Über 200 Marionetten und andere Figuren der Seebühne Hiddensee haben ein neues Zuhause gefunden: Die HOMUNKULUS-Figurensammlung. Der außergewöhnliche Bau ist gleichzeitig auch Spielstätte, Café und Begegnungsort. **Seite 36**



Abwasserbehandlung in Eigenregie

Das sächsische Dorf Treptitz hat mit viel Engagement und Sachverstand seine Abwasserbehandlung selbst in die Hand genommen. Zwei dezentrale Gruppenkläranlagen haben die Bewohner geplant und gebaut und im Rahmen der Tiefbauarbeiten gleichzeitig eine Nahwärmeleitung verlegt. Das Dorf profitiert finanziell und hat seine Attraktivität für Zuzügler gleichzeitig spürbar gesteigert.

Seite 38



Für das Netzwerk

Inside	05	Neues aus der DVS , Umfrage, IGW 2015
Rückblick	06	Euregia
	06	Transferbesuch Wertschöpfungskette Fleisch
	07	Tagung ELER und Naturschutz
	08	Workshop LEADER und Landwirtschaft
Umfrage LandInForm	09	Fragebogen zum Ausfüllen
Ausblick und Web	11	Mitmachen als Prinzip? – Zukunftsforum
	11	Datenhoheit in der Landwirtschaft
	11	EIP-Pinnwand

Im Fokus

Vorwort	13	Bundesminister Dr. Christian Schmidt
Einführung	14	Unabhängigkeit ist das Hauptmotiv
Hintergründe	16	Stereotype sind überholt – Interview
	17	Frauengeführte Unternehmen stabiler – Interview
	18	Frauen schaffen Vielfalt auf den Höfen
	20	Weniger engagiert oder ausgebremst?
	21	Rollenbilder – nicht konservativ, aber konservierend
Unterstützung	22	Innovative Maßnahmen in Baden-Württemberg
	24	Gründungsqualifizierung via Internet
	25	EU-Projekt fördert ländliche Unternehmerinnen
Unternehmerinnen	26	Servicestelle Odenwald
	28	Unternehmerinnennetzwerk Oberhavel
	29	Anne Korte, Landwirtin
	30	Susann Krauß, Kraußes Kindersachen
	31	Catharina Cramer, Warsteiner Gruppe

Forschung trifft Praxis

44	Integrationspotenziale ländlicher Regionen
----	--------------------------------------------

Aus der Praxis

32	Agrargenossenschaft Bartelshagen
34	Restholz wärmt Bechstedter Bürger
36	HOMUNKULUS: Neue Heimat für kleine Darsteller
38	Klare Sache – Abwasserbehandlung in Eigenregie
41	Eine Arche für Haustiere
42	Gemeindeforst Hümmel: solide aufgestellt

Perspektiven

Politik und Gesellschaft	46	Naturschutzgroßprojekte und Regionalentwicklung
	48	Barrierefreiheit geht jeden an – Interview
Bildung und Forschung	50	Grüne Gentechnik: Ist Koexistenz möglich?
	52	Alt und trotzdem mobil?
Partner und Experten	54	LINC 2014 – The Art of Cooperation
	55	Austausch mit Finnland – Interview
	56	Waldklimafonds schafft Anreize zu mehr Klimaschutz
	57	Netzwerk Ackerbau e.V.
Service	58	... angelesen
	59	... angekündigt
	60	Termine



Bild: © RioPataca Images - forolia.com

Barrierefreiheit

Vor elf Jahren wurde in der Euregio Maas Rhein das Euregio Kompetenzzentrum für Barrierefreiheit e.V. gegründet. Unterstützt durch 140 ehrenamtlich aktive Mitglieder berät, schult und prüft es Kommunen, Einrichtungen und Unternehmen. Unser Interview mit dem Vorsitzenden Patrick Dohmen macht deutlich, dass der ländliche Raum beim Thema Barrierefreiheit Nachholbedarf hat. **Seite 48**



Liebe Leserinnen und Leser,

„Frauen gründen anders“ stellte schon 2011 die gleichnamige KfW-Studie fest. Ob es dabei auch Unterschiede zwischen Stadt und Land gibt und wie sie wirken, wurde nicht untersucht. Dabei sind es mehr die Rahmenbedingungen als die Motive für eine berufliche Selbstständigkeit, die den Unterschied ausmachen. Wichtigstes Motiv ist der Wunsch nach Unabhängigkeit und Eigenständigkeit, häufig verbunden mit dem Ziel, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Etwa die Hälfte der Unternehmerinnen arbeitet Teilzeit, weshalb frauengeführte Firmen oft klein und kapitalextensiv sind, aber auch eine relativ geringe Wirtschaftskraft haben. Der Dienstleistungssektor überwiegt.

Zu den Rahmenbedingungen in ländlichen Räumen zählen meist längere Wege, die geringere Kundendichte und weniger Fühlungsvorteile, also Kontakte zu anderen Unternehmerinnen und Unternehmern mit ähnlicher Ausrichtung sowie zu Partnern in der Wertschöpfungskette. Außerdem gibt es meist weniger unterstützende Angebote – sei es für die Kinderbetreuung oder die Serviceeinrichtung für die IT-Anlage. Dabei sind kleinere Unternehmen häufiger auf Netzwerkstrukturen und Kooperationen angewiesen, um sich weiterentwickeln und wachsen zu können.

Umso wichtiger sind neue, clevere Lösungen und Investitionen in die Infrastruktur, die hier Abhilfe schaffen. Ganz vorn steht einmal mehr der Ausbau des schnellen Internets, der hilft, Distanzen zu überbrücken; aber auch die direkte Unterstützung der Unternehmerinnen ist wichtig. Viele Angebote setzen deshalb an diesen Punkten an.

So auch die LEADER-Region Vulkaneifel mit ihren „Webinaren zur Gründungsqualifizierung von Frauen auf dem Land“, die zukünftig auch einen virtuellen Stammtisch zum Erfahrungsaustausch einrichten will. Oder das im Landkreis Unterallgäu im Rahmen des EU Programms „Lifelong Learning“ organisierte Projekt „Mentoring Women in Entrepreneurship“, das junge Unternehmerinnen untereinander und mit bereits erfahrenen Kolleginnen in Austausch bringt. Die in Kooperation vieler Partner aufgebaute Dienstleistungsagentur Servicebörse Odenwald e.V. bündelt als zentrale Anlaufstelle die Angebote für Kunden und hilft den Unternehmen bei der Verwaltung und bei Öffentlichkeitsarbeit. Mehr über diese und weitere Projekte erfahren Sie ab Seite 12.

Die DVS wünscht allen Frauen und auch den Männern eine anregende Lektüre, eine schöne und erholsame Weihnachtszeit und ein interessantes neues Jahr.

Jan Swoboda



Bild: © Jeanette Dietl - fotolia.com

Impressum

LandInForm – Magazin für Ländliche Räume

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Auflage: 12 500

ISSN: 1866-3176

Herausgeber und Redaktion:
Bundesanstalt für Landwirtschaft
und Ernährung, Bonn
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume,
Dr. Juliane Mante, Anja Rath
Dr. Jan Swoboda (V.i.S.d.P)

Redaktionelle Unterstützung:
Andrea Birrenbach

Redaktionelle Mitarbeit:
Raufeld Medien
Marion Hughes (verantw.), Peter Altmann
Tel. 030 6956650
www.raufeld.de

Gestaltung: graphodata AG,
www.graphodata.de

Druck:
MKL Druck GmbH & Co. KG, Ostbevern/
Westfalen

Bezugsadresse und Redaktionsanschrift:
Bundesanstalt für Landwirtschaft und
Ernährung
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Deichmanns Aue 29
53179 Bonn
Telefon 0228 6845-3461 und -3081
Fax 0228 68453361
E-Mail: landinform@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de

Bezug: kostenfrei, LandInForm als PDF-Datei
unter www.land-inform.de

Anmerkungen der Redaktion:

- Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Abbildungen wird keine Haftung übernommen. Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber. Eine Genehmigung zur Zweitverwertung auch in Auszügen in Wort, Schrift und Bild erteilt die Redaktion gern gegen Nennung der Quelle und Belegexemplar.
- Als Zugeständnis an die Lesbarkeit der Texte haben wir uns darauf geeinigt, alle Personen-Gruppen in männlicher Form anzugeben.

LandInForm wird durch den Bund und die Europäische Union im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) gefördert.



Bild: © DVS

Neu bei der DVS: Hans Martin Verhalen und Claudia Thelen

Neue Mitarbeiter in der DVS

Mit ihrer Tätigkeit in der DVS schließt sich nach einem vielfältigen Berufsleben der Kreis: Schon in der agra – der Landwirtschaftsausstellung der DDR – war Claudia Thelen für Veranstaltungen und Quartiere zuständig. Danach schloss sie das Studium der Betriebswirtschaft in der Fachrichtung Fremdenverkehr ab. Sie war eine der ersten Mitarbeiterinnen im Landesfremdenverkehrsverband Sachsen-Anhalt und später im Verkehrsamt der Stadt Halle (Saale). Auch dort war sie für den Bereich Veranstaltungen, Werbung und Presse verantwortlich. Nach ihrem Umzug ins Rheinland organisierte Claudia Thelen viele Jahre interkulturelle Seminare und freut sich jetzt darauf, im Veranstaltungsmanagement der DVS tätig zu werden.

Hans Martin Verhalen absolvierte sein duales Studium zum Diplom-Verwaltungsbetriebswirt beim Kommunalen Rechenzentrum Niederrhein und beim Kreis Kleve. Nach einem kurzen Abstecher ins Sozialamt der Stadt Kleve verteilte der Niederrheiner Zuwendungen für Nationale Stadtentwicklungspolitik beim BBSR und schloss Verträge bei der Bundeszentrale für politische Bildung. Die vergangenen zweieinhalb Jahre war er bei einem IT-Dienstleister als Social Media Manager für die Deutsche Postbank AG tätig. Auf seine neuen Tätigkeiten im Organisationsteam der DVS ist er gespannt und freut sich auf die neuen Herausforderungen.

Umfrage zu unseren Medien

Wir möchten wissen, was wir anders und besser machen können! Ab dem 15. Dezember starten wir unsere Online-Umfragen zu den DVS-Medien – dem Magazin LandInForm, dem Newsletter landaktuell und unserem Internetauftritt. Wir freuen uns über zahlreiche Teilnehmer und konstruktive Kritik.

Die Online-Umfragen finden Sie unter:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/umfragen

Den Fragebogen zu LandInForm können Sie auch handschriftlich ausfüllen und uns per Post zuschicken. Sie finden ihn auf den Seiten 9 und 10 dieser Ausgabe.

Ländliche Räume – kreativ belebt

Am 16. Januar 2015 startet sie wieder: die Internationale Grüne Woche in Berlin. Gemeinsam mit dem Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft präsentiert die Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS) zehn Tage lang Projekte, die das Potenzial und die Kreativität der ländlichen Regionen zeigen.

Von Monika Wohlerl

Es gibt vielfältige Beispiele dafür, wie man den Problemen in den ländlichen Räumen innovativ und engagiert begegnet. Von solchen Beispielen können sich Besucher am DVS-Messestand und auf der LandSchau-Bühne in der Halle 4.2 „Lust aufs Land“ ein Bild machen.

Die hessische Dorfschmiede Freienseen zeigt, wie sich ein Dorfzentrum erfolgreich beleben lässt, so dass Dorfläden, Café, medizinische Versorgung und vieles mehr zurückkehren.

Dass auch einzelne Menschen in den ländlichen Räumen viel bewegen können, beweist das Projekt „Klassik im Kloster“ aus Baden Württemberg. Seit 2006 bringt die Veranstaltungsreihe in der besonderen Atmosphäre einer Klosterkirche Künstler aus der ganzen Welt nach Bad Herrenalb – und mit ihnen auch eine wachsende Zahl an Gästen und begeisterten Zuschauern.

Zu einer unkonventionellen Lösung, der Landflucht junger Menschen zu begegnen, greift die Region Hesselberg. Mit ihren Hesselberg-Models, die als Botschafter der Region fungieren, stärken sie nicht nur die Soft Skills der Jugendlichen, sondern auch deren Identifikation mit der Heimat.

www.kurzlink.de/IGW_DVS-Stand_2015



Zukunftsforum auf der Internationalen Grünen Woche 2015 in Berlin:

Nähere Informationen zu der Veranstaltung der Deutschen Vernetzungsstelle Ländliche Räume auf dem Zukunftsforum finden Sie auf Seite 59 in dieser Ausgabe.



Mehr Informationen:

Monika Wohlerl
 Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
 Telefon: 0228 6845-3462
 E-Mail: monika.wohlerl@ble.de

Regionale Daseinsvorsorge gestalten – vom Aktionsprogramm für LEADER lernen



Ländliche Räume stehen unter dem Druck, die Daseinsvorsorge unter sich schnell wandelnden Bedingungen zu gestalten. Im Aktionsprogramm Regionale Daseinsvorsorge erarbeiteten und erprobten 21 Regionen Entwicklungsszenarien und neue kooperative Ansätze. Können diese Ideen und Methoden die LEADER-Praxis ergänzen? Von Stefan Kämper

Diese Frage thematisierten die Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS) und das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Rahmen einer Tagung auf der Euregia 2014 in Leipzig. Der Ansatz des Aktionsprogramms basiert zum einen auf einer intensiven Datenanalyse und setzt zum anderen auf eine interkommunale und sektorenübergreifende Zusammenarbeit. In vier Fachforen stellten Praktiker regionale Umsetzungsbeispiele zu den Themen Mobilität und öffentlicher Nahverkehr, ärztliche Versorgung, Brandschutz sowie Ehrenamt und Vereinswesen vor. Rund 140 Teilnehmer erfuhren, dass einige LEADER-Regionen bereits von den Ergebnissen profitieren: neben den erfassten Daten und den inhaltlichen Erkenntnissen vor allem vom geschärften Bewusstsein der

Teilnehmer des Aktionsprogramms. LEADER-Aktionsgruppen (LAGs) können ihre Stärke bei der Vernetzung und Koordination der vielen unterschiedlichen privaten und öffentlichen Akteure einbringen und auch beim regional abgestimmten Umbau von Infrastrukturen eine wichtige Rolle spielen. Die Voraussetzung dafür ist allerdings, dass in den LAGs die Verantwortlichen aus den betroffenen Bereichen mitarbeiten.

Vorträge, vielfach auch als Audio-Mitschnitt unter www.netzwerk-laendlicher-raum.de/euregia

Exkursionen und Austausch zur Wertschöpfungskette Fleischhandwerk

Ein positives Fazit zogen die rund 45 Teilnehmer des Transferbesuchs, den die Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS) und das Northern Institute of Thinking Mitte Oktober 2014 organisiert hatten. Vor allem Metzger und Landwirte, aber auch Vertreter von Verwaltung, Verbänden und Forschung besuchten dabei fleischverarbeitende Betriebe in Bayern. Von Bettina Rocha

Die Metzgerei Stuhlberger hat drei Filialen im Landkreis Erding – einer gentechnikfreien Anbauregion – und schlachtet pro Woche rund 120 Schweine und 7 Ochsen. Nach der Schließung aller sonstigen Geschäfte im Ortskern von Wartenberg hat der Metzgermeister Stuhlberger in Eigenregie begonnen, die innerörtliche Nahversorgung wieder zu beleben. Unter anderem integrierte er in seinem Geschäft einen ebenfalls handwerklich arbeitenden Bäcker. Die Besucher interessierte insbesondere die Zusammenarbeit mit den Landwirten. Diskussionsstoff war zudem die Bedeutung der Ausbildung der Fachverkäuferinnen: Sie stehen den Kunden Rede und Antwort beispielsweise bei Fragen zu Transportentfernungen, Herkunft und Fütterung der Schlachttiere.

Die Auswirkungen einer Konzentration von Schlachthöfen diskutierten die Exkursionsteilnehmer mit zwei Veterinären am VION-Schlachthof in Pfarrkirchen, in dem wöchentlich mehrere tausend Tiere geschlachtet werden. Obwohl er wirtschaftlich arbeitet, soll er geschlossen und andere VION-Standorte dafür vergrößert werden. Das hat sowohl Folgen für die Entfernung von Tiertransporten als auch für kleinere landwirtschaftliche Betriebe, die nur geringe Stückzahlen im Monat schlachten lassen. Der Schlachthof nutzt ein Schlachtmobil, um ältere oder verletzte, aber schlachtfähige Tiere bei den Betrieben vor Ort zu töten, die Zerlegung erfolgt im Schlachthof. Diskutiert wurde, ob das Schlachtmobil eine Alternative zur transportintensiven Schlachtung sein könnte, insbesondere auch als vermarktbare Merkmal für Direktvermarkter, die das Fleisch ihrer Tiere auf den Betrieben selbst verarbeiten.

Vormerken:

Die DVS arbeitet an einem LandInForm-Spezial zu Wertschöpfungsketten im Fleischhandwerk, das im Laufe des Jahres 2015 erscheinen soll.



In der Fleischerschule in Augsburg erhielten die Teilnehmer einen Einblick in die Ausbildung der Fachkräfte, hörten einen Vortrag über Tierschutz in der Schlachtung und wohnten einer Weißwurstherstellung bei – mit anschließender Verköstigung.

Die Dokumentation inklusive begleitender Fachvorträge sowie Bildern von der Exkursion ist im DVS-Archiv zu finden: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/fleischhandwerk

Naturschutz

profitiert nicht von der Agrarreform

Auf der Tagung der Deutschen Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS) und des Deutschen Verbandes für Landschaftspflege am 18. und 19. November 2014 in Gotha haben Behördenvertreter und Verbände aus dem ganzen Bundesgebiet über die Ergebnisse und Konsequenzen der EU-Agrarreform für die Förderung des Naturschutzes in der Kulturlandschaft diskutiert.

Von Jan Freese

Die dramatische Ausgangssituation mit weiterhin ungebremsten Artenverlusten in der Kulturlandschaft wurden dieses Jahr wieder in breit angelegten wissenschaftlichen Studien dokumentiert. Die Europäische Union (EU) will mit der Biodiversitätsstrategie diesen Artenschwund bis 2020 stoppen und verfolgt auch in anderen Bereichen, beispielsweise im Wasserschutz, ambitionierte Ziele. Deshalb verbanden Vertreter des Naturschutzes mit der seit 2010 laufenden Diskussion um die neue Gemeinsame EU-Agrarpolitik erhebliche Hoffnungen, dass auch der Arten-, Natur- und Biodiversitätsschutz gestärkt werden könnte.

Keine Fortschritte für den Naturschutz

Die Vorträge machten auf der Tagung jedoch deutlich, dass trotz erheblicher Bemühungen sowohl in der 1. als auch in der 2. Säule der Agrarförderung kaum etwas erreicht wurde. Die Verhandlungsergebnisse hätten aus dem Greening ein Verwaltungsmonster gemacht, das Landwirte vor erhebliche Probleme stellt, dabei aber kaum einen Naturschutzeffekt generierte, erklärte Florian Schöne vom NABU Bundesverband. Natürlich könnten Greeningregelungen zu den Fruchtfolgeauflagen, zum betrieblichen Grünlanderhaltungsgebot und zu den fünf Prozent ökologischen Vorrangflächen regional Effekte erzielen, diese stünden aber in keinem Verhältnis zu den Risiken für Landnutzer und Natur, betonte unter anderem Norbert Röder vom Thünen-Institut Ländliche Räume in Braunschweig.

Kontrollierbarkeit war oberste Maxime

Es bestand Einigkeit unter den Referenten und Teilnehmern, dass die Förderprogramme für den Naturschutz in der Agrarlandschaft im Rahmen des ELER darunter leiden, dass die oberste Maxime bei der Umsetzung der Agrarreform die Kontrollierbarkeit der Maßnahmen war. Die Notwendigkeit und Wirksamkeit von Maßnahmen spielten hingegen kaum noch eine Rolle. Die geschaffenen Rahmenregelungen erschweren die Entwicklung von handhabbaren und wirksamen Förderprogrammen für spezielle und anspruchsvolle Naturschutzmaßnahmen.

Leider konnten auch zentrale Probleme der Naturschutzförderung nicht entschärft werden. Es wurde keine Lösung für extensives Grünland und seine Mosaikstruktur und Dynamik gefunden. Dieses passt auch zukünftig nicht in das Verwaltungs- und Kontrollsystem, was weiterhin zu vielen Konflikten mit Weidetierhaltern und Schäfern führen wird. Generell wurde beklagt, dass die zentrale Rolle des Grünlandes für den Naturschutz und damit die Bedeutung von tierhaltenden und grünlandnutzenden Betrieben nicht weiter gestärkt werden konnte. Übrig bleiben drei Möglichkeiten, die Naturschutzwirkung des ELER zu verbessern: die Maßnahme „Zusammenarbeit“ (Artikel 35 ELER-VO) zwischen Landnutzern, Verwaltungen und Naturschützern vor



Bild: © Robert Schneider - fotolia.com

Ort, die Naturschutzberatung der Landwirte und die Entwicklung und Umsetzung von Projekten des investiven Naturschutzes.

Das ernüchternde Fazit der Tagung ist: Auf europäischer Ebene wurde lange und viel diskutiert, leider ohne Effekt. Es wurden keine besseren Fördermöglichkeiten für den praktischen Naturschutz in der Agrarlandschaft geschaffen. Ob die Verankerung des Greenings in der 1. Säule und das Motto „Öffentliches Geld nur noch für öffentliche Leistungen“ langfristig für besseren Naturschutz sorgen, bleibt gegenwärtig nur zu hoffen.

Die Vorträge der Veranstaltung, aber auch aktuelle Studien zum Biodiversitätsverlust in der Agrarlandschaft, finden Sie unter www.netzwerk-laendlicher-raum.de/naturschutz



Mehr Informationen:

Dr. Jan Freese
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Telefon: 0228 6845-3477
E-Mail: jan.freese@ble.de

Landwirte und LEADER – gemeinsame Stärken für die Region finden



Bild: © BLE, Bonn/Foto: Dominic Menzler

Landwirte sind in LEADER-Prozesse bundesweit unterschiedlich stark eingebunden: Es gibt erfolgreiche Kooperationen, andernorts hakt es bei der Zusammenarbeit. Die Teilnehmer des DVS-Workshops „LEADER und Landwirtschaft – das geht?!“ befassten sich mit den bestehenden Hindernissen und wie man sie abbauen könnte. Der folgende Beitrag greift nochmals einige Aspekte auf.

Von Bettina Rocha, Anke Wehmeyer und Anja Rath

In Ostdeutschland wirken viele landwirtschaftliche Unternehmen in den Lokalen Aktionsgruppen (LAGs) aktiv mit. Das ist häufig historisch bedingt, denn viele Betriebsleiter der früheren Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPGs) fühlten sich auch ihrem Umland verpflichtet. Als LEADER-kompatibel zeigt sich zudem der Südwesten Deutschlands: Seine kleinteilige Agrarstruktur begünstigt häufig eine Bereitschaft zur Diversifizierung der landwirtschaftlichen Betriebe. Somit gehen Interessen der Betriebsleiter mit denen der LAGs einher. Anders als viele Anpassungsstrategien, die große Betriebe in den alten Bundesländern verfolgen, um wettbewerbsfähig zu sein: beispielsweise eine zunehmende Spezialisierung und die Erschließung überregionaler Märkte. Was bewegt Landwirte in LEADER aktiv zu werden?

Verschiedene Perspektiven

Wenig motivierend sind öffentliche Aussprüche, insbesondere von landwirtschaftlichen Interessenvertretern, die LEADER als „Naturschutzplattform“ und „Bürgermeisterspielwiese“ abtun. Dennoch stehen viele lokale und regionale Bauernverbandsvertreter einer Zusammenarbeit durchaus aufgeschlossen gegenüber. Sie stellen aber die Frage: Welchen Nutzen hat LEADER für den landwirtschaftlichen Unternehmer?

Für ihn gibt es zwei Hauptmotive, sich am LEADER-Prozess zu beteiligen: Wertschöpfung und Imagegewinn. Viele Projekte landwirtschaftlicher Unternehmen sind jedoch in LEADER nicht förderfähig. Auf der anderen Seite haben auch LAG-Vertreter oft Vorurteile gegenüber Landwirten. Während sich Verwaltungsvertreter von Amts wegen mit dem Prozess befassen, müssen alle regionalen Unternehmer zudem abwägen, ob sie den Zeitaufwand einer LEADER-Beteiligung bewältigen können.

Langer Atem ist nötig für Erfolg

Um landwirtschaftliche Akteure vor Ort für den häufig immateriellen Nutzen zu sensibilisieren, müssen LEADER-Vertreter geeignete Schlüsselpersonen gewinnen und Angebote machen. Es gilt, die regional bedeutsamen landwirtschaftlichen Kernthemen aufzubereiten und einzubringen – und zwar von Regionalmanagement und Landwirtschaft gemeinsam. Das bedeutet: Die landwirtschaftliche Berufsvertretung muss bei der Erstellung des regionalen Entwicklungskonzepts mitwirken und andere Akteure von der Relevanz ihrer Themen für die gesamte Region überzeugen. Lassen sich Verflechtungen mit dem Dorfleben, der Infrastruktur, der regionalen Wirtschaft, mit Umwelt und Klima und sozialen wie kulturellen Aspekten erzeugen und Win-Win-Lösungen finden? Neben den strukturellen Gegebenheiten entscheidet darüber häufig die personelle Zusammensetzung der LAG, denn für eine Zusammenarbeit ist gegenseitiges Verständnis und Vertrauen unabdingbar.

Was zu erfolgreichen Projekten beigetragen hat:

- Ansprache und Einbindung landwirtschaftlicher Akteure zu Beginn der Förderperiode
- Eigenes Interesse landwirtschaftlicher Akteure, an LEADER mitzuwirken
- Exkursionen zu Best-Practice-Projekten
- Thematische Schwerpunkte wie Direkt- und Regionalvermarktung, Imagepflege sowie Familie und Soziales
- Begleitende Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

LEADER & Landwirtschaft – das geht?!

Im Rahmen des von landwirtschaftlichen Unternehmensberaterinnen initiierten Workshops diskutierten im April dieses Jahres Landwirte, landwirtschaftliche Berater, Vertreter von Landwirtschaftskammern sowie -ämtern und von Bauernverbänden mit LEADER-Regionalmanagements über die Chancen und Möglichkeiten einer Zusammenarbeit.

Die ausführliche Auswertung finden Sie online:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/archiv

LandInForm-Umfrage

Machen Sie mit: Sie helfen uns dabei, unsere Medien Ihren Wünschen und Erwartungen so gut wie möglich anzupassen. Die Ergebnisse der Umfrage werden anonym ausgewertet und die Daten vertraulich behandelt.

Bitte schicken Sie den ausgefüllten Fragebogen bis zum 31. Januar 2015 per Post zurück an: BLE, Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume, 53168 Bonn oder benutzen Sie unsere Online-Umfrage auf www.netzwerk-laendlicher-raum.de/umfragen

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

ERSCHEINUNGSFORM

Ich bevorzuge LandInForm

- im Papier-Format, das ich per Post zugesandt bekomme
- als pdf-Datei, die im Internet hinterlegt ist
- als pdf-Datei, die im Internet hinterlegt ist und über deren Erscheinen ich per E-Mail informiert werde

UMFANG

Die Seitenzahl

- mit durchschnittlich 52 Seiten ist gut
- ist zu umfangreich
- ist nicht umfangreich genug

ERSCHEINUNGSTERMIN

LandInForm sollte

- wie bisher 4x jährlich erscheinen
- öfter als bisher erscheinen
- seltener als bisher erscheinen

STRUKTUR UND INHALT

Die Rubriken finde ich

- übersichtlich und gut voneinander abgegrenzt
- nicht klar voneinander abgegrenzt, weil:
- _____
- _____

WIE INTERESSANT/NÜTZLICH FINDEN SIE DIE JEWEILIGEN LANDINFORM-RUBRIKEN?

FÜR DAS NETZWERK

Intern

völlig uninteressant sehr interessant

Veranstaltungsankündigungen und -rückblicke

völlig uninteressant sehr interessant

Web

völlig uninteressant sehr interessant

FOKUS

völlig uninteressant sehr interessant

PRAXIS

völlig uninteressant sehr interessant

PERSPEKTIVEN

Forschung und Bildung

völlig uninteressant sehr interessant

Politik und Gesellschaft

völlig uninteressant sehr interessant

Partner und Experten

völlig uninteressant sehr interessant

FORSCHUNG TRIFFT PRAXIS

völlig uninteressant sehr interessant

SERVICE

angelesen

völlig uninteressant sehr interessant

angekündigt

völlig uninteressant sehr interessant

Terminkalender

völlig uninteressant sehr interessant

Ich wünsche mir

keine zusätzlichen Rubriken

eine/mehrere zusätzliche

Rubriken, und zwar zu:

INFORMATIONSGEHALT

Die Beiträge finde ich überwiegend

verständlich

nicht gut verständlich, weil:

informativ

zu wenig informativ, weil:

zu kurz

von der Länge genau richtig

zu lang

aktuell

veraltet

Die Hinweise zu weiterführenden Informationen finde ich überwiegend

- ausreichend
 nicht ausreichend, ich wünsche mir weiterführende Hinweise, wie z. B.:

Literaturhinweise und Quellen

- werden ausreichend verwendet
 sollten stärker verwendet werden

Die Internet-Links

- nutze ich
 finde ich hilfreich
 nutze ich nicht

Verschiedene Standpunkte sind überwiegend

- ausgewogen dargestellt
 nicht ausgewogen dargestellt
 ich wünsche mir eine ausgewogenere Darstellung, z. B. durch (Pro-/Kontraseite, ...):

Die Themen sind

- vollständig abgedeckt
 nicht vollständig abgedeckt
 ich wünsche mir mehr Beiträge zu folgenden Themen:

GESTALTUNG

Das Layout finde ich überwiegend

- ansprechend
 nicht ansprechend, weil (z. B. ablenkend, Lesbarkeit störend usw.)

Sonstige Anregungen, Kritik, Bemerkungen, Wünsche...

ANGABEN ZU IHREM INTERESSENFELD

Ich bin hauptsächlich interessiert an Themen und Beiträgen zu (Mehrfachnennungen möglich)

- Land-, Forst- oder Fischereiwirtschaft
 Naturschutz, Landschaftspflege, nachhaltiges Landmanagement
 Diversifizierung und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit
 Umwelt-, Klimaschutz, Erneuerbare Energien
 Regionalentwicklung, LEADER und Integrierte ländliche Entwicklung
 Daseinsvorsorge
 Wissens- und Innovationstransfer
 anderen Bereichen:

- Dienstleistungssektor: Gesundheit und Pflege
 Sozio-Kulturelles
 Familie, Kinder und Jugend
 Senioren
 Fördermittel
 Politik und politische Bewusstseinsbildung
 weiteren Bereichen:

Ich bin (tätig in/im) (Mehrfachnennungen möglich)

- interessierte/r Bürgerin/Bürger
 hauptamtlich in einer Nichtregierungsorganisation
 ehrenamtlich in einer Nichtregierungsorganisation
 einer Behörde
 einem gewerblichen Unternehmen
 einer Forschungseinrichtung
 der Politik
 anderem Bereich

Ich bin hauptsächlich aktiv im Bereich (Mehrfachnennungen möglich)

- Verwaltung: regionale und kommunale Entwicklung
 Regionalmanagement
 Wissens- und Innovationstransfer, Beratung
 Handwerk, Handel, Gewerbe
 Gastronomie, Tourismus

WEITERVERBREITUNG VON LANDINFORM

Verteilen Sie LandInForm weiter?

- nein
 ja, Anzahl Exemplare: _____

Wie viele Personen abgesehen von Ihnen selbst lesen Ihr eigenes LandInForm-Exemplar? _____

ANDERE MEDIEN DER DVS

Lesen Sie unseren Newsletter landaktuell?

- ja nein

Kennen Sie unseren Internetpräsenz www.netzwerk-laendlicher-raum.de?

- ja nein

Kennen Sie die unregelmäßig erscheinenden Publikationen der DVS (LandInForm-Spezial, thematische Broschüren wie „Chance! Demografischer Wandel vor Ort“)?

- ja nein

Machen Sie mit bei unserer Umfrage zu den DVS-Medien:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/umfragen

Mitmachen als Prinzip?

Bürger_innenbeteiligung in der Dorf- und Regionalentwicklung

Die Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS) lädt gemeinsam mit der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. und der Bundesarbeitsgemeinschaft der LEADER-Aktionsgruppen alle ein, die in der ländlichen Entwicklung, im Dorf und der Region engagiert sind. Die Veranstaltung findet am 21. Januar 2015 im Rahmen des 8. Zukunftsforums Ländliche Entwicklung in Berlin statt.

Von Stefan Kämper

Langfristig angelegte und wirkungsvolle Dorf- und Regionalentwicklung bedarf der Beteiligung von Bürgern, die ihr Wissen einfließen lassen. Zudem ist Bürgerbeteiligung oft eine Voraussetzung, um Fördergelder zu erhalten.

Was heißt Beteiligung?

Das Themenfeld ist jedoch nicht ohne Widersprüche. Und wirft viele Fragen auf: Warum beteiligen sich Menschen? Wie und wann werden Betroffene zu Beteiligten? Was ist echte und was Schein-Beteiligung? Was unterscheidet Menschen, die einfach nur gegen etwas aktiv werden, von denen, die etwas aufbauen wollen? Wo liegen die Grenzen der Beteiligung? Ist eine breite Beteiligung bei organisatorisch und technisch komplexen Projekten überhaupt möglich?

Zu diesen Fragen wird es konstruktive, kurze, aber auch provokante Statements geben, unter anderem von den Regionalmanagern und BAGLAG-Sprechern Hartmut Berndt (LEADER-Aktionsgruppe Göttinger Land), Thomas Disser (Region Odenwald), Ines Kinsky (LEADER-Aktionsgruppe Saalfeld-Rudolstadt) und Olaf Pommeranz (LEADER-Region Ostsee-DBR). Ihre Impulse sind die Grundlage für die anschließenden Diskussionen im „Dorf Café“.

Verschiedene Perspektiven einnehmen

Moderiert durch Mitarbeiter der Agrarsozialen Gesellschaft und der DVS erarbeiten alle Teilnehmer gemeinsam Positionen zum Thema, die abschließend reflektiert und zusammengestellt werden. Ziel ist, zu verdeutlichen, welche Aspekte bei Beteiligungsprozessen im Dorf und in der Region zu beachten sind. Um die Teilnehmer dabei zu unterstützen, sich leichter in die Rollen der Betroffenen zu versetzen, wird eine Improvisations-Theatergruppe mit ihren Wortmeldungen die Diskussion befeuern.
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/zukunftsforum

Anmeldung und alle Informationen zum Zukunftsforum:
www.zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de



Mehr Informationen:

Stefan Kämper
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Telefon: 0228 6845-3722
E-Mail: stefan.kaemper@ble.de

Datenhoheit und Ausfallsicherheit in der Landwirtschaft

Workshop am 31. März und 01. April 2015 in Mainz

Die Produktions- und Lieferketten in der Land- und Ernährungswirtschaft werden auch durch den Zuwachs an zentralisierten, internetgesteuerten Prozessen zunehmend verletzbarer. Ziel des Workshops ist es, den Aufbau einer dezentralen Infrastruktur zur Daten- und Informationsvorhaltung in den Betrieben als Beitrag zum Risikomanagement zu diskutieren und die Praxiseinführung von Basiskomponenten sowie Standards für eine ausfallsichere, überbetriebliche Datenvernetzung vorzustellen.

www.netzwerk-laendlicher-raum.de/datenhoheit



Mehr Informationen:

Bettina Rocha
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Telefon: 0228 6845-3882
E-Mail: bettina.rocha@ble.de

WEB

Virtuelle Pinnwand zu EIP-Agri

Von Dagmar Nitsch

Die Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS) arbeitet aktuell am Aufbau einer Datenbank zur Europäischen Innovationspartnerschaft Agri (EIP-Agri) in Deutschland. Diese wird bestehende Operationelle Gruppen, die das Antragsverfahren bereits durchlaufen haben sowie deren Projekte enthalten.

Darüber hinaus will die DVS allen Akteuren, die im Bereich der EIP-Agri aktiv sind, eine Kommunikationsplattform bieten – unabhängig davon, ob sie als eine bereits bestehende Institution, eine sich formierende Operationelle Gruppe oder als Einzelperson handeln.

Dazu haben wir im Themenbereich zu EIP-Agri auf www.netzwerk-laendlicher-raum.de eine Pinnwand eingerichtet: Hier können Kooperationsgesuche veröffentlicht und Aktivitäten und Vorhaben bekannt gemacht werden.

Die Pinnwand zu EIP-Agri und die Details zur Veröffentlichung eines Beitrags finden Sie unter
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/eip-pinnwand

Weiblich, ländlich – unternehmerisch!



Bild: © Valerie Potapova - fotolia.com

Bild: © aseph-fotolia.com



Bild: © Coprid-fotolia.com





Bild: © karandaev - fotolia.com



Bild: © Thomas Jansa - fotolia.com



Bild: © futureimage



Bild: © gena96 - fotolia.com



Bild: © gwolters-fotolia.com

Liebe Leserinnen und Leser,

viele Frauen verwirklichen ihre Perspektiven in ländlichen Regionen und unternehmen etwas auf dem Land. Sie tragen ihren Teil dazu bei, die regionale Wirtschaftskraft zu stärken, denn oft sind es Frauen, die mit ihrem unternehmerischen Engagement über die Erwerbssicherung durch einen landwirtschaftlichen Betrieb hinaus einen wirtschaftlichen Mehrwert schaffen. Sie sind auch im ländlichen Tourismus oder in der Direktvermarktung aktiv. Frauen stellen häufig durch ihr Unternehmertum eine Verbindung zwischen dem Betrieb und der Bevölkerung her und erreichen damit eine Vitalisierung des ländlichen Raums. Nicht zuletzt durch vielfältige Dienstleistungsangebote werden ländliche Räume zu attraktiven Zielen für Freizeit- und Erholungssuchende. Um die öffentliche Wahrnehmung und das Wissen über den ländlichen Raum zu steigern, sind Lernangebote, die aus der Region kommen, sehr bedeutsam. So gibt beispielsweise der Lernort Bauernhof Kindern und Jugendlichen einen Einblick in die Landwirtschaft und den natürlichen Umgang mit Tieren und Pflanzen. Auch über den Ernährungsführerschein für Kinder und Jugendliche unterstützen die Landfrauen die Ernährungsbildung wesentlich.

Neben diesen bekannten und schon lange bestehenden Formen der landwirtschaftsnahen Tätigkeiten werden zunehmend auch Frauen in den vor- und nachgelagerten Bereichen aktiv, auf dem Gebiet der Beratung, des Handels oder als Selbstständige. Es gibt zudem eine ganze Reihe von Geschäftsführerinnen in den für den ländlichen Raum so wichtigen mittelständischen Unternehmen der Industrie, des Handwerks und anderer Dienstleistungen.

Erfolg versprechende Geschäftsideen haben Unterstützung verdient. Deshalb setzen wir die Mittel der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) zur Diversifizierung ein, damit sich Betriebe weiteren Erwerbszweigen zuwenden können, die über die reine landwirtschaftliche Urproduktion hinausgehen. Für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind der Breitbandausbau auf dem Land und eine solide Infrastruktur besonders wichtig.

Uns bewegen Fragen, welche Barrieren leistungsfähige Frauen auf dem Land überwinden müssen, um ihre Ideen und Innovationen umsetzen zu können. Wir wollen hören, was Frauen zu berichten haben, und wir wollen neue Kontakte knüpfen, gemeinsam Ideen erarbeiten und Vorstellungen für die Gestaltung der Zukunft entwickeln. Auch deshalb habe ich das Thema "Frauen – aktiv für ländliche Regionen" in den Mittelpunkt des 8. Zukunftsforums Ländliche Entwicklung im Rahmen der Internationalen Grünen Woche 2015 gestellt (siehe dazu auch Seite 59). Auch diese Ausgabe des LandInForm-Magazins wird dazu beitragen, Wissenslücken zu schließen und neue Ideen anzustoßen!

Christian Schmidt MdB
Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft



Bild: © Bundesregierung / Kugler

Unabhängigkeit ist das Hauptmotiv

Seit den frühen 1980er-Jahren steigt die Zahl der Selbstständigen in Deutschland stetig an. Insbesondere die Anzahl der weiblichen Selbstständigen nahm zwischen 1991 und 2012 um 79 Prozent zu, die der männlichen lediglich um 46 Prozent. Dies hat zur Folge, dass nunmehr 32 Prozent aller Selbstständigen Frauen sind. Trotzdem ist es noch ein weiter Weg bis zur vollen Teilhabe von Frauen am Wirtschaftsleben.

Von Rosemarie Kay

Die Renaissance der Selbstständigkeit in Deutschland geht auf ein lebhaftes Gründungsgeschehen zurück, das allerdings in jüngster Vergangenheit aufgrund der deutlich verbesserten Arbeitsmarktlage wieder ein wenig erlahmte. Der Bundesdurchschnitt lag bei 92,3 Existenzgründungen je 10 000 erwerbsfähigen Personen. Die Gründungsaktivitäten von Frauen und Männern waren und sind jedoch regional sehr unterschiedlich ausgeprägt.

Berlin und Brandenburg sind Spitzenreiter

So wurden in Berlin und Brandenburg 2013 fast drei Mal so viele Existenzen wie im Saarland gegründet (siehe Abbildung). Der Boom in Berlin wird stark von den freiberuflichen Gründungen, wie beispielsweise von Ärzten, Steuerberatern, Rechtsanwälten, Journalisten oder Künstlern, getrieben. In Brandenburg hingegen wird vor allem gewerblich gegründet – also in Industrie, Handwerk, Handel oder im einfachen Dienstleistungsbereich. Existenzgründungen im Bereich der Land- und Forstwirtschaft spielen mit einem Anteil von nur einem Prozent an allen Gründungen eine untergeordnete Rolle. Über diesem Wert liegen allein die Flächenstaaten Niedersachsen, Bayern, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein.

Auch auf Kreisebene zeigen sich große Unterschiede: In der kreisfreien Stadt Offenbach wurden 2012 durchschnittlich 466,4 Gewerbe je 10 000 erwerbsfähige Einwohner angemeldet – mit Abstand die Spitzenposition im gewerblichen Gründungsgeschehen. Das Schlusslicht hält dagegen der Landkreis Stendal mit 68,7 Gewerbeanmeldungen. Der bundesdeutsche Durchschnitt lag bei 136,8. Augenfällig ist eine Häufung von Gewerbeanmeldungen in sogenannten Agglomerationsräumen wie zum Beispiel dem Rhein-Main-Gebiet, dem Großraum München oder dem Großraum Hamburg.

Gründungen – ein urbanes Phänomen

Verschiedene Untersuchungen zeigen auch, dass die Gründungsneigung in den sogenann-

Gründungsintensität 2013 nach Bundesländern

Gründungen je 10.000
Einwohner im erwerbsfähigen
Alter

- unter 67
- 67 bis unter 82
- 82 bis unter 99
- 99 und mehr

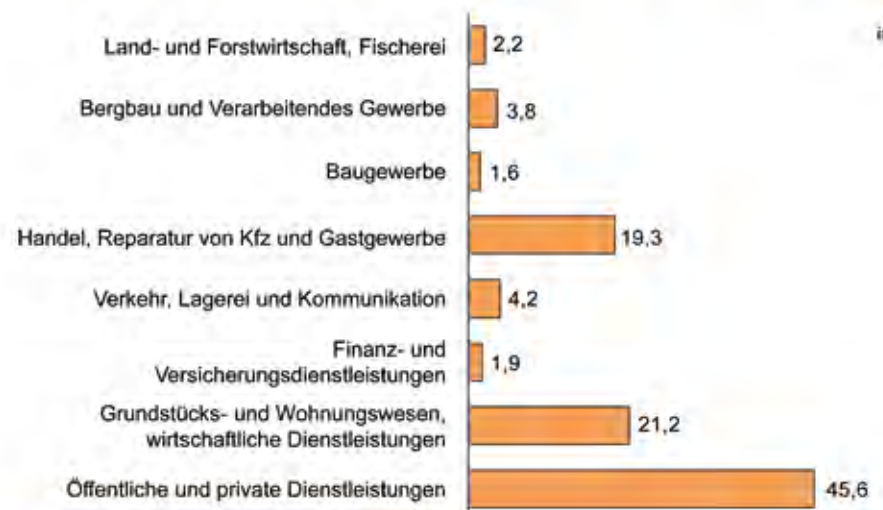
Deutschland: 92,3



Quelle: Finanzministerien der Bundesländer, Stand März/April 2014; Statistisches Bundesamt (Erwerbsbevölkerung); eigene Berechnungen

© ILM Bonn 2014 RK

Verteilung der weiblichen Selbstständigen 2012 auf Wirtschaftszweige



Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ILM Bonn

© ILM Bonn 2014 RK



Bild: © Gina Sanders - fotolia.com

ten Agglomerationsräumen deutlich stärker ausgeprägt ist als in den ländlichen Räumen. Unternehmensgründungen sind demnach vorrangig ein urbanes Phänomen. Dies verwundert auch wenig, bieten urban geprägte Räume doch günstige Standortbedingungen wie einen regional verfügbaren Arbeitskräftepool, eine Ballung spezialisierter Zulieferer, einen großen regionalen Absatzmarkt oder eine umfangreiche Infrastruktur.

Eigenständigkeit als wichtiges Gründungsmotiv

Während diese Rahmenbedingungen von Gründungen für Frauen und Männer gleich sind, unterscheiden sich andere Faktoren doch erheblich. Frauen kümmern sich nach wie vor überwiegend um Haushalt und Kinder. Dies schränkt den möglichen Umfang ihrer Erwerbstätigkeit ein. Selbstständige Tätigkeiten bieten nun tendenziell mehr zeitliche und örtliche Flexibilität als abhängige Beschäftigungen. Deshalb stellt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für knapp die Hälfte der vom Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn in den Jahren 2011 und 2012 befragten gründungsinteressierten Frauen ein bedeutendes Gründungsmotiv dar.

Aufgrund einer schlechteren Ausstattung mit Kinderbetreuungseinrichtungen und tendenziell längeren Arbeitswegen wäre nun zu erwarten, dass dieses Gründungsmotiv für Frauen in ländlichen Regionen eine höhere Bedeutung hat als für andere Frauen. Erstaunlicherweise zeigen Analysen des IfM Bonn genau das Gegenteil: Dieses Motiv beeinflusst das Gründungsverhalten von Frauen in ländlichen Räumen nicht in besonderer Weise.

Das mit Abstand wichtigste Gründungsmotiv ist das Streben nach Unabhängigkeit und Eigenständigkeit. Dies ist – wie auch ältere Studien zeigen – seit jeher der vorherrschende Grund, den Schritt in die Selbstständigkeit zu erwägen, und zwar sowohl für Frauen als auch für Männer. Drohende oder bestehende Arbeitslosigkeit hat in den letzten Jahren als Gründungsmotiv an Bedeutung verloren und spielt zudem für Gründungsinteressierte in ländlichen Räumen eine geringere Rolle als für ihre Kollegen in den Städten.

Klein und kapitalextensiv

Angesichts von rund 600 000 Frauenunternehmen in Deutschland stellt sich die Frage: Gibt es so etwas wie das klassische oder typische Frauenunternehmen? Ja und nein, zeigen die Analysen. Einerseits gibt es eine ungeheure Vielfalt, wie bei den von Männern gegründeten und geführten Unternehmen auch. Andererseits lassen sich doch bestimmte Häufungen feststellen. Frauenunternehmen sind zumeist klein, häufig gibt es neben der Inhaberin selbst keine weiteren Beschäftigten. Im Jahr 2012 galt dies für etwa zwei von drei Frauenunternehmen. Rund 45 Prozent der weiblichen Selbstständigen üben ihre Tätigkeit in

Teilzeit aus, sie arbeiten also weniger als 36 Stunden in der Woche. Frauen sind überwiegend im Dienstleistungsgewerbe selbständig, vor allem im Handel, im Gesundheitswesen und im Bereich der sonstigen überwiegend persönlichen Dienstleistungen wie Friseur- und Kosmetiksalons (siehe Abbildung). Etwa jede 50. weibliche Selbstständige ist in der Land- und Forstwirtschaft tätig. Frauen gründen überwiegend in den Branchen, in denen sie auch abhängig beschäftigt gewesen sind. Dies ist naheliegend, verfügen sie hier doch über die Branchenerfahrung, die so wichtig für das Gelingen des Gründungsprojekts ist. Die grundlegende Weichenstellung beginnt jedoch weit früher, nämlich mit der Entscheidung für einen Beruf. Frauen entscheiden sich jedoch häufiger als Männer für Berufe, die weniger für eine Selbstständigkeit geeignet sind.

Die starke Konzentration auf den Dienstleistungssektor erklärt zum Teil, warum die Frauenunternehmen im Durchschnitt kleiner sind als die von Männern. Hinzu kommt, dass Frauen mit weniger Kapital starten und aufgrund ihrer Familienverpflichtungen weniger Zeit in ihr Unternehmen investieren. All diese Umstände tragen dazu bei, dass viele Frauenunternehmen eine vergleichsweise schwache wirtschaftliche Substanz und geringe Wachstumsperspektiven haben.

Ostfrauen an der Spitze

Unternehmerinnen sind selbstständig tätige Führungskräfte, weitere weibliche Führungskräfte finden sich in abhängiger Beschäftigung. Gemäß sozio-ökonomischem Panel waren 2012 30 Prozent aller Führungskräfte in der Privatwirtschaft Frauen. Ähnlich wie bei den Selbstständigen haben die Frauen aus den neuen Bundesländern hier mit einem Anteil von 39 Prozent einen Vorsprung gegenüber den Frauen aus den alten Ländern (28 Prozent). Wie häufig Frauen in Führungspositionen gelangen, hängt auch von der Größe und der Branchenzugehörigkeit der Unternehmen ab. Gemäß IAB-Betriebspanel sinkt der Frauenanteil mit zunehmender Unternehmensgröße. Zugleich sind Frauen in Dienstleistungsunternehmen weitaus häufiger in Führungspositionen zu finden als im produzierenden Gewerbe oder in landwirtschaftlichen Betrieben. Laut Statistischem Bundesamt waren 2013 lediglich 8,6 Prozent der Betriebsleiter und Geschäftsführer in landwirtschaftlichen Betrieben Frauen. Knapp zwei Drittel von ihnen arbeiteten in Teilzeit.

Entscheidend ist die Wirtschaftskraft

Trotz der in den zurückliegenden Jahrzehnten deutlich gestiegenen Erwerbsbeteiligung von Frauen und dem damit verbundenen Anstieg von Frauen in Führungspositionen – sei es im eigenen oder fremden Unternehmen – bei genauerem Hinsehen zeigt sich, dass sich gerade bei den Unternehmerinnen vieles im Prekären abspielt. 40,8 Prozent aller weiblichen Selbstständigen verfügten 2012 über ein monatliches Nettoeinkommen von weniger als 1 100 Euro, bei den Männern waren es 17,5 Prozent. Ein erheblicher Teil der Frauen kann damit nicht alleine aus ihrer selbstständigen Tätigkeit ihren Lebensunterhalt bestreiten und ist entweder auf die Unterstützung ihrer Partner oder auf Grundsicherung angewiesen. Für eine volle Teilhabe von Frauen am Wirtschaftsleben braucht es demnach nicht nur mehr Unternehmerinnen, sondern auch wirtschaftlich stärkere Frauenunternehmen.



Mehr Informationen:

Dr. Rosemarie Kay
 Institut für Mittelstandsforschung
 Telefon: 0228 72997-30
 E-Mail: kay@ifm-bonn.org
www.ifm-bonn.de





Stephanie Bschorr, Präsidentin des Verbandes Deutscher Unternehmerinnen

„Wir müssen endlich weg von überkommenen Stereotypen“

Stephanie Bschorr ist Präsidentin des Verbandes deutscher Unternehmerinnen (VdU). Im VdU sind bundesweit 1 600 überwiegend mittelständische Unternehmerinnen in 16 Landesverbänden organisiert. Ein wichtiges Ziel des Verbandes ist es, auf die Meinungsbildung und Beschlüsse der politischen Entscheidungsträger einzuwirken, die Interessen von Unternehmerinnen zu vertreten und deren Fachkompetenz in wirtschaftspolitische Prozesse einfließen zu lassen. www.vdu.de

Frau Bschorr, haben es ländliche Unternehmerinnen besonders schwer?

Sich erfolgreich am Markt zu behaupten, ist harter Wettbewerb, für städtische Unternehmerinnen genauso wie für ländliche. Aber im unternehmerischen Alltag ist tatsächlich manches schwieriger in ländlichen Regionen, zum Beispiel der direkte Kontakt zum Kunden oder zu Geschäftspartnern, aber auch die Vernetzung mit Kolleginnen, wenn man sich persönlich einbringen möchte. Ökonomisch schwerwiegender ist, dass es für ländliche Unternehmen erheblich aufwändiger ist, Mitarbeiter zu gewinnen, von der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und den dazu erforderlichen öffentlichen Einrichtungen ganz zu schweigen. Und der demografische Wandel, der ja auf dem Land besonders stark zu spüren ist, tut ein Übriges.

Brauchen sie demzufolge eine spezifische Förderung?

Es muss darum gehen, die strukturellen Nachteile durch die Entfernung und die Schwierigkeiten in der organisatorischen Anbindung zu mildern. Königsweg in vielen Fällen: die intensive Nutzung moderner Kommunikationstechnik und Datenverarbeitung in den Unternehmen, wie das in vielen Branchen bereits üblich ist. Dazu müssen natürlich die technischen Voraussetzungen geschaffen sein: Eine moderne IT geht nicht ohne schnelles Netz – angesichts der Datenmengen, die verarbeitet werden müssen. Eine verlässliche Netzanbindung ist gerade für Unternehmen im ländlichen Raum eine Grundvoraussetzung. Darum setzt sich der VdU auch besonders für eine bessere Breitbandversorgung ein.

Vor dem Hintergrund dieser strukturellen Nachteile, blicken ländliche Unternehmerinnen anders in die Zukunft als städtische?

Regionale Unterschiede haben wir in unserer jährlichen Unternehmerinnenstudie, die der VdU in Kooperation mit der Deutschen Bank durchführt, nicht gesondert erhoben, aber grundsätzlich zeigt unsere Befragung, dass die deutschen Unternehmerinnen trotz eingetrübter Wirtschaftsprognosen zuversichtlich in die Zukunft schauen.

Was sind, unabhängig davon, typische Probleme, mit denen jede noch so zuversichtliche Unternehmerin zu kämpfen hat?

Heute ist jeder dritte Selbstständige eine Frau. Aber obwohl wir heute selbstbewusste und selbstverständliche Marktteilnehmerinnen sind, sind wir von einer wirklichen Chancengleichheit noch ein Stück weit entfernt. Das gilt, wie zahlreiche Befragungen und die Statistik zeigen, vor allem im ländlichen Raum. Hier herrscht Traditionalismus sowohl in den gesellschaftlichen Strukturen als auch in den Köpfen. Das spüren die Unternehmerinnen, aber auch Frauen, die ihre Wünsche nach mehr oder besserer Erwerbstätigkeit aufgrund fehlender Rahmenbedingungen nicht umsetzen können.

Führen Frauen anders als Männer?

Frauen führen tatsächlich anders als Männer, aber nur in Nuancen. Sie legen signifikant mehr Wert auf die Mitarbeiterbindung als die Vergleichsgruppe der männlichen Entscheider, wie unsere Unternehmerinnenstudie wiederholt gezeigt hat. Aber grundsätzlich gilt in Sachen Geschlechtereigenschaften: Wir müssen endlich weg von überkommenen Stereotypen wie „Kommunikation ist weiblich“ und „Dominanz ist männlich“. Das ist doch Scheuklappendenken von gestern. Ich kenne viele Frauen, die sich sehr gut durchsetzen können, genauso wie immer mehr männliche Manager heute Kurse für gute Kommunikation belegen. Die Realität sieht in vielen Unternehmen längst anders aus, sie bemühen sich, die verschiedenen Fähigkeiten und Eigenschaften ihrer Mitarbeiter in gemischten Teams zusammenzuführen.

**Vielen Dank für das Gespräch.
Das Interview führte Juliane Mante.**





Bild: © privat

Stefanie Neuffer von der bundesweiten gründerinnenagentur (bga)

„Frauengeführte Unternehmen reagieren in Krisenzeiten oft stabiler“

Seit zehn Jahren bietet die bundesweite gründerinnenagentur (bga) branchenübergreifende Angebote zur Existenzgründung und -festigung sowie der Unternehmensnachfolge für Frauen. Als Kompetenz- und Servicezentrum bündelt die bga Kontakte und Informationen über Expertinnen und Experten, Studien, Beratungseinrichtungen und Netzwerke in ganz Deutschland. Sie wurde von der EU-Kommission als europäisches Erfolgsmodell ausgezeichnet und wird durch den Bund und den Europäischen Sozialfonds gefördert. LandInForm sprach mit der Diplom-Sozialwissenschaftlerin Stefanie Neuffer darüber, warum Frauen auf dem Weg in die unternehmerische Selbstständigkeit Unterstützung brauchen. www.gruenderinnenagentur.de

Frau Neuffer, wie und wann entscheiden sich Frauen dafür, ein Unternehmen zu gründen oder zu übernehmen? Haben sie andere Motive als Männer?

Gründerinnen geht es häufiger darum, eigenständig und flexibel zu arbeiten, ihre Ideen umzusetzen, die eigene Chefin zu sein – die Spannweite der Motive ist groß. Insgesamt stellen wir fest, dass Frauen besonders gut vorbereitet und fachlich qualifiziert gründen, in der Regel Branchen- und Markterfahrung mitbringen, viele innovative und kreative Ideen haben.

Frauen gründen eher in Teilzeit, welchen Einfluss hat das auf ihr Unternehmen?

Die Gründungskonstellationen von Frauen sind besonders vielfältig, da Frauen insgesamt flexiblere Erwerbsbiografien haben – durch die Unterbrechung der Berufstätigkeit für Familienphasen. Die Teilzeitselbstständigkeit und die Gründungen im Nebenerwerb haben in den vergangenen Jahren zugenommen: Die Frauen können ihre Geschäftsidee erproben und nach und nach ausbauen, wenn sich beispielsweise der Kundenstamm etabliert hat.

Welche Unterschiede gibt es noch zwischen Unternehmen von Frauen und Männern?

Frauen betreiben oft ein Einzelunternehmen, sind aber oftmals gut vernetzt. Viele kooperieren mit anderen Unternehmerinnen und treten gemeinsam am Markt auf. Jede hat dabei ihre Kernkompetenz, was ergänzt sich wechselseitig und akquiriert gemeinsam Aufträge. Es gibt viele kreative Lösungen.

Frauen führen ihr Unternehmen also anders, sind sie erfolgreich dabei?

Diese Frage hat viel mit unserem Bild von Unternehmertum zu tun, das immer noch männlich und quantitativ geprägt ist. In den Gesprächen mit Unternehmerinnen hören wir, dass es Frauen oft nicht nur darum geht, die ökonomische Entwicklung des Unternehmens voranzutreiben, sondern dass sie sich mit dem identifizieren, was sie tun,

mit Werten wie Nachhaltigkeit und sozialer Verantwortung. Unsere Gesellschaft ist eher auf ein schnelles Wachstum ausgerichtet – Frauenunternehmen wachsen im Schnitt langsamer, aber sie sind eben auch krisenfester. Das ist ein Wert an sich, der uns vielleicht nicht als erster Indikator ins Bewusstsein kommt, wenn wir über erfolgreiches Unternehmertum reden. Frauengeführte Unternehmen reagieren in Krisenzeiten oft stabiler, da Frauen eher risikosensibel und vorausschauend wirtschaften, relativ früh auf wirtschaftliche Veränderungen reagieren und es so häufig schaffen, diese Zeiten möglichst unbeschadet – zumindest unbeschadet als von Männern geführte Unternehmen – zu überstehen.

Warum halten Sie es für wichtig, insbesondere Frauen bei einer Gründung zu unterstützen?

Momentan etabliert sich die beruflich qualifizierteste Frauengeneration, die wir jemals hatten. Frauen studieren häufiger, schneller und im Durchschnitt mit besseren Ergebnissen als Männer, sie bringen große Ressourcen an Bildung, Fachwissen und Humankapital mit. Durch die doppelte Verantwortung im Erwerbsleben und für die Familie beweisen sie oft ein großes Geschick bei Planungsaufgaben, hohe Belastbarkeit, Konfliktfähigkeit und können priorisiert Entscheidungen fällen. Auf dem Arbeitsmarkt können Frauen ihre Ressourcen aber nach wie vor oft nicht vollständig und ausbildungsadäquat einbringen! Wir als bga sehen unsere Aufgabe darin, dass die Angebote der Gründungs- und Mittelstandsförderung auch bei Gründerinnen ankommen, denn sie fühlen sich durch die verwendeten Begriffe in der männlich dominierten Unternehmensgesellschaft oft immer noch nicht angesprochen.



**Vielen Dank für das Gespräch.
Das Interview führte Andrea Birrenbach.**



Frauen schaffen Vielfalt auf den Höfen

Bereits in langer Tradition verbessern landwirtschaftliche Betriebe mit zusätzlichen Nebentätigkeiten ihr Einkommen aus der landwirtschaftlichen Urproduktion. Die zunehmende Professionalisierung ist dabei vielfach den Landwirtinnen zu verdanken, die damit gleichzeitig die ländliche Infrastruktur verbessern.

Von Paula Weinberger-Miller

Viele motivierte Unternehmer und Unternehmerinnen investieren in den letzten beiden Jahrzehnten sehr fachkompetent in erhebliche einzelbetriebliche und betriebsübergreifende Diversifizierungsprojekte. Werden Arbeitskapazitäten frei, werden diese heute beispielsweise in der Landschaftspflege, in der handwerklichen Lebensmittelverarbeitung für den Direktabsatz oder im Fremdenverkehr eingesetzt. Dadurch steigern viele Betriebe ihr Einkommen wesentlich und stabilisieren sich damit. Der professionelle Aufbau neuer Standbeine erfordert aber eine intensive Analyse landwirtschaftsbezogener Entwicklungspotenziale sowie hohe Investitionen.

Frauen treiben Diversifizierung voran

Dabei sind es überwiegend die Frauen, die Einkommenskombinationen (EKK) mit hauswirtschaftlichem Schwerpunkt leiten. Angebote im Tourismus, die Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte oder die Gastronomie sind beispielsweise in Bayern mit knapp 23 Prozent die wichtigsten haushaltsnahen EKK. Schließt man die erneuerbaren Energien davon aus, entfallen auf diese EKK sogar 38,6 Prozent. Bundesweite Zahlen gibt es hierzu bisher noch nicht, aufgrund der unterschiedlichen Agrarstruktur in den einzelnen Bundesländern ist aber mit starken regionalen Unterschieden zu rechnen. Meist haben die Partnerinnen der Betriebsleiter eine „sonstige“ Qualifikation, Berufe im Handel, bei Banken oder im Handwerk erlernt

oder sind Akademikerinnen. Viele von ihnen haben aus nicht landwirtschaftlichen Branchen in die Betriebe eingehiratet und bringen ihre Qualifikationen in die Betriebe ein. Ihre Sicht mit einer gewissen Distanz hilft ganz besonders dabei, Potenziale zum Ausbau einer EKK zu erkennen.

Im ausgewählten Fallbeispiel wird der Ablauf eines erfolgreichen Diversifizierungsvorhabens beschrieben.

Mit Einheirat den Betrieb umgebremst

Im Milchvieh- und Schweinemastbetrieb mit 140 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche und 30 Hektar Forstfläche versuchen Vater und dessen Sohn als Hofnachfolger stets an der Spitze zu bleiben. Die junge Frau des Hofnachfolgers stammt nicht aus der Landwirtschaft. Sie hat eine Berufsausbildung als Köchin und setzte ihre Idee, mit Hilfe vorhandener Kapazitäten im Betrieb zwei Ferienwohnungen und ein Hofcafé auszubauen, in einem ersten Schritt so erfolgreich um, dass sofort nach der Eröffnung des Gebäudeanbaus an das alte Wohnhaus Gäste das Angebot nutzten. Weil die Bäuerin gern Mitarbeiter führen und ihre Kochkunst bei Festen und Feiern demonstrieren wollte, war eine Erweiterung zum professionellen Gastronomiebetrieb angesagt. Das Konzept



Wie werden zusätzliche Standbeine umgesetzt?

Der Aufbau von Einkommenskombinationen folgt stets einem ähnlichen Muster:

Schritt 1: Die Idee wird geboren, die einen Veränderungsprozess in Gang setzt. Auslöser ist häufig eine Unzufriedenheit mit der arbeitswirtschaftlichen oder finanziellen Situation beziehungsweise der Betriebsentwicklung.

Schritt 2: Bei einem Gespräch mit allen vom Vorhaben betroffenen Personen werden Wege zum Erreichen des übergeordneten Zieles diskutiert. Dabei sollten mögliche Alternativen in Bezug auf die dafür erforderlichen Investitionen, das erwartete Betriebsergebnis, den Arbeitseinsatz und in Bezug auf persönliche Interessen sowie Hemmnisse bei der Machbarkeit bewertet werden.

Schritt 3: Letztlich muss die Entscheidung für die beste Zukunftsvariante insbesondere im Zusammenhang mit der zukünftigen Lebensgestaltung der Familie und der Zukunftskonzeption des Gesamtunternehmens getroffen werden. Sie ist anschließend in Einzelschritten umzusetzen.

schaft wurde diese sogar noch intensiviert. Gleichzeitig übernahm der männliche Betriebsleiter die Rolle als wichtigste Servicekraft in der Gastronomie.

Was macht Diversifizierung erfolgreich?

Dank guter interner Zusammenarbeit konnte die Betriebsleiterfamilie die Schwierigkeiten bei der Finanzierung, aber auch beim Zeitmanagement meistern. Allerdings benötigten sie dafür Durchhaltevermögen, nur mit hoher Leistungsbereitschaft und -fähigkeit sowie einem intelligenten Management konnten sie alle Betriebszweige in hoher Qualität unter einen Hut bringen. Die größten Erfolgsfaktoren dabei sind, dass zum einen die Kernkompetenzen und die Qualifikation der eingehirateten Betriebsleiterin optimal genutzt werden. Zum anderen gibt es gute Synergieeffekte: Die Erzeugnisse aus der landwirtschaftlichen Urproduktion gehen in das Speisenangebot der Gastronomie ein, weitgehend ungenutzte Gebäudeteile wurden zu Unterkünften, Wirtschafts- und Speiseräumen ausgebaut. Zudem wurden die neuen Geschäftsfelder optimal mit der Landwirtschaft kombiniert, sodass freie Kapazitäten wechselseitig eingesetzt werden können.

Vielfältige Effekte für den ländlichen Raum

Das vorgestellte Beispiel zeigt: Die zu einem großen Teil von Frauen vorangetriebene Diversifizierung kann vielfältige Effekte auf persönlicher, betrieblicher und gesellschaftlicher Ebene haben. Mit mehreren Standbeinen kann das Unternehmen zum einen ein gewisses Gefährdungspotenzial einer einseitigen Produktionsausrichtung kompensieren, unabhängig davon, ob in Zukunft die landwirtschaftliche Produktion eingeschränkt oder erweitert werden soll. Zum anderen kooperieren die Betriebe als Folge ihrer Diversifizierung häufig stärker mit regionalen Organisationen und Unternehmen, in unserem Fallbeispiel mit regionalen Vermarktungs- und Tourismusorganisationen. So erhöht sich gleichzeitig auch die Wertschöpfung für den ländlichen Raum. Unser vorgestellter Betrieb leistet zudem aufgrund der umfangreichen Übernachtungsmöglichkeiten und der Gastronomie sowie der Einstellung von drei ständigen und fünf temporär aktiven Fremdarbeitskräften einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der ländlichen Infrastruktur. In Zeiten zunehmender Entfremdung zur Landwirtschaft darf ein weiterer positiver Effekt nicht unterschätzt werden: Durch solche lebensnahen Angebote kommt die nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung automatisch in Kontakt zu landwirtschaftlichen Betrieben und ihrer Lebenswelt. Dies hilft, Vorurteile abzubauen und wieder mehr Verständnis füreinander zu entwickeln.

entwickelte die Familie unter ständiger Beobachtung des Marktes und angepasst an den Bedarf der Gäste. Die Planung war durchdacht und konnte innerhalb des geplanten Zeitraumes weitgehend umgesetzt werden. Natürlich ergaben sich immer wieder Abweichungen, weil speziell die Bauernhofgastronomie hohe Investitionen wie auch umfangreiche Arbeitskapazitäten erfordert. Die Familie baute sowohl weitere Ferienwohnungen wie auch die Gastronomie aus. Der Betrieb hat heute ein tägliches Gastronomieangebot und richtet Feste und Feiern für Einheimische und Gäste aus. Für die Landwirtschaft war geplant, sie auf Spitzenniveau weiterzuführen und sie keinesfalls den neuen Geschäftsfeldern unterzuordnen. Bei hoher Fachkompetenz, guter Maschinenausstattung und Begeisterung für die Landwirt-



Zum Weiterlesen

Weinberger-Miller, P. (2013): Einkommenssicherung und -entwicklung durch Diversifizierung in der Landwirtschaft, Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft LfL, Freising-Weihenstephan
Die Studie ist online abrufbar unter www.lfl.bayern.de/publikationen/daten/schriftenreihe/p_27838.pdf



Mehr Informationen:

Dr. Paula Weinberger-Miller
Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft
Institut für Agrarökonomie
Telefon 089 17800-322
E-Mail: paula.weinberger@lfl.bayern.de



Frauen auf dem Land – weniger engagiert oder ausgebremst?



Bild: © Photographee.eu - fotolia.com

Was hindert Frauen in ländlichen Regionen daran, sich unternehmerisch zu engagieren? Die Begleitforschung des Modellvorhabens LandZukunft des Bundeslandwirtschaftsministeriums hat unter anderem diese Frage untersucht.

Von Anne Margarian

Die Menschen und Unternehmen in peripheren ländlichen Regionen müssen Wege finden, um mit den räumlichen Beschränkungen und relativen Nachteilen ihres Wohn- oder Standortes umzugehen, einen angemessenen Lebensstandard zu erreichen oder wettbewerbsfähig zu bleiben. Das dafür notwendige sozialunternehmerische Handeln setzt ähnliche Kompetenzen und Ressourcen voraus wie unternehmerisches Handeln im engeren ökonomischen Sinne. In Zeiten leerer öffentlicher Kassen, demografischer Schrumpfung und fehlender Ressourcen für teure Infrastrukturprojekte verspricht die Nutzung des freiwilligen und ökonomischen, privaten

Engagements der Menschen vor Ort eine kostengünstige Lösung für Probleme der ländlichen Entwicklung. Das wohl bekannteste Beispiel für eine derartige Unterstützung lokaler Initiativen ist der europäische LEADER-Ansatz zur Förderung der ländlichen Entwicklung. Ein anderes Beispiel ist das Modellvorhaben LandZukunft des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft. Dieses richtet sich explizit an unternehmerische Menschen, deren Initiativen es in vier ausgewählten, peripheren, strukturell benachteiligten Landkreisen unterstützen möchte. Speziell Unternehmer und Unternehmerinnen sollen gezielt in die ländliche Entwicklung einbezogen werden.

Frauen weniger beteiligt

Die Begleitforschung hat in der ersten Phase des Modellvorhabens eine relativ geringe Beteiligung von Frauen auf allen Programmebenen beobachtet. Das ist bemerkenswert, denn Frauen sind von den strukturellen Nachteilen peripherer Regionen wahrscheinlich stärker betroffen als Männer, weil sie weniger in den Arbeitsmarkt integriert sind und noch immer die Hauptlast der unbezahlten Haushaltsdienstleistungen tragen. Eine Erklärung für ihre geringe Beteiligung: In den Modellregionen wurden vor allem mittlere und größere Unternehmen angesprochen, in denen Frauen im Management noch immer die Ausnahme sind. Zudem könnte man ihre geringe Beteiligung auch durch das Fehlen notwendiger materieller und vor allem immaterieller Voraussetzungen erklären.

Familiäre Unterstützung erleichtert Engagement

Unter den beteiligten Gemeinden gibt es einige wenige mit Bürgermeisterinnen an ihrer Spitze und einer der vier beteiligten Landkreise hat eine Landrätin. Viele der auf Projektebene beteiligten Frauen sind in sehr kleinen Unternehmungen selbständig, aber keine ist Eigentümerin eines Unternehmens mit mehr als zehn Beschäftigten. Einige Frauen arbeiten in großen Unternehmen oder gemeinnützigen Einrichtungen, aber nur sehr wenige im gehobenen Management. Gleichzeitig beteiligen sich Frauen nur selten aktiv in größeren Gemeinschaftsprojekten oder in den lokalen Entscheidungsgremien des Modellvorhabens. Eher finden sie sich in nachrangigen Positionen und in kleinen, individuellen Projekten.

Die am Modellvorhaben beteiligten Frauen zeichnen sich durch hohe Bildungsabschlüsse und relativ große berufliche Erfahrung aus. Oft haben Projektträgerinnen Unterstützung aus der Familie, dazu zählen familiäre Vorbilder, das Einkommen des Partners, relevantes Wissen und Know-how von Verwandten und Freunden oder eine Familientradition eigener wirtschaftlicher oder öffentlicher Aktivitäten.

Motive der Männer und Frauen ähneln sich

Dabei unterscheiden sich die Motive der beteiligten Frauen für ein Engagement im Rahmen des Modellvorhabens nicht grundsätzlich von denen der Männer. Sie möchten ihre eigene Umwelt nach ihren Vorstellungen mitgestalten und die Entwicklung der eigenen Gemeinde unterstützen. Sie streben nach öffentlicher Anerkennung, nach Selbsterfüllung durch ihr unternehmerisches Handeln und möchten die sich ihnen bietenden Chancen nutzen. Sie wollen ihre beruflichen Erfahrungen nutzen und verfolgen Ziele der eigenen professionellen Entwicklung. Oft sind die sozialen Ergebnisse ihres Engagements Nebenwirkungen einer gewinn- oder einkommensorientierten Tätigkeit. Nur in Ausnahmefällen entspringt ihr Engagement im Rahmen des Modellvorhabens der direkten Konfrontation mit einem sozialen Bedarf und einem altruistischen Impuls. Die beteiligten Frauen haben jedoch signifikant höhere Erwartungen im Hinblick auf die Verbesserung ihrer persönlichen Situation durch das Modellvorhaben als die beteiligten Männer. Vielleicht ist auch deshalb gleichzeitig ihre Zufriedenheit mit dem Beteiligungsprozess signifikant niedriger als die der Männer.

Hemmnisse abbauen

Nach den Ergebnissen der Begleitforschung fördern Familienressourcen, ein hoher Bildungsabschluss, professionelle Erfahrung, die Teilnahme am Arbeitsmarkt, der Zugang zu Netzwerken und vor



allem der Rückhalt durch eine Organisation, die das sozialunternehmerische Handeln unterstützt, die erfolgreiche Teilhabe an Beteiligungsprozessen. Diese Ressourcen können nur schwer ersetzt oder kurzfristig aufgebaut werden. Frauen oder andere strukturell benachteiligte Gruppen können vorhandene Hemmnisse schlecht durch eigenes Handeln überwinden, weil die dazu notwendigen Fähigkeiten von ihrer sozialen und wirtschaftlichen Integration abhängen. Deshalb muss ihnen Beratung und Expertise an die Hand gegeben werden, die sie befähigt, ihre Bedürfnisse zu Gehör zu bringen, mit anderen zu verhandeln und zusammenzuarbeiten sowie Projekte zu entwickeln.

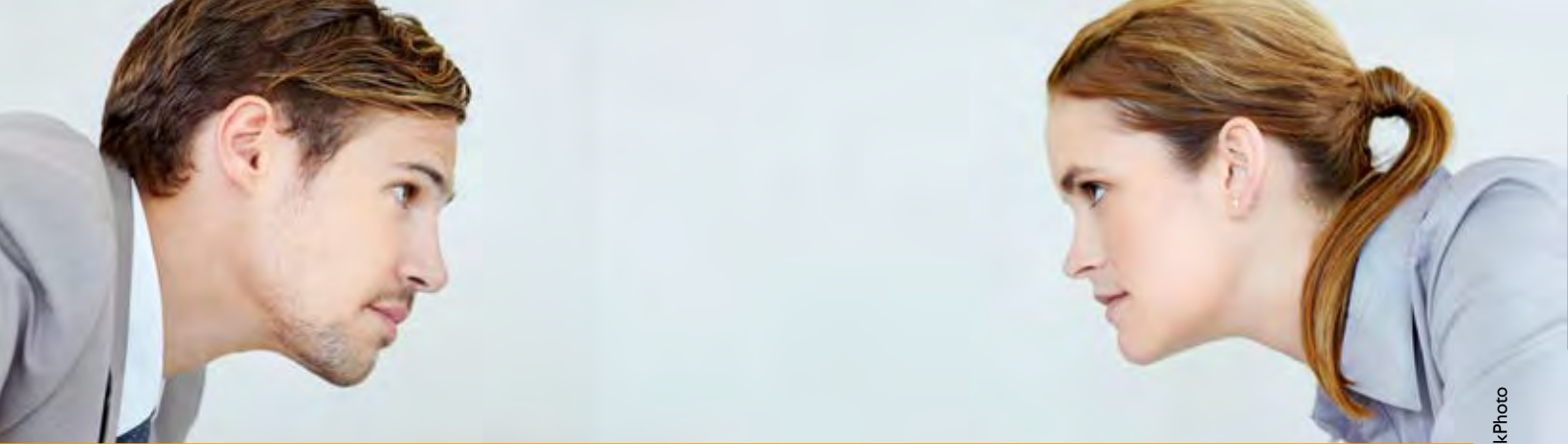
Allerdings können auch solche Maßnahmen nicht die strukturellen Probleme beheben, die das unternehmerische Handeln von Frauen zumindest teilweise hemmen. Fehlenden Kinderbetreuungseinrichtungen, diskriminierenden Praktiken im Personalwesen und gesellschaftlich verzerrten Wahrnehmungen von Geschlechtereigenschaften muss ebenso entgegengewirkt werden.

Das Modellvorhaben LandZukunft

Das Ziel des Modellvorhabens LandZukunft besteht darin, periphere ländliche Regionen mit wirtschaftlichen Problemen und Bevölkerungsrückgang dabei zu unterstützen, die regionale Wirtschaft und Beschäftigung zu fördern und die Folgen des demografischen Wandels zu bewältigen. Zu diesem Zweck sollen Menschen mit Unternehmergeist und Innovationsbereitschaft für die ländliche Entwicklung mobilisiert werden. In den Jahren 2012 bis 2014 stellte das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz den vier Modellregionen Birkenfeld (Rheinland-Pfalz), Holzminden (Niedersachsen), Uckermark (Brandenburg) und Dithmarschen (Schleswig-Holstein) insgesamt neun Millionen Euro zur Verfügung. www.land-zukunft.de

Mehr Informationen:

Dr. Anne Margarian
Thünen-Institut für Ländliche Räume
Telefon: 0531 596-551 |
E-Mail: anne.margarian@ti.bund.de
www.ti.bund.de



Rollenbilder – nicht konservativ, aber konservierend

Im Vergleich statistischer Daten finden wir – vor allem im Westen Deutschlands – oft einen Stadt-Land-Unterschied. Frauen auf dem Land arbeiten öfter in Minijobs, verdienen deutlich weniger als Männer und machen sich seltener selbstständig. Eine Auswertung wissenschaftlicher Studien zeigt: Geschlechterstereotype scheinen dabei infrastrukturelle Bedingungen zu zementieren – und andersherum.

Von Claudia Busch

In der Stadt wie auf dem Land erleben Kinder, dass die Mutter Haushalt und Familie organisiert, während der Vater für den Erwerb sorgt. Aufgrund der geringeren Bevölkerungsdichte lernt ein Mädchen im Dorf aber seltener Väter kennen, die nachmittags Kinder betreuen und Wäsche waschen. Noch weniger erlebt es Frauen, die ein großes Unternehmen führen oder allein auf Weltreise gehen. Mit entsprechenden Vorstellungen eines „normalen“ Lebens verlässt die Jugendliche nach der Schule ihre Heimat für ein Studium oder sucht einen Ausbildungsplatz in der Region. Dort sind Handwerksberufe eher mit männlicher Identität verbunden, so dass die junge Frau mit einer sozialen, pflegerischen oder kaufmännischen Ausbildung häufig einen „typischen“ Frauenberuf wählt. Sie wird damit in einer Branche tätig, in der Schichtdienste und ein geringes Lohnniveau die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erschweren.

Gebremst durch Rollenbilder

Bei einer Familiengründung zieht die Frau überwiegend zum Mann, selbst wenn sie eine höhere Qualifikation und damit bessere Verdienstmöglichkeiten hat. Einen neuen Job zu finden, ist in vielen ländlichen Gegenden nicht einfach, sodass Frauen oft unter ihrer Qualifikation beziehungsweise im Minijob arbeiten. Stellt sich Nachwuchs ein, wird es dem männlichen Partner erschwert, längere Elternzeit zu nehmen, weil er den Verlust der Reputation in seinem Betrieb fürchten muss. Die junge Mutter steht vor vielen Herausforderungen: In ihrer eigenen Sozialisation hat sie gelernt, dass sie mehr für das Kind da sein muss als der Vater. Sie weiß nicht, wie sie ihrer Arbeit weiterhin in Vollzeit nachkommen soll. Oder das Geld in der Familie wird zu knapp, um die oft teureren Randstunden in Kindertagesstätten zu bezahlen und ein zweites Auto zu unterhalten. Aus ihrer ungünstigen Position heraus fehlt ihr jedoch das Selbstbewusstsein, aktiv in Lohnverhandlungen zu treten. Obendrein gibt es möglicherweise mahnende Worte aus der Großeltern- oder scheele Blicke von den Nachbarn, wenn die Kinder „fremd“ betreut oder gar Haushaltsdienstleistungen in Anspruch genommen werden. Der in Vollzeit arbeitende und vielleicht weit pendelnde Partner hat wenig Zeit für Alltagsaufgaben. Und auch er hat ja eine Sozialisation durchlaufen, die bestimmte Geschlechterstereotype impliziert.

Gründet eine Landfrau ein eigenes Unternehmen, muss sie neben den oft unaufschiebbaren familiären Aufgaben „selbst“ und „ständig“ arbei-

ten. Der Weg zur nächsten Gründungsberatung ist jedoch weit und es fehlen Unternehmerinnen im Umkreis, mit denen sie sich austauschen kann. In einer männlich geprägten Branche kann es zudem passieren, dass sie zusätzlich Vorbehalte beruflicher Partner abbauen muss und es an Anerkennung für den gewählten Lebensentwurf fehlt. Neben der Herausforderung, Familie und Beruf zu vereinbaren, auch noch um die Integration in das soziale Umfeld zu kämpfen, erfordert viel Energie.

Vielfältige Lebensentwürfe ermöglichen

Werden traditionelle Rollenmuster gewählt, gibt es keinen Druck, infrastrukturelle Bedingungen zu ändern. Wenn etwa die Mehrheit der Eltern nicht nach längeren Öffnungszeiten in der Kindertagesstätte fragt, werden diese auch nicht geändert. So lange Väter keine Elternzeit nehmen, werden Betriebe auch keine familienfreundlichen Arbeitsplätze bieten. Die kritische Prüfung infrastruktureller Rahmenbedingungen und das Erleben und Bejahen alternativer Rollenbilder gehen also Hand in Hand, wenn Hemmnisse für erwerbstätige Frauen und Unternehmerinnen in ländlichen Räumen abgebaut werden sollen.

Ausgewählte Quellen

Deutscher LandFrauenverband (Hrsg., 2014): Fraueneinkommen in ländlichen Regionen: Weibliche Lebensverläufe zwischen tradierten Rollenbildern und veränderten Lebenswirklichkeiten.

Sachverständigenkommission zur Erstellung des Ersten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung/Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e.V. (2011): Neue Wege – gleiche Chancen. Gleichstellung von Männern und Frauen im Lebensverlauf. Troisdorf.



Mehr Informationen:

proLR – Projektbüro Ländliche Räume
Claudia Busch
Telefon: 0561 9880372
E-Mail: info@proLR.de
www.proLR.de



Innovative Maßnahmen für Frauen im Ländlichen Raum

Als einziges Bundesland hat Baden-Württemberg eine Fördermaßnahme eigens für Frauen in seinem ländlichen Entwicklungsprogramm: „Innovative Maßnahmen für Frauen im Ländlichen Raum“ unterstützt bereits seit 13 Jahren Frauen erfolgreich dabei, neue Einkommensfelder zu erschließen und sich zu vernetzen.

Von Pia Köhler

In Baden-Württemberg gibt es in einigen Regionen eine verstärkte Abwanderung junger Familien aus dem ländlichen Raum: Häufig fehlt es an wohnortnahen, familienfreundlichen Arbeitsplätzen und einem flexiblen Angebot für die Kinderbetreuung. Gleichzeitig wird die angemessene Versorgung und Betreuung älterer Mitbürger in den Dörfern eine zunehmende Herausforderung. Insbesondere in strukturschwachen ländlichen Räumen sind Einkommens- und Beschäftigungsperspektiven gefragt.

Arbeit für Frauen

Viele Frauen haben tolle Ideen, mit denen sie gerne Geld verdienen und dabei Berufliches und Familiäres unter einen Hut bringen würden. Davon profitiert auch die gesamte Region – durch die Steigerung von Lebensqualität und Wertschöpfung. Das Land Baden-Württemberg und die Europäische Union unterstützen Frauen bei der Umsetzung ihrer Geschäftsideen mithilfe dreier Fördermodule im Rahmen ihres Programmes „Innovative Maßnahmen für Frauen im Ländlichen Raum“ (IMF). Gefördert werden zum einen maßgeschneiderte, zielgruppenspezifische Qualifizierungs- und Coachingmaßnahmen. Des Weiteren können Frauen Zuschüsse für Investitionskosten zur Gründung oder Weiterentwicklung von Kleinunternehmen beantragen. Das dritte Modul umfasst die Förderung von Netzwerken: Frauen im ländlichen Raum können sich zusammenschließen, um gemeinsam wirtschaftlich am Markt aktiv zu werden. Ziel aller geförderten Maßnahmen ist es, neue Marktnischen in den Regionen zu erschließen und Arbeitsplätze für Frauen zu schaffen.

Vielfältige Resonanz

In den vergangenen Jahren konnten mithilfe der finanziellen Unterstützung mehr als 150 Projekte von und für Frauen erfolgreich umgesetzt werden. Über 2.000 Frauen nahmen an Qualifizierungsmaßnahmen im Bereich der Diversifizierung teil. Über 500 wohnortnahe und familienfreundliche Arbeitsplätze für Frauen sind entstanden. Spannende Existenzgründungen gab es unter anderem in den Bereichen IT-Unternehmen, gastronomische und touristische Angebote sowie bei Betreuungsdienstleistungen. Auch die Gründung von gemeinsamen Kooperationen etwa im Bereich des ländlichen Tourismus oder der hauswirtschaftlichen und sozialen Dienstleistungen verlief sehr erfolgreich. Frauen schlossen sich zusammen, um ihre Unternehmensideen gemeinsam zu vermarkten – es entstanden quer durch das Land thematisch ganz unterschiedliche Netzwerke. Die Winzerinnen-Gruppe Trollinger-Evas, die Interessengemeinschaft Kräuterpädagoginnen, die Hauswirtschafterinnen-Gruppe Ost A.L.B. – Ihr AlltagsLichtBlick und der Verein Hilfe von Haus zu Haus Gaienhofen sind einige Beispiele.



beide Bilder: © MLR Baden-Württemberg

Förderansatz bestätigt

„Der Beitrag der Existenz- und Netzwerkgründungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie zur Schaffung nachhaltiger Einkommensquellen wird für die beteiligten Personen hoch eingestuft“, stellt Gutachter Dr. Ulrich Gehrlein vom Institut für Ländliche Strukturforchung im Evaluationsbericht zum IMF-Programm 2013 fest. Die gegründeten Netzwerke unterstützten die Diversifizierung und unternehmerische Initiative von Frauen. „Dabei werden so gut wie immer außerlandwirtschaftliche Angebote und Dienstleistungen gefördert, die für die jeweilige Region neu sind.“ Die Evaluatoren empfahlen, das eigenständige, europaweit beispielgebende Frauenprogramm weiter anzubieten. Das Land hat das Förderprogramm modifiziert und im Rahmen des neuen Maßnahmen- und Entwicklungsplans Ländlicher Raum Baden-Württemberg 2014-2020 zur Notifizierung und Kofinanzierung bei der Europäischen Union angemeldet.



Mehr Informationen:

Dr. Pia Köhler
Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg
Telefon 0711 1262098
E-Mail: pia.koehler@mlr.bwl.de
www.frauen.landwirtschaft-bw.de

Clever durch das Netz!

Im Jahr 2013 betrat die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Vulkaneifel Neuland: Sie bot ein umfassendes Seminar zur Gründungsqualifizierung via Internet an. 16 Frauen aus der weitläufigen Region nahmen an dem ELER-geförderten Pilotprojekt teil. Für 2015 ist die Neuauflage „Clever durch das Netz 2.0“ geplant.

Von Judith Klassmann-Laux

Existenzgründungen sind insbesondere im ländlichen Raum ein wesentlicher Motor zum Erhalt von Wirtschaftsstandorten. Laut dem KfW-Gründungsmonitor 2014 gründen Frauen in Deutschland allerdings nach wie vor seltener ein Unternehmen als Männer. Eine Ursache hierfür ist die Frage nach der Vereinbarkeit von beruflichen Herausforderungen mit Familienaufgaben. Mit diesem Spagat müssen sich nach wie vor insbesondere Frauen auseinandersetzen.

Qualifizierung im Alltag

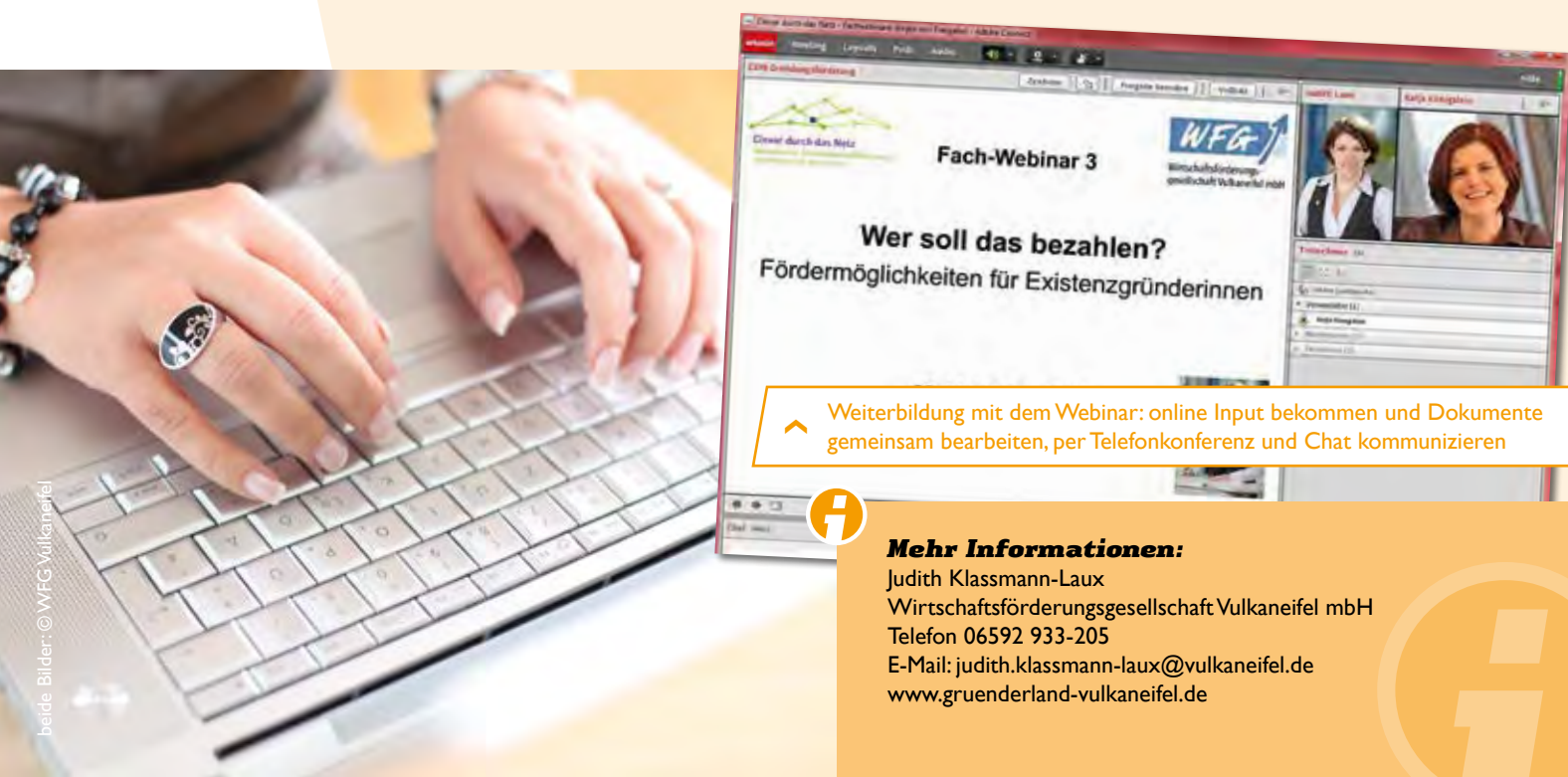
Laut einer Studie aus dem Jahr 2006 kommt in dünn besiedelten Regionen mit langen Wegstrecken – in der LEADER-Region Vulkaneifel leben 139 000 Menschen auf einer Fläche von 1 700 Quadratkilometern – ein erschwerender Faktor hinzu: Gründungsspezifische Weiterbildungsangebote erreichen die Interessenten oft nicht. Knappe Zeitressourcen potenzieller Teilnehmer verstärken das Problem. Genau hier setzte das von der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises Vulkaneifel (WFG) im Rahmen des rheinland-pfälzischen Landesentwicklungsprogramms PAUL initiierte und geförderte Projekt „Clever durch das Netz – Webinare zur Gründungsqualifizierung von Frauen auf dem Land“ an. Für eine Teilnahme nötig waren lediglich ein PC mit Internetanschluss und ein Telefon. In 90-minütigen Online-Seminaren bereiteten sich die 16 Teilnehmerinnen auf ihren Weg in die Selbstständigkeit vor. Auf ihrem Stundenplan standen Businessplan, Finanzierung, Förderung, Steuern und Marketing. Ein solch umfassendes Webinar-Programm hatte es im deutschsprachigen Raum zu diesem Thema bis dato nicht gegeben.

Klick für Klick in die Selbstständigkeit

Bei der Auswahl der Software legte die WFG besonderen Wert darauf, dass sie auch bei niedrigen Bandbreiten funktioniert. Die ausgewählte Technik bot einen passwortgeschützten Online-Meetingraum und parallel eine kostenfreie Telefonkonferenz. Für die Einzel-Webinare konnte die WFG Fachreferenten gewinnen, darunter einen Unternehmensberater, eine Steuerberaterin sowie einen Firmenkundenberater aus der Region, deren Präsentationen die Teilnehmerinnen an ihren eigenen Bildschirmen verfolgten. Fragen konnten per Mausklick bei der Webmoderatorin angemeldet oder in einem Chatfenster gestellt werden. Beide Funktionen waren sehr wichtig für die Interaktion im Webinar. Ergänzt wurde das Online-Angebot durch Vorort-Veranstaltungen für das persönliche Kennenlernen und Netzwerken. Bei der Abschlussbeurteilung fanden zehn von elf Teilnehmerinnen die Webinare gut geeignet für die Vermittlung von Gründungswissen. Ein Statement: „Die Webinare haben umfassend und gleichzeitig kompakt über die einzelnen Schritte einer Existenzgründung informiert. Jetzt habe ich den Plan in der Tasche, wie es mit meiner Geschäftsidee weitergeht.“ Zwei Frauen haben den Schritt in die Selbstständigkeit mittlerweile gewagt: Eine hat im Sommer 2014 gemeinsam mit ihrem Lebensgefährten ein Atelier für Glaskunst eröffnet, eine weitere steht kurz vor der Übernahme des elterlichen Ferienhofes.

Clever durch das Netz 2.0

Derzeit ist eine Neuauflage der Webinare ab Anfang 2015 in Planung – sie sollen um einige innovative Elemente ergänzt werden: Zukünftig soll die Vernetzung noch stärker im Vordergrund stehen. Dazu will die WFG unter anderem virtuelle Stammtische zum Erfahrungsaustausch organisieren. Die Neuauflage der Webinarreihe wird mit LEADER-Mitteln und einer Ko-Finanzierung des Landes Rheinland-Pfalz unterstützt.



↑ Weiterbildung mit dem Webinar: online Input bekommen und Dokumente gemeinsam bearbeiten, per Telefonkonferenz und Chat kommunizieren



Mehr Informationen:

Judith Klassmann-Laux
Wirtschaftsförderungsgesellschaft Vulkaneifel mbH
Telefon 06592 933-205
E-Mail: judith.klassmann-laux@vulkaneifel.de
www.gruenderland-vulkaneifel.de

Rat und Tat für junge Unternehmerinnen auf dem Land

Den Unternehmergeist junger Frauen in ländlichen Gebieten zu fördern und zu entwickeln, ist Ziel des Projekts „Mentoring Women in Entrepreneurship“. Mit Weiterbildungskursen, einem Mentoringprogramm und lokaler wie europäischer Vernetzung werden junge Frauen unterstützt, die ein Geschäft aufbauen, fortführen oder verändern wollen.

Von Heike Zeller und Johannes Dreer

Da auf dem Land im Vergleich zu städtischen Regionen nach wie vor deutlich weniger und häufig auch geringer qualifizierte Arbeitsstellen angeboten werden, bietet sich hier eine Selbstständigkeit im Berufsweg junger Frauen an. In einem selbstständig geführten Unternehmen kann betriebswirtschaftlicher Erfolg häufig besser mit individuellen Fähigkeiten und Rahmenbedingungen in Einklang gebracht werden. Vor diesem Hintergrund wurde das Projekt „Mentoring Women in Entrepreneurship“, kurz MWE, initiiert. Es soll junge Unternehmerinnen im ländlichen Raum stärken und gleichzeitig dazu beitragen, Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern herzustellen. Das Projekt zielt darauf ab, engagierte Jungunternehmerinnen miteinander und mit bereits erfahrenen Unternehmerinnen ins Gespräch zu bringen. Dabei sollen Letztere möglichst eine Mentorenrolle einnehmen. In einem weiteren Schritt sollen auch andere junge Frauen über das Netzwerk vor Ort und durch den Social-Media-Bereich motiviert werden, selber unternehmerisch aktiv zu werden.

Kommunikation und Weiterbildung stehen im Mittelpunkt

Das Projekt wird von der EU im Rahmen des „Lifelong Learning Programms“ von Oktober 2013 bis September 2015 gefördert. Es soll die in den Vorgängerprojekten „MW-Sonet“ und „Building Bridges“ entwickelten Ergebnisse praktisch umsetzen. MWE wird von sechs europäischen Projektpartnern getragen: dem spanischen Antragsteller FIDTA – einer Stiftung zur Erforschung und Entwicklung landwirtschaftlicher Arbeit, dem Baltic Education Technology Institute aus Litauen, dem toskanischen Bauernverband CIA, dem rumänischen Verein für lebenslanges Lernen AEPMR und dem Rat der europäischen Jungbauernschaft CEJA. Der deutsche Projektpartner ist die landwirtschaftliche Unternehmensberatung Hof und Leben GmbH. Alle Projektpartner bieten in ihrem Land Trainingskurse zu denselben Themen an, etwa zu Kreativität und Innovation als Basis von Geschäftsideen, Multifunktionalität im ländlichen Raum, Unternehmensplanung, Kommunikation, Zeitmanagement und Projektplanung oder Verhandlungsgeschick.

Die bisherige Resonanz auf das Projekt ist erfreulich. Im Rahmen eines Workshops kamen am 12. März in Mindelheim im Unterallgäu ein Dutzend interessierte Jungunternehmerinnen und Mentorinnen sowie ausgewählte Experten zum Thema zusammen. Neben den im Rahmen des Projektes angebotenen Weiterbildungskursen waren die Teilnehmerinnen vor allem an einem direkten Austausch miteinander interessiert. Die Lerneffekte eines solchen Austauschs sind unersetzlich, da erfahrene Unternehmerinnen authentisch über Erfolgsfaktoren, aber auch über Gefahren des Unternehmerdaseins berichten können. Dabei ist es besonders wichtig, dass die Chemie zwischen den Gesprächspartnerinnen stimmt.

Persönlichkeit zählt

Die Erfahrungen aus dem MWE-Projekt zeigen, dass die Bewältigung der mit einer Unternehmensgründung zusammenhängenden Bürokratie eine Herausforderung für viele gründungswillige Frauen darstellt. Zudem hemmt nicht selten das vorherrschende Rollenverständnis auf dem Land die Frauen, in die Selbstständigkeit aufzubrechen. Im Vergleich ist dieses Hemmnis in einigen Partnerländern jedoch noch stärker ausgeprägt als in Deutschland. Grundsätzlich ist es jede Geschäftsidee wert, geprüft zu werden. Einfluss auf den Erfolg hat jedoch auch die junge Unternehmerpersönlichkeit, die ihr Unternehmen mit der gebotenen Konsequenz vorantreibt.



Mehr Informationen:

Hof und Leben GmbH
Unternehmensberatung für Landwirte
Telefon: 08247 308977
E-Mail: dreer@hofundleben.de
www.hofundleben.de

Frauen helfen sich selbst – und anderen

Familie und Beruf vereinbaren? Besonders im ländlichen Raum ist dies für viele Frauen eine große Herausforderung. Mit der Dienstleistungsagentur Servicebörse Odenwald haben sie sich eine Struktur geschaffen, die genau dies ermöglicht – und gleichzeitig dem Kunden einen Nutzen bringt.

Von Helga Bärwolf, Tanja Moos, Anke Müllen, Jutta Scheuermann und Ute Schneider

Die Grundidee der Servicebörse Odenwald e.V. (SBO) geht auf eine Initiative des Landfrauenverbandes Hessen zurück. Dieser suchte Ende der 90er-jahre nach neuen Modellen, Frauen in strukturschwachen Regionen die Verbindung von Arbeitseinsätzen und familiären Verpflichtungen zu ermöglichen. Die Chancen einer Dienstleistungsbörse im Odenwald schätzten sie dabei als gut ein. Der Landfrauenverband Hessen, der Landkreis Odenwald, die Gewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, der Verein zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft sowie das Regionale Zentrum für Wissenschaft, Technik und Kultur sagten ihre Unterstützung zu und für eine eigens konzipierte Qualifizierungsmaßnahme wurde eine Förderung über LEADER genehmigt.

Professionell an den Start

An verschiedenen Schulungstagen konnten sich alle interessierten Frauen zu den Themen Regionalentwicklung, Projektmanagement, rechtliche und betriebswirtschaftliche Grundlagen, Organisations-

formen, Unternehmenskonzept, Versicherungs- und Haftungsfragen, Internet und Neue Medien, Kommunikation und Kundenkontakt, Beschwerdemanagement sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit weiterbilden. Im Jahr 2001 wurde die SBO schließlich mit einer Anschubfinanzierung des Kreises für zwei Halbtagskräfte im Büro als zweijähriges Modellprojekt mit acht Frauen gegründet. Danach musste die Börse auf eigenen Füßen stehen.

Zu diesem Zweck wurde auch der Verein Servicebörse Odenwald gegründet. Ziele des Vereins waren, eine Dienstleistungsagentur mit großer Angebotsvielfalt und hohem Bekanntheitsgrad aufzubauen, zeitlich flexible, frauengerechte Arbeitsplätze zu schaffen, die es ermöglichen, Familien- und Berufsleben zu kombinieren, Infrastrukturangebote in der Region und darüber hinaus zu verbessern, die Mitglieder untereinander zu vernetzen und dadurch die Position jeder einzelnen Anbieterin zu stärken. Dabei arbeitet der Verein mit Städten, Gemeinden, Institutionen und anderen Dienstleistungsunternehmen in der Region zusammen.



Geschäftsstelle zieht die Fäden

Heute besteht die Servicebörse aus einem Team von 35 qualifizierten Frauen, die sich eine selbstständige Existenz aufgebaut haben. Sie bieten Dienstleistungen etwa in den Bereichen Putzteufel & Co, Kinder, Familie und Senioren, Organisation und Ausstattung von Feiern, Festen, Aktionen, Messen und Veranstaltungen, Catering, Fahr- und Ausflugservice inklusive Krankentransport, Büro- und Schreibservice, Begleitung im Sozialbereich, Nachhilfe für die Schule oder Gartenarbeit mit Baumschnitt. Ihr Einsatzgebiet ist der gesamte Odenwald und dessen Umgebung. Die Kundschaft der Servicebörse besteht aus Privathaushalten, Firmen und Institutionen sowie aus Gästen der Region. Die Geschäftsstelle vermittelt die Dienstleistungen und übernimmt außerdem die komplette Rechnungsstellung aller Anbieterinnen, überwacht die Zahlungseingänge, betreibt Öffentlichkeitsarbeit und klärt alle rechtlichen Fragen. Dadurch minimiert sie den Arbeitsaufwand, die Kosten und das Risiko der einzelnen Unternehmerinnen. Zusätzlich unterstützt ein ehrenamtlicher Vorstand die Kolleginnen mit seinem aufgebauten Netzwerk, gemeinsamen Weiterbildungsveranstaltungen sowie mit Informationen. Acht weitere Vereinsmitglieder, die selbst keine Dienstleistungen anbieten, unterstützen die SBO zusätzlich mit Rat und Tat.

Auch die Kunden profitieren

Für die Kunden entfällt durch die Arbeit der SBO zeitintensiver Rechercheaufwand nach dem passenden Dienstleister. Für verschiedene Anliegen können sie nun eine zentrale Anlaufstelle kontaktieren. Zudem wünschen immer mehr Kunden, dass die haushaltsnahen Dienstleistungen, die sie anfragen, nicht mittels Schwarzarbeit erledigt werden und die Anbieterinnen ordnungsgemäß angemeldet und rechtlich abgesichert sind. Am wichtigsten ist fast allen Kunden jedoch eine ordnungsgemäße Rechnungsstellung für die geleistete Arbeit, damit sie diese bei ihrer Steuererklärung berücksichtigen können. Viele Kunden hören über Mundpropaganda oder über die Landfrauenarbeit von der SBO. Dabei ist natürlich der gute Ruf der Servicebörse von Vorteil.

Was die Unternehmerinnen eint

Die Anbieterinnen verfügen über verschiedene Ausbildungen und werden gemäß ihres Berufszweiges eingesetzt. Sie alle eint der Wunsch, nach der Familienphase erneut und möglichst in Wohnortnähe tätig zu sein, ihre Arbeitszeit weitgehend selbst zu bestimmen und für ihre Tätigkeit ein faires Entgelt zu erhalten. Sie arbeiten dabei legal, mit Gewerbeschein, Steuernummer und allen benötigten Versicherungen. Auch das war der SBO ein großes Anliegen: der Schwarzarbeit und Nichtversicherung von Frauen entgegenzuwirken. Für viele Frauen ist die SBO auch ein Sprungbrett, um durch neue Kontakte und gemeinsame Weiterbildungen wieder in den alten Beruf oder in neue Berufszweige zu kommen. Für viele Frauen spielt der Zweitverdienst über die SBO eine wichtige Rolle. Aber auch eine unzureichende soziale Absicherung im Alter bringt viele Frauen dazu, sich als Rentnerin noch Geld dazu verdienen zu müssen.

Die Nachfrage ist größer als das Angebot

2010 hat die SBO eine weitere Filiale im Nachbarbezirk Darmstadt gegründet, um den dortigen Anfragen gerecht zu werden. Dabei hat sie festgestellt, dass das komplette Konzept fast hundertprozentig auf andere Nachbarregionen übertragbar ist. Für die Etablierung einer Geschäftsstelle braucht es jedoch Anfangskapital, etwa um die Servicebörse bekannt zu machen. Da die SBO keinerlei Zuschüsse bekommt, ist deshalb die Gründung weiterer Filialen finanziell nicht zu verwirklichen. „Dabei haben wir jede Menge Anfragen“, so Gründungsmitglied und langjährige Geschäftsführerin Manuela Weidmann. „Zurzeit haben wir in verschiedenen Regionen eine Warteliste von fast 30 Kundenaufträgen.“ Nur leider gibt es nicht genügend Frauen, um den kompletten Bedarf zu decken. Die rechtlichen Grundlagen zur Selbstständigkeit im Mittelstand werden immer komplizierter

und umfangreicher, viele Frauen scheuen diesen Schritt. Der Vorstand will deshalb die Angebote der SBO weiterentwickeln und dabei neue Wege beschreiten. Eine Aufgabe, die ausführlicher Recherchen und eines Zeitaufwandes bedarf, der auf ehrenamtlicher Basis nicht immer so einfach zu stemmen ist.

Der Erfolg der SBO hat auch die Politik hellhörig gemacht. Bereits 2006 wurde Manuela Weidmann vom Landrat des Odenwaldkreises für ihr Engagement zum Erhalt und zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Rahmen der SBO ausgezeichnet. „Ich würde mir jedoch wünschen“, so Weidmann, „dass die bürokratischen Auflagen vereinfacht würden und die Politik nicht immer neue Verwaltungsapparate für viel Geld installiert. Schon wenig Geld kann Projekte ermöglichen, die ländlichen Regionen und ihren Bewohnern einen tatsächlichen Nutzen bringen.“



SBO
Servicebörse Odenwald e.V.

Dienstleistungen nach Maß
Flexible Arbeitsplätze für Frauen
Unter einem Dach in Ihrer Nähe



Partner für Privathaushalte, Firmen und Institutionen

- Hauswirtschaft
- Kinder, Familie und Senioren
- Garten, Haus und Tiere
- Büro- und Schreibservice
- Urlaub und Freizeit
- Feste und Veranstaltungen



www.serviceboerse-odenwald.de



Mehr Informationen:

Servicebörse Odenwald e.V. (SBO)

Telefon: 06164 503602

E-Mail: info@serviceboerse-odenwald.de

www.serviceboerse-odenwald.de



Networking zwischen Metropole und Naturidyll



Bild: © Sabine Matthes

Heraus aus der Isolation, sich mit gleichgesinnten selbstständigen Frauen austauschen und weiterentwickeln, sind die Ziele des Netzwerkes „Unternehmerinnen in Oberhavel“. Hier eine Impression von der Messe 2014 in Oranienburg, zu der auch ein eigenes Magazin herausgegeben wurde.

Im brandenburgischen Landkreis Oberhavel liegen Technologie- und Industriestandorte und ländliche Idylle nah beieinander. Das Magazin Focus Money bescheinigte dem Landkreis Anfang Januar 2014 die höchste Wirtschaftskraft in Ostdeutschland. Hier gründete die Borgsdorfer Naturheilpraktikerin Marit Uhlig im April 2008 das Frauennetzwerk Unternehmerinnen in Oberhavel.

Von Dagmar Möbius

Ziel von Marit Uhlig ist es, Unternehmerinnen die Möglichkeit zu bieten, sich branchenübergreifend auszutauschen und gegenseitig zu unterstützen. Bei den monatlich an wechselnden Orten stattfindenden Themenabenden referiert jeweils eine Netzwerkerin über ein Thema und stellt ihr Unternehmen vor. Zusätzlich tauschen sich die Frauen vierteljährlich bei einem Frühstück locker aus. Aktuell sind etwa 40 selbstständige Frauen unterschiedlicher Branchen und Unternehmensgrößen aktiv. Eine besondere Herausforderung besteht darin, dass die Unternehmerinnen teilweise sehr weit voneinander entfernt arbeiten. Deshalb kommunizieren sie unabhängig von den persönlichen Treffen vor allem über das Internet.

Vielfältige Konzepte und Motive

Naturkunsthawerkerin Manuela Röhken zog mit ihrer Familie 1998 von Berlin nach Oberhavel in das kleine Dorf Kraatz bei Gransee. Die seit 2005 selbstständige Unternehmerin stellt altes Handwerk vor, organisiert Gartenrundgänge sowie kulturelle Veranstaltungen in ihrer Kunstkate. Im Sommer bietet sie auf regionalen Märkten selbst gezeigte Kräuter und Stauden an. Seit drei Jahren gehört Manuela Röhken zum Netzwerk. „Ich habe Freude am Netzwerken und eine gesunde Neugier auf meine Umgebung“, sagt sie. „Nach der Gemeindegebietsreform von 2003 hören die Informationen oft an der Landkreisgrenze auf – eine unnatürliche Barriere, die ich so gut überbrücken kann.“ Über Hürden als Geschäftsfrau im ländlichen Bereich kann auch Hundephysiotherapeutin Claudia Ceglarek berichten, die mangels zuverlässiger Internetverbindung im 20 Häuser großen Dorf Linumhorst mit erschwerten Arbeitsbedingungen konfrontiert ist. Jean Lubenow aus Borgsdorf ist nach einem schweren Unfall Teilzeit-Unternehmerin. Sie betreibt eine transportable Ölmühle. „Ich habe

mich aus dem Rollstuhl wieder ins Leben gekämpft“, sagt die 36-Jährige, die viel mit Heilpraktikern kooperiert. Die Netzwerk-Treffen bestärken sie auf ihrem Weg. „Wir diskutieren zum Beispiel, wie wir öffentlich präsenter und selbstbewusster werden können.“ Denn die Einsicht, dass Ware und Leistungen ihren Preis haben, nimmt ab, je ländlicher es wird.

Netzwerk festigt sich

Seit der Gründung hat sich das Netzwerk weiterentwickelt. Im Rahmen der Brandenburgischen Frauenwoche präsentierte es sich mehrfach auf überregional beachteten Messen. Höhepunkt war 2014 ein eigens kreiertes Magazin zur Messe in Oranienburg, an dessen Entstehung alle Unternehmerinnen mitgearbeitet haben und das einen Mehrwert über die Veranstaltung hinaus bietet. Um künftig noch effizienter zu arbeiten, entscheiden die Mitgliedsfrauen momentan darüber, wie sich der bisher lose, nicht kommerzielle Verbund künftig formal verbindlicher organisieren will. Dem politisch und konfessionell unabhängigen Zusammenschluss kann jede interessierte und zu aktiver Mitarbeit bereite Unternehmerin oder Freiberuflerin beitreten, die einen Bezug zum Landkreis hat. Auch Teilzeit-Selbstständige und Existenzgründerinnen sind willkommen.



Mehr Informationen:

Dagmar Möbius
Telefon: 0174 9847514
E-Mail: dagmar@dagmar-moebius.de
www.unternehmerinnen-in-ohv.de



Bild: © privat



Bild: © ulz agrarmagazin

Anne Korte schenkt ihren Puten und Hähnchen viel Aufmerksamkeit. >

Unternehmerin mit Expertenwissen und Idealismus

Die Jungunternehmerin Anne Korte leitet einen Betrieb mit Hähnchen- und Putenmast, produziert Wurstsorten und Fertigprodukte. Ihre Philosophie: Mit Spaß an der Arbeit und partnerschaftlicher Teamarbeit gewinnen. Das ist ihr gelungen. 2014 zeichnete sie der Deutsche Landfrauenverband (dlv) als „LandFrau mit Ideen – Jungunternehmerin des Jahres“ aus.

Von Astrid Falter

„Ich bin Unternehmerin“, sagt Anne Korte selbstbewusst. Mit 25 Jahren übernimmt sie den laufenden Betrieb der Eltern in Petershagen, in dem Puten und Hähnchen medikamentenfrei aufgezogen, gemästet, geschlachtet und direkt vermarktet werden. Das ist nun drei Jahre her.

Unternehmen weiterentwickelt

Das Wachstum des Unternehmens zeigt deutlich, dass sie als Chefin erfolgreich ist. Der Umsatz steigerte sich um 30 Prozent, im Geschäftsjahr 2012/2013 nochmals um 22 Prozent. Die Jungunternehmerin stellte fünf neue Mitarbeiter ein. Insgesamt sind es nun 15 Personen, die sie beschäftigt. Die Mitarbeiter im Betrieb arbeiten selbstständig und selbstverantwortlich. So werden zum Beispiel neue Produkte auf Anregungen des Verkaufsteams entwickelt, das die Wünsche der Kunden kennt. Alle sind daran beteiligt: von den Fleischern bis hin zu den Verkäuferinnen. Als Expertin in Sachen Vermarktung sorgt Anna Korte für kurze Wege in ihrer Region. An jedem Tag steht das Team auf einem anderen Wochenmarkt in der Umgebung oder bietet die Ware in Heddas Bauernladen auf ihrem Hof direkt an.

Engagement, Spaß und Wissen

„Viele der Mitarbeiter kennen mich noch aus Kindertagen“, sagt Anne Korte, die ein Fachhochschul-Studium als Diplom-Ingenieurin für Ernährung und Verbrauchermanagement abgeschlossen hat. „Umso wichtiger ist es mir, mit Leistung und Kompetenz zu überzeugen.“ Ihr teamorientierter Führungsstil zahlt sich aus: Das Betriebsklima ist gut und der Krankenstand geht gegen null. Bei der Führung des Unternehmens berät sich die junge Bäuerin mit Experten in den Bereichen Betriebs- und Mitarbeiterführung, Ernährung, Verbrauchermanagement.

Ihre Tiere und ihre Zukunft im Blick

Auch mit den Veterinären pflegt Anne Korte einen intensiven Austausch, denn ihre Puten und Hähnchen werden in Zusammenarbeit mit einer engagierten Tierärztin ohne Antibiotika-Einsatz aufgezogen und gemästet. Das erfordert viel Aufmerksamkeit für die Tiere von allen Beteiligten, steht aber auch für die Qualität der Produkte und ist ein Alleinstellungsmerkmal des Betriebs.

Heddas Bauernladen soll sich auch in der Zukunft erfolgreich weiterentwickeln. Pläne gibt es einige: Eine eigene Bierbrauerei, eine Kochschule oder den Aufbau eines Online-Vertriebs.

Mehr zu Anna Korte online:
www.heddas-bauernladen.de

Gewinnbringende Ideen

In diesem Jahr zum ersten Mal vergab der Deutsche LandFrauenverband (dlv) die Auszeichnung „LandFrauen mit Ideen – Unternehmerin des Jahres“. In einem Wettbewerb rief er die rund 25 000 Frauen, die aktuell landwirtschaftliche Betriebe in Deutschland leiten zur Teilnahme auf. „Als erfolgreiche Chefin im eigenen Betrieb beweisen sie unternehmerisches Wissen und Können“, sagt die dlv-Präsidentin Brigitte Scherb. Mit seinem Preis will der dlv dazu beitragen, dass die Leistung und das Engagement der Unternehmerinnen auch öffentlich mehr Anerkennung erfahren. „Die Gewinnerinnen können vereint mit viel Elan, Herzblut und weiblicher Intuition großen, persönlichen Erfolg vorweisen. Eine Leistung, der Respekt gebührt.“ Zudem können sie als Vorbilder junge Frauen dazu motivieren, ihren eigenen Karriereweg zu gehen. „Dank Unternehmerinnen wie diesen gewinnt das Leben auf dem Land an Qualität und bleibt attraktiv“, sagt Brigitte Scherb. Drei Unternehmerinnen erhielten 2014 die Auszeichnung: Jungunternehmerin Anna Korte, Jutta Zeisset, die ein Museumscafé mit einem Hofladen vereint sowie Helga Trimborn für das nachhaltig geführte Bauerngut Schiefelsbusch.

Informationen unter
www.landfrauen.info/landfrauen-mit-ideen.html



Bei „Kraußes Kindersachen“ im sächsischen Klingenberg gibt es individuelle, in Handarbeit hergestellte Produkte für Mutter und Kind. Inhaberin ist Susann Krauß, vor zwei Jahren hat sie sich selbstständig gemacht. „Ich konnte nicht nähen, hatte eigentlich auch kein Interesse daran“, sagt die gelernte Köchin. Inzwischen ist ihr Unternehmen so erfolgreich, dass sie eine Vollzeitkraft beschäftigen kann. „Ich glaube, dass alles deshalb gut funktioniert hat, weil es nicht geplant war.“

**Es hat sich
peu à peu
entwickelt.**

Von Anja Rath

Wieso sie Unternehmerin wurde, kann Susann Krauß nicht mehr genau sagen. „Wahrscheinlich zu viel Zeit“, meint sie. Vielleicht fehlte ihr in ihrer Elternzeit einfach das kreative Arbeiten – bei ihrer Tätigkeit in der Gastronomie war die Patisserie ihr Steckenpferd – und sie probierte Nähanleitungen aus dem Internet aus. Die Stücke gelangen ihr. „Dann habe ich mich gefragt: Was machst du jetzt damit?“ Also bot sie die Näharbeiten und auch Holzprodukte auf Bauern- und Handwerkermärkten in der Region, später auf überregionalen Babymessen an – mit Erfolg.

Von der Angestellten zur Unternehmerin

Statt in ihren Beruf zurückzukehren, machte sich Susann Krauß im Oktober 2012 selbstständig. Als ihr Arbeitsraum zu Hause nicht mehr ausreichte, mietete die Kleinstunternehmerin bei der Gemeinde ihr heutiges Atelier: etwa 80 Quadratmeter groß, im ehemaligen Schulgebäude und nur rund 500 Meter vom Kindergarten ihrer Tochter entfernt. Günstig bekam sie zwei Industriemaschinen zum Nähen und Sticken aus einer Unternehmensauflösung. „Heute habe ich noch weitere Maschinen und seit Mitte 2013 eine Angestellte, die inzwischen in Vollzeit arbeitet.“ Denn schon bald nach ihrer Eröffnung Ende 2012 und einigen Messebesuchen konnte sie die Bestellungen nicht mehr alleine bewältigen. Im Februar 2014 vergrößerte sie ihr Atelier auf 105 Quadratmeter.

Susann Krauß suchte sich bei einem Existenzgründerseminar der Handwerkskammer Unterstützung. Sie konnte konkrete Fragen stellen und lernte einen Coach kennen, mit dessen Hilfe sie einen Businessplan erarbeitete. Finanziert hat sie ihre Unternehmensgründung durch ihre Verkaufseinnahmen – bei Banken hatte sie sich erfolglos bemüht. Sie beantragte auch eine Existenzgründerförderung. „Sie können es versuchen, aber richtige Chancen haben Sie nicht“, bekam sie zu hören – zu Unrecht, denn sie blieb hartnäckig und erhielt eine Unterstützung für das Existenzgründerseminar und die Erstellung des Businessplanes.

Familiäre Unterstützung und Support

Den Entschluss zur Selbstständigkeit hatte sie gemeinsam mit ihrem Mann gefasst. Zusammen plant das Paar auch ihre Termine – insgesamt 20 bis 30 Märkte und Messen im Jahr. „Ohne den Halt und die Unterstützung der Familie wäre mein Unternehmen nicht möglich“, sagt Susann Krauß. Wenn ihr Mann keinen Schichtdienst hat, übernimmt er die Betreuung der Tochter und sie arbeitet häufig länger, ansonsten richtet sie ihre Öffnungszeiten nach der Kinderbetreuung aus. Ihr Mann hat sich außerdem in die Wartung ihrer Maschinen eingearbeitet und unterstützt sie mit seinem Know-How in Sachen IT.

Das ist eine Arbeit für abends und das Wochenende: Die Internetseiten wollen gepflegt, Produktbilder bearbeitet und eingestellt sein. Susann Kraußes erste Website hat ihr Mann programmiert, für die aktuelle Internetseite wurde ein Profi beauftragt. Für den Vertrieb nutzt sie die Internetplattformen Amazon und DaWanda. Um die Rechtssicherheit ihres eigenen Online-Shops zu gewährleisten, ist sie dem Händlerbund beigetreten, der eine kontinuierliche Aktualisierung der AGBs für die Internetpräsenz und eine Prüfung des Online-Shops bietet.

Wirtschaftsunternehmen mit Wohlfühlfaktor

Bei ihren Produkten setzt Susann Krauß auf Qualität und Langlebigkeit. Ihre Waren sind teurer als Kinderkleidung von der Stange, aber preiswerter als im Kinderfachgeschäft. Der Online-Handel ist eines ihrer Standbeine – Kunden kommen aber auch gezielt in ihr Atelier, wo sie aus über 300 Stoffen wählen und sich beraten lassen können. „Ich habe noch viele Ideen, aber mir fehlt die Zeit“, sagt Susann Krauß. Sie überlegt, einen weiteren Mitarbeiter einzustellen, um mehr Zeit zu haben: für die Buchhaltung, die Online-Kommunikation und persönliche Gespräche.

Mehr Informationen

www.krausses-kindersachen.de



Bild: © Catrin Moritz

Catharina Cramer – die Chefin der Bierbrauerei Warsteiner im Sauerland

„Mir war klar: Ich stelle mich der Herausforderung“

Im Jahr 1753 gründete die Familie Cramer im westfälischen Sauerland die Bierbrauerei Warsteiner. Inzwischen gehört das mittelständische Unternehmen zu den größten Privatbrauereien in Deutschland und ist das Herzstück der Warsteiner Gruppe mit weltweit rund 120 Tochterunternehmen – darunter auch andere namhafte Brauereien. Die aktuelle Inhaberin der Warsteiner Gruppe ist Catharina Cramer. Die 36-jährige Mutter eines Kleinkindes und selbst jüngste von drei Töchtern hat bereits 2006 in der Warsteiner-Geschäftsführung Verantwortung übernommen und ist seit dem Tod ihres Vaters 2012 geschäftsführende Gesellschafterin.

www.warsteiner.com

Frau Cramer, ab wann war Ihnen klar, dass Sie Verantwortung in dem seit Generationen von Ihrer Familie geführten Unternehmen übernehmen würden?

In meiner Jugend war ich der Überzeugung, dass eine meiner älteren Schwestern später das Unternehmen leiten würde. Doch dann wurde deutlich, dass beide andere Pläne für ihre beruflichen Laufbahnen verfolgten. Als mich meine Eltern fragten – ich war damals 19 Jahre alt – , ob ich mir vorstellen könnte, in das Unternehmen einzusteigen, war ich sehr überrascht und zunächst unsicher, ob ich einer solch großen Aufgabe gewachsen sein würde. Als meine Schwestern mir ihre Unterstützung zusagten, war mir aber schnell klar, dass ich mich der Herausforderung stellen würde. Heute kann ich sagen: Das war genau die richtige Entscheidung für mich. Durch meine Arbeit lerne ich viele interessante Menschen kennen, kann Dinge bewegen und bleibe trotz allem meiner Familie ganz nah.

Haben Sie Ihre Ausbildung auf die Unternehmensführung ausgerichtet?

Vor dem Einstieg in unsere Brauerei war es mir wichtig, viele praktische Berufserfahrungen in anderen Unternehmen zu sammeln. Nach meinem Wirtschaftsstudium an der European Business School in London mit Auslandssemestern in Paris und Madrid habe ich Praktika in der Hotellerie, Marktforschung, im Event-Management, der Steuerberatung und im Investment Banking absolviert, aber auch für eineinhalb Jahre im klassischen Brand Management bei Pernod Ricard Deutschland gearbeitet.

Wie wurden und werden Sie in dem männlich dominierten Geschäftsfeld akzeptiert?

In der Bierbranche als Frau zu bestehen, empfinde ich nicht als schwer. Historisch gesehen sind Bierbrauen und Brotbacken ja sowieso Frauensache gewesen, bis die Männer merkten, dass man damit Geld verdienen kann. Auch meine Großmutter hatte einige Zeit das Geschäft übernommen, als mein Großvater gesundheitlich eingeschränkt war. Respekt erfare ich aber auch, weil ich ein ausgesprochener Teamplayer bin und gerne auf Menschen zugehe.

Also könnte man Ihren Führungsstil als teamorientiert beschreiben?

Mir ist die Meinung meiner Mitarbeiter besonders wichtig, denn sie sind alle in ihren Bereichen gut und kompetent. Ich nehme viele von ihnen mit ins Boot, denn sie ziehen mit, wenn sie merken, dass man selbst für etwas brennt und sie etwas zurückbekommen. Und das heißt: Vertrauen. Ich bin hier groß geworden und als Kind im Unternehmen überall herumgeflickt, sodass mich viele der Mitarbeiter seit meiner Kindheit kennen und mit mir verbunden sind. Das ist ein Bonus für gegenseitiges Vertrauen. Ich würde sagen, dass mein Führungsstil emotional ist. Wenn ich etwas mache, dann voll und ganz. Umgekehrt sage ich aber auch klar, wenn mir etwas nicht gefällt. Ich bin da sehr direkt.

Haben Sie für sich selbst neue Rahmenbedingungen geschaffen, um Familie und Beruf zu vereinbaren?

Ich bin täglich im Büro und mein Arbeitspensum ist auch seit der Geburt meines Kindes gleich geblieben. Dank der Unterstützung meiner Assistenten kann ich Beruf und Familie aber prima miteinander verbinden. Außerdem war ich selbst immer schon sehr strukturiert. Und wenn Feierabend ist, dann ist das die Zeit für die Familie und die Freunde. Ich sitze abends zu Hause nicht mehr über E-Mails. Das habe ich auch früher nicht gemacht und deshalb hat sich, seit ich einen kleinen Sohn habe, auch nicht viel verändert.

**Vielen Dank für das Gespräch.
Das Interview führte Anja Rath.**



Integrierter Pflanzenschutz: Eine Frage des Know-hows und der Wirtschaftlichkeit

Die Agrargenossenschaft Bartelshagen in Mecklenburg-Vorpommern ist ein Vorzeigebetrieb in verschiedenster Hinsicht. Auf knapp 3 000 Hektar Ackerfläche baut sie eine breite Palette an Feldfrüchten an. Gleichzeitig betreibt sie aktiven Naturschutz und nimmt am Modellvorhaben „Demonstrationsbetriebe integrierter Pflanzenschutz“ des Bundeslandwirtschaftsministeriums teil. Eine Bilanz über die Projektlaufzeit.

Von Vivian Vilich und Felix Holst

Eine Ackerfläche von knapp 3 000 Hektar ist weit entfernt vom klassischen Bild eines Bauernhofes, aber in Mecklenburg-Vorpommern (MV) keine Seltenheit. Mit durchschnittlich 284 Hektar pro Betrieb liegt MV an der deutschen Spitze, wobei die Genossenschaften die größten Flächen abdecken. Die Agrargenossenschaft Bartelshagen ist trotz ihrer Größe breit aufgestellt: Zehn verschiedene Feldfrüchte werden in Rotation angebaut, wobei Getreide und Raps Schwerpunkte bilden. Jährlich nimmt die Genossenschaft rund 100 Hektar für den Naturschutz aus der Produktion: Gewässerrandstreifen, Blühstreifen, Renaturierung und Nisthilfen sind Beispiele für den aktiven Naturschutz, den Betriebsleiter und NABU-Kreisvorstand Wilfried Lenschow betreibt. Die dazugehörige Milch-, Mutterkuh- sowie Geflügelhaltung mit Direktvermarktung runden das Bild eines modernen Betriebes ab. Mit 39 ganzjährig Beschäftigten und fünf Auszubildenden ist die Genossenschaft ein wichtiger Arbeitgeber in der dünn besiedelten Region.

Integrierter Pflanzenschutz als Betriebsbestandteil

Schon vor der Teilnahme an dem 2010 gestarteten Modellvorhaben „Demonstrationsbetriebe integrierter Pflanzenschutz“ (siehe Kasten) nutzte die 1991 gegründete Genossenschaft den integrierten Pflanzenschutz (IPS), um Probleme mit Schadorganismen anzugehen. Der

Betrieb integrierte auf entsprechenden Flächen anstelle des in der Region üblichen Fruchtwechsels Winterraps-Winterweizen-Wintergerste gezielt Futterpflanzen und Zwischenfrüchte in die Rotation. Auch der Einsatz organischer Düngemittel wie Festmist oder Rinderfruchtülle und die nichtwendende Bodenbearbeitung sollen die Bodenfruchtbarkeit und damit die biologische Aktivität der Böden verbessern. Biologisch aktive Böden können tierischen und pilzlichen Schadorganismen besser entgegenwirken, etwa dem zunehmenden Sklerotinia-Befall von Raps. Der Vergrasung durch Trespe, Weidelgras oder Quecke wird mit dem Anbau von Silomais oder Zuckerrüben nach Zwischenfrucht oder Gemenge begegnet. Speziell ausgebildete Mitarbeiter beurteilen seit vielen Jahren das Auftreten von Unkräutern, Pilzkrankheiten und Schadinsekten. Schon aus Kostengründen ist der optimierte Einsatz von Pflanzenschutzmitteln bei dieser Betriebsgröße unverzichtbar. Neu ist für den Betrieb im Rahmen des Modellvorhabens die Anwendung von Bekämpfungsrichtwerten.

Modellvorhaben sensibilisiert und vermittelt Wissen

Es ist eine enorme Herausforderung, sowohl dem Naturschutz als auch dem IPS unter Verwendung chemischer Pflanzenschutzmittel gerecht zu werden. Wilfried Lenschow versprach sich deshalb von einer Teilnahme am Modellvorhaben detailliertere Informationen



Studierende der Universität Rostock begutachten ein Spritzenfenster auf den Flächen der Agrargenossenschaft Bartelshagen. In einem Spritzenfenster wird auf die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln verzichtet.

zum Zustand der Pflanzenbestände durch den Betreuer, eine kostenlose und neutrale Beratung zum Pflanzenschutzmitteleinsatz und zu Behandlungsstrategien, einen direkten Ansprechpartner zu Fragen des Pflanzenschutzrechts sowie Informationen zu neuesten Erkenntnissen aus dem Versuchswesen des Pflanzenschutzdienstes. Die Beratung ist für den Betriebsleiter extrem wichtig, aber nicht, um unbekannte oder riskante Pflanzenschutzmaßnahmen einzuführen; hierfür reicht der finanzielle Spielraum nicht aus. Es sind die Neuheiten, wie die Nutzung von Entscheidungshilfesystemen oder die Elektronenbehandlung von Getreidesaatgut als Alternative zur Beizung, die nun angewendet werden. Ein innerbetrieblicher Lerneffekt zeigt sich durch Beteiligung des Personals: Vor allem Azubis sollen auch nach Projektende zur Schaderregerdiagnose im Feld ausgebildet werden und übernehmen dieses Wissen somit in ihr späteres Berufsfeld.

Betriebsspiegel:

Anbau (Ernte 2015)

Kultur	Fläche in Hektar
Winterweizen	780
Wintergerste	429
Winterroggen	341
Silomais	200
Ackergras (zur Vermehrung)	69
Sommergetreide	80
Raps	656
Zuckerrüben	45
Lupinen	18
Zwischenfrüchte (Gemenge, Klee, Senf)	200

Tierhaltung

Tierart	Anzahl Tiere
Milchkühe (inkl. Nachzucht)	480
Mutterkühe (inkl. Nachzucht)	100
Enten	3000
Gänse	1000
Perlhühner	400
Hähnchen	400

Die Milchkühe werden im Boxenlaufstall und die Mutterkühe im Freiland gehalten, das Geflügel in kombinierter Stall- und Freilandhaltung. Das Geflügelfleisch und zum Teil das Rindfleisch vermarktet die Genossenschaft über ihren Hofladen sowie einen Verkaufswagen.

Seiner anfänglichen Skepsis und Unsicherheit ist die Gewissheit einer kompetenten und neutralen Beratung gewichen. Wilfried Lenschow ist froh, die Qualität des Pflanzenschutzes merklich verbessert zu haben: Unnötige Maßnahmen werden weitestgehend vermieden, die Bestandskontrollen ermöglichen die Einhaltung optimaler Termine und Intensitäten. Die Genossenschaftler wurden für den Schutz von Bestäuberinsekten sensibilisiert und haben seitdem den Dialog mit den ansässigen Imkern intensiviert. Prophylaktische Pflanzenschutzmaßnahmen sind seltener geworden und ganzflächige Insektizidbehandlungen die Ausnahme, sie beschränken sich auf Teilflächen und Vorgewende.

Erfolge – Grenzen – Ideen

Der Betrieb konnte in den Jahren der Projektbeteiligung Rekordernnten einfahren, lernt aber für sich die Grenzen der Umsetzbarkeit des IPS kennen. Zumeist sind es wirtschaftliche Faktoren, die dem Ersatz chemischer Verfahren durch nicht-chemische Verfahren zunächst entgegenwirken, etwa bezogen auf die Unkrautbekämpfung. Mechanische Verfahren erfordern mehr Dieselverbrauch, sodass die Genossenschaft nun mit Zwischenfrüchten oder Untersaaten versuchen wird, den Herbizid-Einsatz zu reduzieren. Auch Sortenmischungen kommen wieder ins Gespräch. Wichtig ist dem Betriebsleiter der Grundsatz der freiwilligen Entscheidung, da er allein das Risiko trägt. Dabei steht er auch dem Dialog mit konventionellen und ökologischen Nachbarbetrieben aufgeschlossen gegenüber; schließlich kann man nur voneinander lernen. Auf Hof- und Feldtagen lädt die Genossenschaft zum Erfahrungsaustausch ein, jedoch hält sich derzeit die Resonanz bei Kollegen und anderen Beratern noch in Grenzen. IPS ist nicht auf Platz eins der Dringlichkeitsliste, und es gibt während der Saison viele Feldtage mit unterschiedlichen Schwerpunkten zur Auswahl. Kritik hat Potenzial: So sehen Wilfried Lenschow und Berater Felix Holst eine gute Chance für den integrierten Pflanzenschutz, indem man zum Beispiel demonstriert, wie ökologische Vorrangflächen sowohl dem sogenannten Greening als auch dem IPS gerecht werden können.

Das Modellvorhaben

Das vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft initiierte Modell- und Demonstrationsvorhaben „Demonstrationsbetriebe integrierter Pflanzenschutz“ läuft von 2010 bis 2018. Die teilnehmenden Demonstrationsbetriebe setzen die neuesten Erkenntnisse und Verfahren des integrierten Pflanzenschutzes auf einzelnen Schlägen oder Anlagen ihres Betriebes um und präsentieren diese anderen Betrieben und Beratern sowie der Öffentlichkeit. Grundlage hierfür ist eine intensive Betreuung der Betriebe und umfassende Unterstützung bei der Einführung der neuen Verfahren, insbesondere durch Experten der Pflanzenschutzdienste der Länder und des Julius Kühn-Instituts.

<http://demo-ips.jki.bund.de/>



Mehr Informationen:

Vivian Vilich
Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Referat 314 – Agrarforschung
Telefon: 0228 6845-3963
E-Mail: vivian.vilich@ble.de
www.ble.de

Wilfried Lenschow
Agrargenossenschaft Bartelshagen
Telefon: 03821 815720
E-Mail: service@agrartartelshagen.l.de
www.agrartartelshagen.l.de

Restholz wärmt

Bechstedter Bürger



Symbolträchtig für die Zukunftsperspektiven des Ortes vollzogen die Dorfkinder den ersten Spatenstich für die Nahwärmeleitung am 13. September 2012.

Bild: © Burkhardt Kolbmüller

Die Energiegenossenschaft Bechstedt in Thüringen hat innerhalb kurzer Zeit die Energieversorgung des kleinen Dorfes umgekrempelt. Sie verlegte das Nahwärmenetz in Eigenleistung und versorgt heute mit einer innovativen Technologie auf Basis regionalen Landschaftspflegematerials 31 der 51 Haushalte mit Wärme.

Von Doreen Handke, Ines Kinsky und Burkhardt Kolbmüller

Die ersten Ideen zu einer eigenen Wärmeversorgung entwickelten die Bewohner Bechstedts 2009, nachdem zwei von ihnen in Südtirol Hackschnitzel-Heizprojekte besichtigt hatten. Nach einer Machbarkeitsstudie und einer Fachexkursion ins Bioenergiedorf Jühnde kam der Prozess jedoch vorübergehend zum Erliegen, denn das in Jühnde genutzte Biogas erwies sich für Bechstedt als ungeeignet. Da es keine Agrargenossenschaft vor Ort gibt, mangelt es an verwertbarer Biomasse für eine derartige Anlage.

Vom Plan zum eigenen Nahwärmenetz

Neuer Schwung kam in den Prozess, als Bürgermeister Jürgen Patenschull von der neuen Technologie der Spanner-Holzvergaseranlagen erfuhr. Besuche in einem Spanner-Werk und bei mehreren Betreibern solcher Blockheizkraftwerke (BHKW) überzeugten ihn. Die LEADER-Aktionsgruppe unterstützte seine Bemühungen 2011 mit der Finanzierung der Machbarkeitsstudie im Rahmen eines Integrierten Ländlichen Entwicklungskonzepts, in der ein Ingenieurbüro diese Versorgungsvariante für Bechstedt durchrechnete und vorplante. Es folgten mehrere öffentliche Veranstaltungen und zwei Busexkursionen zu Bioenergiedörfern, die das Interesse der Mehrzahl der Bechstedter weckten.

Dann ging alles Schlag auf Schlag: Im Februar 2012 gründete sich mit vorerst 26 Mitgliedern die Energiegenossenschaft Bechstedt. Diese Betreiberform wurde gewählt, um dauerhaft alle Anschlussnehmer gleichberechtigt einzubinden. Es wurde ein Planungsbüro beauftragt und bereits im September 2012 erfolgte der erste Spatenstich – nicht wie oft üblich durch politische Mandatsträger, sondern durch die Kinder des Dorfes.

In den kommenden zwölf Wochen vollbrachten die Mitglieder der Genossenschaft ein kleines Wunder, indem sie in Eigenleistung die Leitungen für das Nahwärmenetz im Dorf verlegten. Bei der Realisierung half auch ein Mix aus Fördergeldern: Das Gebäude des BHKW wurde über LEADER-Fördermittel bezuschusst. Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle förderte die Kraft-Wärme-Kopplung des Nahwärmenetzes und die KfW-Förderbank unter anderem den Pufferspeicher sowie das Nahwärmenetz.

Bereits am 20. Dezember 2012 konnten die ersten Haushalte mit Nahwärme versorgt werden. Nach und nach erweiterte sich der Abnehmerkreis: Heute sind 31 von 51 Haushalten im Dorf an das Netz angeschlossen.

Landschaftspflegeholz als Basis

Den Kern der Energieversorgung bildet ein Holzvergaser-BHKW der Firma Spanner, das mit Hackschnitzeln aus regionalen Quellen betrieben wird. Die Hackschnitzel stammen vorwiegend aus der Pflege von Gewässerrandstreifen, Straßenrändern, Bahntrassen oder Streubstwiesen. Insgesamt 1 500 Schnittraummeter davon werden im Jahr benötigt. Das BHKW läuft kontinuierlich das ganze Jahr über. Von April bis Oktober reicht die Abwärme zur Wärmeversorgung der Haushalte. Die diskontinuierliche Wärmeabnahme der Verbraucher im Tagesverlauf wird von einem Pufferspeicher mit 23 000 Litern ausgeglichen. Überschüssige Wärme im Sommer wird zur Trocknung der Hackschnitzel genutzt. In Vorbereitung ist die Trocknung von Erntegut, wie Dörrobst oder Kräutern, regionaler Unternehmen. Im Winter wird das BHKW von einem Biomasse-Heizkessel unterstützt, der ebenfalls mit Hackschnitzeln betrieben wird. Die Innovation des Projektes liegt vor allem in der Kombination eines Holzvergaser-BHKW mit einem Nahwärmenetz und einem Hackschnitzel-Spitzenlastkessel.

Große Pläne auf dem Energiemarkt

Kleinere und größere technische Startschwierigkeiten konnten dank dem Engagement und Know-how einzelner Genossenschaftsmitglieder überwunden werden. Vier von ihnen haben nach einer Schulung die Betreuung der Anlage ehrenamtlich übernommen.

Bei der Einspeisung des vom BHKW erzeugten Stroms gab es anfangs unerwartete Schwierigkeiten mit dem regionalen Energieversorger. So dauerte es noch bis September 2013, bis die reguläre, kontinuierliche Einspeisung aufgenommen werden konnte. Da die Energiegenossenschaft 20 Jahre Einspeisegarantie nach der alten Fassung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) hat, betrifft sie die EEG-Novelle nicht unmittelbar. Die Novelle verhindert jedoch, dass die Genossenschaft ihren Strom regional direkt vermarkten kann. Langfristig strebt die Kommune die Übernahme des regionalen Energienetzes an, um die Bürger direkt mit Strom versorgen zu können. Die Energiegenossenschaft ist eines von acht Gründungsmitgliedern des Vereins „Bürgerenergie Thüringen e.V.“, der unter anderem an einer Marke „Thüringer Landstrom“ arbeitet.

Regionale Firmen profitieren

Als Wertschöpfung für die Region können zum einen ein Großteil der 1,2 Millionen Euro Baukosten verbucht werden, denn gebaut haben die Anlage regionale Firmen. Auch die rund 100 000 Euro, die früher jedes Jahr als Kosten für Heizöl aus dem Dorf abfließen, kommen nun regionalen Firmen zugute. Denn diese beliefern Bechstedt mit Hackschnitzeln und werden bei der Wartung und Reparatur der Anlage bevorzugt. Spürbar ist die Wertschöpfung auch im Tourismus: Seit der Eröffnung der Anlage, die noch dazu in einer traditionellen Urlaubsregion des Mittelgebirges liegt, besichtigten mehrere Besuchergruppen das Projekt. Die ansässigen Pensionen und Gaststätten profitieren von diesem „Energietourismus“, der noch ausgebaut werden soll.

Schlüsselfaktor:

Vernetzung – nach innen und außen

Der gemeinsame Bau und der Betrieb des BHKW haben das ohnehin schon gute Zusammengehörigkeitsgefühl im Dorf noch gestärkt. Wichtig war und ist der Genossenschaft, dass durch das Projekt keine Uneinigkeit im Dorf entsteht. Alle Bewohner, auch die noch nicht angeschlossenen, werden zu den Veranstaltungen und Feiern der Genossenschaft eingeladen.

Ein wesentlicher Erfolgsfaktor war auch die gute Vernetzung in der Region und darüber hinaus. So gab beispielsweise das bundesweite Netzwerk der Bioenergie-Regionen die Anregung, den Fokus auf regionales Landschaftspflegegut zu richten. Mit der Aufnahme der Schwarzatal-Region als Kandidat für die Internationale Bauausstellung (IBA) wurden die Kontakte zur Weimarer Bauhaus-Universität und der Fachhochschule Erfurt vertieft. Studierende dieser Hochschulen und Schüler des regionalen Gymnasiums führen verschiedene

Untersuchungen durch, die Anregungen zur Kommunikation und zur weiteren Ausgestaltung des Projektes versprechen. Parallel gibt die Energiegenossenschaft Bechstedt ihr Wissen und ihre Erfahrungen an Besucher oder im Rahmen von Vorträgen gern weiter.

Ambitionierte Zukunftspläne

Für die nahe Zukunft ist ein zentrales Überwachungs- und Zugriffssystem geplant, das eine intelligente Steuerung des Wärmenetzes ermöglicht. Damit könnte jeder Anschlussnehmer Einblick ins System und dessen Funktion nehmen. Ausgebaut werden soll außerdem die Nutzung weiterer Landschaftspflegematerialien, hier erweist sich aber die Logistik noch als Herausforderung. Aktuell wird nach einer Nutzung für die beim Holzvergaser anfallende Biokohle gesucht, um die Anlage optimal in die regionale Wertschöpfung einzubinden. Die Biokohle wird bisher als Abfall entsorgt, obwohl sie eigentlich ein wertvoller Rohstoff ist. Aufgrund ihrer staubigen Konsistenz ist aber auch hier die weitere Logistikkette noch ungeklärt. Mittelfristig sollen auch Gewächshäuser errichtet werden, um die Abwärme zur Gemüseproduktion nutzen zu können.

Am 12. November 2014 erhielt Bechstedt als eine von bundesweit drei Gemeinden auf der internationalen Fachmesse EnergyDecentral 2014 die Auszeichnung „Bioenergie Dorf 2014“. Mit den 10 000 Euro Preisgeld wird die Gemeinde unter anderem Technik zur Landschaftspflege anschaffen und die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED finanzieren.



Bild: © Burkhardt Kolbmüller

Beim Verlegen des Nahwärmenetzes packten viele im Dorf mit an. Die Haushalte werden dafür mit einer Einsparung bei den Heizkosten von einem Drittel gegenüber dem Ölpreis belohnt.



Bild: © Burkhardt Kolbmüller



Mehr Informationen:

Ines Kinsky
LEADER Aktionsgruppe Saalfeld-Rudolstadt e.V.
Telefon: 03672 3189211
E Mail: kinsky_leader@yahoo.de
www.leader-saalfeld-rudolstadt.de

Dr. Burkhardt Kolbmüller
KulturNaturHof Bechstedt e.V.
Telefon: 0177 6027158
E Mail: b.kolbmüller@t-online.de



HOMUNKULUS: Neue Heimat für kleine Darsteller

Die Insel Hiddensee bei Rügen hat schon immer viele Künstler und Lebenskünstler angezogen. Hier entstand nun mithilfe von ELER-Mitteln ein außergewöhnliches Projekt. Über 200 Marionetten und andere Figuren der Seebühne Hiddensee haben ein neues Zuhause gefunden: die HOMUNKULUS-Figuresammlung. Der außergewöhnliche Bau ist gleichzeitig Spielstätte, Café und Begegnungsort für unterschiedliche Anlässe.

Von Juliane Mante

Erreicht man die Insel Hiddensee am nördlichen Ende der Bundesrepublik nach zweieinhalbstündiger Fahrt ab Stralsund über die Boddengewässer der Ostsee, hat man das Gefühl, aus der Hektik in eine andere Zeit versetzt zu sein. Genauso ergeht es einem, wenn man in der Seebühne Hiddensee in die Geschichten des Puppenspielers Karl Huck eintaucht. Der 54-Jährige ist einer der künstlerischen Originale, die es auf die Insel gezogen hat. Geboren im ehemaligen Karl-Marx-Stadt, dem heutigen Chemnitz, erwarb der ehemalige Bäckerlehrling, Schiffsmotorschlosser und Schiffstaucher 1985 sein Diplom als Puppenspieler. Seit 1987 arbeitete er freiberuflich als Regisseur und Autor und gründete zunächst 1990 das HOMUNKULUS-Figurentheater in Berlin. 1989 kam er zum ersten Mal auf die Insel und verliebte sich wie viele andere in ihren ganz eigenen Charme, der trotz der Veränderungen der vergangenen Jahre hin zum Ferienhausidyll immer noch spürbar ist.

Volle Kraft voraus

1997 pachtete Huck mitten im Ortskern von Vitte ein altes Gebäude der Gemeinde, das in seiner Vergangenheit Lagerraum, Schlosserei, Tischlerei und Garage des Polizeiautos war. Mit etwas Aufwand wurde aus diesem Gebäude die Seebühne Hiddensee, die das Ende des HOMUNKULUS-Figurentheaters in Berlin besiegelte. Im Jahr 2000 zog das Figurentheater endgültig nach Hiddensee. Seitdem produzieren Karl Huck und seine Lebensgefährtin Wiebke Volksdorf, seit 2004 Direktorin der Seebühne, jedes Jahr zwei Stücke. Die Kosten für die Pacht haben die beiden damals überwiegend über Gastspiele im Ausland gedeckt, dadurch trägt sich die Seebühne nun schon seit 17 Jahren ohne Subventionen. „Unterstützung bekommen wir allerdings durch eine ganze Menge Freunde und Förderer“, so Karl Huck. Seit 2005 haben sich mittlerweile über 60 Menschen aus verschie-

denen Bevölkerungs- und Berufskreisen, darunter viele regelmäßige Hiddensee-Urlauber, zum Förderverein Seebühne Hiddensee e.V. zusammengeschlossen. „Der Verein macht Vieles möglich, was wir allein nur mit viel Aufwand realisieren könnten“, freut sich Huck.

Seeluft ist nicht nur gesund

So umfasst die Figurensammlung der Seebühne mittlerweile fast 300 Figuren. Die Puppen werden überwiegend nach eigenen Vorstellungen in den Werkstätten befreundeter Puppenbaukünstler gefertigt. Aber auch anderweitig erworbene oder geschenkte Puppen aus aller Welt gehören dazu. Dabei kostet eine Puppe zwischen 200 und 1 500 Euro. Neben ihrem ideellen Wert hat sich dadurch bereits ein beachtlicher wirtschaftlicher Wert angesammelt, der gepflegt und erhalten werden muss. Kein leichtes Unterfangen bei der feuchten und salzhaltigen Seeluft, die die schadfreie Lagerung und Pflege sehr aufwendig macht. Der Förderverein wirbt deshalb beispielsweise Unterstützer an, die mit jeweils 250 bis 1 000 Euro für eine Puppe die Patenschaft übernehmen. Über 25 000 Euro konnten dadurch an Spenden schon eingeworben werden. Erste Patronin und ein berühmtes Zugpferd ist die Schauspielerin Corinna Harfouch, Schutzherrin der Figur Carl Hansen, dem Double Karl Hucks.

Figurensammlung: Ein Traum wird wahr

Die Puppen stehen heute, wenn nicht gerade auf der Bühne, dann in der 2014 eröffneten HOMUNKULUS-Figurensammlung nahe der alten Seebühne. Die Idee dazu hatten Wiebke Volksdorf und Karl Huck auf ihren Reisen: 2003 und 2004 besuchten sie in Palermo eine ähnliche Figurenausstellung, die Initialzündung gab jedoch die Sammlung des Dichters Pablo Neruda in seinem Wohnhaus auf der chilenischen Isla Negra. „Die hat uns beeindruckt, das wirkte wie ein Museum, war aber tatsächlich sein Zuhause.“ Von einer befreundeten Galeriebesitzerin in Schwerin erhielt Huck den Tipp, den Bau des Gebäudes über ELER-Mittel fördern zu lassen. Entstanden ist ein stilvolles, eigenwilliges Bauwerk. Die Architektin Prof. Johanne Nalbach, Ehrenmitglied im Förderverein Seebühne e.V., entwarf das Gebäude, das von außen komplett mit sibirischer Lärche verschalt und von innen liebevoll und aufwendig bis ins kleinste Detail gestaltet ist.

Der Bau wurde mit 212 000 Euro ELER-Mitteln gefördert, das sind 45 Prozent der Investitionssumme. „Von der Antragsstellung bis zur Fördermittelvergabe brauchten wir jedoch einen sehr langen Atem, damit hatten wir nicht gerechnet“, so Huck. „Wir hatten dadurch einige Schwierigkeiten, denn für den Rest der Investitionssumme brauchten wir ja einen Kredit bei der Sparkasse – doch ohne Fördermittelzusage kein Kredit.“ Auch die damit zusammenhängende Bürokratie hat Nerven gekostet.

Multifunktionale Begegnungsstätte

Nun haben jedoch die Figuren nach einer sehr anstrengenden Bauzeit für alle sichtbar ihr neues Zuhause gefunden. Das Gebäude vereint mehrere Funktionen: Ein integriertes Café mit Außenterrasse bietet Getränke, Kuchen und kleine Speisen in hoher Qualität und in angenehmer Atmosphäre. Nachmittags finden hier außerdem die Familienvorstellungen statt, während die Abendvorstellungen weiterhin in der alten Seebühne laufen. „Die Figurensammlung soll ein Begegnungsort für ganz verschiedene Anlässe sein“, meint Karl Huck. „Hier laufen Familienfeiern und demnächst ein Kongress von Kinderpsychologen. Außerdem planen wir Workshops mit Malern, Fotografen und Puppenspielern.“ Der Eintritt in die Figurensammlung kostet einen Euro, was nicht immer das Verständnis der Besucher findet.

In jedem Fall hat der Bau das Inselleben schon jetzt gesellschaftlich und künstlerisch bereichert. In diesem Sommer haben Karl Huck und Wiebke Volksdorf das kulturelle Konzept weiterentwickelt und bereits eine ganze Reihe an Veranstaltungen angeboten: eine Programmkinowoch mit Filmen der Brüder Schamoni, eine Jazzreihe mit dem Künstler Tobias Morgenstern sowie Lesungen und literarische Veranstaltungen mit Schriftstellern wie Christoph Hein oder Barbara Schnitzler.

Die Figurensammlung dient nun Karl Huck und Wiebke Volksdorf als weiteres Standbein. Sie wird – neben den ausländischen Gastspielen – den Betrieb der Seebühne auch über die Urlaubssaison hinaus verlängern.

Derzeit sucht der Förderverein Seebühne Hiddensee e.V. Pflastersteine, um von der Straße hin zum Gebäude einen bunten Patchwork-Weg als Rolli-Rampe zu bauen. Eines der weiteren kleinen Puzzlestücke, die die Figurensammlung zu einem Anziehungspunkt auf der Insel machen.



Bild: © Steffen Bohl



Bild: © Steffen Bohl

➤ Puppenspieler Karl Huck in „Der Sturm“ nach William Shakespeare



Mehr Informationen:

Karl Huck und Wiebke Volksdorf
HOMUNKULUS-Figurensammlung
Telefon: 038300 60593
E-Mail: mail@homunkulus.de
www.homunkulus.de
www.hiddenseebuehne.de



Klare Sache – Abwasserbehandlung in Eigenregie

Das sächsische Dorf Treptitz hat mit viel Engagement und Sachverstand seine Abwasserbehandlung selbst in die Hand genommen. Zwei dezentrale Gruppenkläranlagen haben die Bewohner geplant und gebaut und im Rahmen der Tiefbauarbeiten gleichzeitig eine Nahwärmeleitung verlegt. Das Dorf profitiert finanziell und hat seine Attraktivität für Zuzügler gleichzeitig spürbar gesteigert.

Von Tilo Sahlbach

Treptitz ist ein Ort mit 130 Einwohnern, gelegen am Rande der Dahleiner Heide in Sachsen, zwischen Leipzig und Dresden. Ein aktives Dorfleben, verbunden mit einem starken Zusammenhalt zwischen den Einwohnern, zeichnet diesen Ort aus. Viele gemeinsame Projekte, wie der Neubau des Feuerwehrhauses in überwiegender Eigenregie, haben das Selbstbewusstsein der Bewohner gestärkt. Die Gemeinde Cavertitz in Sachsen hatte für das Dorf Treptitz die dezentrale Lösung über grundstückseigene Kleinkläranlagen als Variante der Abwasserbehandlung festgelegt. Im Jahre 2007 wurden die Bürger darüber informiert, dass eine Umrüstung beziehungsweise der Neubau einer vollbiologischen Kläranlage notwendig wird. Die Bürger wollten jedoch die abwassertechnische Erschließung in Eigenregie angehen. Ihr Ziel war es, die Kosten dafür gering zu halten und eine nachhaltige Lösung für die Abwasserproblematik zu schaffen.

Der Weg zum eigenen Abwasserkonzept

Auf eine Privatinitiative hin wurden die Einwohner bei zwei Informationsveranstaltungen über die verschiedenen Möglichkeiten der Abwasserreinigung und die technischen Randbedingungen informiert. Nach kurzer Zeit stimmten rund 80 Prozent der Bürger für eine gemeinsame abwassertechnische Erschließung. Der hohe Anspruch lag zum einen an den vielen Vorteilen einer Gruppenlösung, aber auch an den Erfahrungen, die drei Grundstückseigentümer bereits mit ihrer biologischen Kleinkläranlage gesammelt hatten. Alle drei Anlagen hatten deutliche Grenzwertüberschreitungen zu verzeichnen, was zum einen an den fehlenden stofflichen Belastungen bei ein bis drei angeschlossenen Einwohnern sowie an einer falschen Betriebsweise lag.

Diplomarbeit untersucht Realisierbarkeit

Um eine Gruppenlösung umsetzen zu können, waren weitere Untersuchungen notwendig. Im Rahmen einer Diplomarbeit wurden die



verschiedenen Varianten untersucht. Die nebenstehende Übersicht veranschaulicht deutlich den Vorteil der Gruppenlösung gegenüber den grundstückseigenen Kleinkläranlagen sowohl für naturnahe Reinigungsverfahren A (Beispiel Pflanzenkläranlage) als auch für technische Reinigungsverfahren B (Beispiel SBR-Anlage, Scheibentauchkörperanlage). Damit stand fest, dass die Bürger von Treptitz eine Gruppenlösung statt grundstückseigener Kleinkläranlagen wollten.

Mit Idealismus und Professionalität an die Umsetzung

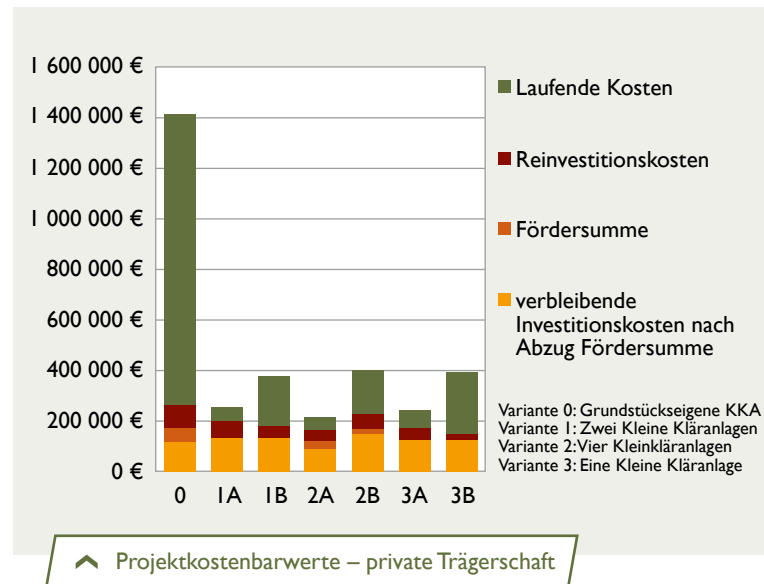
Das Institut für Wasserbau und Siedlungswasserwirtschaft an der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig unterstützte die Dorfgemeinschaft bei der Projektentwicklung, insbesondere bei der Organisation, der fachlichen Planung der abwassertechnischen Anlagen sowie der Vertretung gegenüber Ämtern und Behörden. Bevor es jedoch zur Umsetzung kommen konnte, musste eine Organisationsform für die private Trägerschaft gefunden werden. Für kleine Gruppenkläranlagen mit fünf bis zehn Grundstücken hat die GbR klare Vorteile, da ein weitaus geringerer Aufwand für die Organisation – Satzung, Eintragung ins Registergericht etc. – notwendig ist. Dennoch wurde als Organisationsform der Verein gewählt, um die Idee der abwassertechnischen Erschließung mithilfe von Gruppenkläranlagen in die Öffentlichkeit zu tragen. Es wurde der Verein zum ökologischen Gewässerschutz Treptitz e.V. (VÖG) gegründet. Weiterhin war eine Änderung des Abwasserbeseitigungskonzeptes notwendig, um eine direkte Einleitung des gereinigten Abwassers in den Vorfluter vornehmen zu dürfen. Mit Unterstützung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft wurde diese am 28. März 2011 erteilt. Damit konnte der Antrag auf eine wasserrechtliche Erlaubnis gestellt werden, welche am 18. August 2011 erteilt wurde.

Nahwärmeleitung inklusive

Um weitere Synergieeffekte aus den durchzuführenden Tiefbaumaßnahmen zu ziehen, wurde im Verein diskutiert, den Rohrgraben für eine Nahwärmeleitung zu nutzen. Im Zeitraum 2009/2010 errichtete der ortsansässige Landwirtschaftsbetrieb eine Biogasanlage, wobei die Abwärme des Blockheizkraftwerkes (BHKW) bis dato zum überwiegenden Teil ungenutzt in die Umwelt abgegeben wurde. Die Nahwärmeleitung würde die Nutzung der Abwärme für die Beheizung der Wohngebäude der Einwohner ermöglichen. Die Biogasanlage wird mit der Gülle aus dem eigenen Kuhstall sowie Grünschnitt versorgt. Ein ortsansässiger Meisterbetrieb für Heizungstechnik entwickelte das erste Wärmekonzept und stellte es den Bürgern vor. In intensiver Zusammenarbeit mit den Bürgern diskutierte der Verein mögliche Trassenvarianten für den zukünftigen Abwasserkanal und das Nahwärmenetz, deren technische Umsetzung und die finanziellen Folgen. Vor Ort erfolgte die Absprache mit dem jeweiligen Grundstückseigentümer. So konnte ein technisch optimierter Trassenverlauf unter Berücksichtigung der Geländeverhältnisse gefunden werden. Im Ergebnis der Planung wurde die Gesamtbaumaßnahme in zwei Bauabschnitte aufgeteilt. 2 200 Meter Schmutzwasserkanal wurden geplant, um 45 Grundstücke an zwei Gruppenkläranlagen anzuschließen. Dabei verlaufen etwa 95 Prozent der Kanäle auf privaten Grundstücken. 13 Straßenquerungen von Kreis- und Gemeindestraßen waren notwendig, um das Planungskonzept umzusetzen. In den Rohrgraben der Schmutzwasserleitung wurde parallel die Verlegung des Nahwärmenetzes auf circa 1 600 Metern geplant. Dadurch konnten 39 Hausübergabestationen für die Nahwärme angebunden werden. Die restlichen Grundstücke verfügen über Wärmepumpen, die sich noch amortisieren müssen, oder über Elektroheizungen.

Ausgeblügelte finanzielle und rechtliche Rahmenbedingungen

Neben der planerischen Umsetzung der Maßnahmen mussten auch geeignete Rahmenbedingungen geschaffen werden, um den Bau und Betrieb der privaten abwassertechnischen Anlagen sowie des Nahwärmenetzes abzusichern. So verpflichteten sich zum Beispiel alle



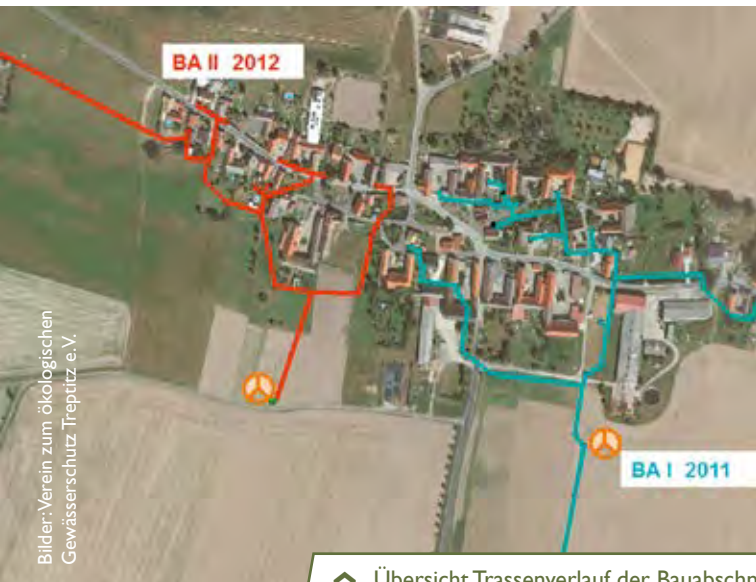
Mitglieder des Vereins dazu, sich gegenseitig die Durchleitung der Sammelleitung des Nahwärmenetzes zu gestatten und dies als Dienstbarkeit für den VÖG-Treptitz e.V. auf Dauer in das Grundbuch eintragen zu lassen. Mit den betroffenen Grundstückseigentümern, auf deren Grundstück die Gruppenkläranlagen stehen, wurden weitere Vereinbarungen zur Sicherung der Anlagen getroffen. Für die Finanzierung der Maßnahmen hat der Verein verschiedene Modelle näher diskutiert: die Umlage der Kosten nach Einwohner, nach Grundstücksfläche oder nach Grundstück. Eine Kostenumlage je Einwohner benachteiligt die Grundstücke, in denen viele Personen gemeldet sind. Die Kostenumlage nach Grundstücksfläche benachteiligt die Einwohner mit großen Flurstücken. Die Herstellungskosten für den Schmutzwasserkanal und Hausanschluss sind von der Anzahl der zu entwässernden Grundstücke abhängig. So wurde entschieden, dass die Kosten für Kanal und Hausanschlüsse auf die angeschlossenen Grundstücke aufgeteilt werden, die Kosten für die Kläranlagen auf die Wohnhäuser. Wenn beispielsweise zwei Wohnhäuser auf einem Flurstück stehen, wurden ein Hausanschluss berechnet und zwei Anteile für die Kläranlage.

Die Kostenschätzung für die Gesamtmaßnahme ergab folgende Werte:	Kosten (brutto)
Kanalbau 2 200 Meter mit Hausübergabestation 50 €/m	110 000 €
Kläranlagen (2 KKA + Einbau)	50 000 €
Vermessung/ Planung/ sonstige Kosten	15 000 €
Förderung durch das SMUL der 2 KKA Ablaufklasse N	-27 000 €
Gesamtkosten	148 000 €
Kosten je Grundstück (45 Grundstücke)	3 289 €

Auf dieser Grundlage sicherte jeder Grundstückseigentümer die Mittel in Höhe von 3 500 Euro für die Finanzierung der abwassertechnischen Anlage zu. Die Einzahlung erfolgte in Raten. Dies führte zu einer hohen Akzeptanz und es entstand kein Zahlungsausfall. Nach der Fertigstellung der Maßnahme erfolgten die Kostenfeststellung und die Rückzahlung der zu viel einbezahlten Baukostenumlage.

Betrieb und laufende Kosten

Die Gruppenkläranlage des Bauabschnitts I ist seit dem 21. September 2011 in Betrieb. Störungen traten im ersten halben Jahr aufgrund von Fehleinbindungen auf den Grundstücken auf. Nachdem kein Regenwasser mehr in die Schmutzwasserkanalisation gelangt, laufen die Anlagen



Bilder: Verein zum ökologischen Gewässerschutz Treptitz e.V.



↑ Übersicht Trassenverlauf der Bauabschnitte, parallele Verlegung Kanal & Nahwärme im I. Bauabschnitt

störungsfrei und halten den Grenzwert von 90 mg/l CSB ein. Die Anlagen werden täglich auf ihre Funktion überprüft. Wöchentlich erfolgt eine Sichtkontrolle des Biofilms sowie der Zu- und Abläufe durch die Mitglieder. Die Ergebnisse werden in einem Betriebstagebuch dokumentiert. Über Unregelmäßigkeiten wird die Wartungsfirma informiert.

Die laufenden jährlichen Kosten für eine Kläranlage belaufen sich auf 1630 Euro, darunter fallen die Kosten für Energie, Schlamm Entsorgung, Wartung, Pacht und Versicherungen. Bei durchschnittlich 65 angeschlossenen Einwohnern und einem Wasserverbrauch von 30 Kubikmetern pro Jahr berechnen sich die laufenden Kosten auf jährlich 25 Euro pro Einwohner oder 0,84 Euro pro Kubikmeter Abwasser. Auf Grund der einfacheren Abrechnung haben sich die Vereinsmitglieder auf die Bezugsgröße Einwohner verständigt. Auf Bildung von Rücklagen für Reinvestitionen haben sie bewusst verzichtet. Die laufenden Kosten des Nahwärmenetzes liegen bisher bei circa 500 Euro im Jahr. Der Verein legt die Wartungskosten auf die Anschlussnehmer der Nahwärmeversorgung um. Der Bezug der Nahwärme ist etwa 50 Prozent günstiger als der von Heizöl, dadurch wird der Anschluss an das Nahwärmenetz lukrativ. Dabei ist jedoch anzumerken, dass die Nahwärmeversorgung als Unterstützungsheizung zu verstehen ist, es besteht also kein Rechtsanspruch auf die Lieferung von Wärme, wenn beispielsweise am BHKW Wartungsarbeiten durchgeführt werden müssen.

Nutzen auf vielerlei Ebenen

Auch die Umwelt konnte durch die gefundene Lösung nachhaltig entlastet werden: Im Vergleich zu den alternativ möglichen 43 Klein-

kläranlagen sparen die zwei Gruppenkläranlagen jährlich rund 50 000 Kilowattstunden Strom ein und damit etwa 27 000 Kilogramm CO₂-Ausstoß. Die Nutzung der Abwärme der örtlichen Biogasanlage spart 130 000 Liter Heizöl im Jahr ein, das entspricht einem CO₂-Ausstoß von jährlich rund 338 000 Kilogramm.

Neben den in Zahlen beschreibbaren Größen sind auch andere Effekte erkennbar: Der Zusammenhalt in der Dorfgemeinschaft wurde erheblich gestärkt. Treptitz wächst. Mittlerweile haben sich drei junge Familien entschlossen, ihren Lebensmittelpunkt aufgrund der günstigen Voraussetzungen nach Treptitz zu verlegen, sie haben den Bau ihrer Eigenheime geplant und teilweise schon umgesetzt.

Das Wirken des VÖG-Treptitz e.V. für zukunftsweisende Lösungen wurde am 06. Juli 2013 mit dem Sächsischen Umweltpreis sowie am 13. September 2014 mit der Auszeichnung „Ausgezeichneter Ort 2014/2015“ der Initiative Land der Ideen gewürdigt. Gegenwärtig verwirklicht der Verein eine Vererdungsanlage, um den anfallenden Klärschlamm umweltschonend zu entwässern und zu stabilisieren.

Hintergrund

Die Europäische Wasserrahmenrichtlinie fordert bis 2015 einen „guten Zustand“ aller Gewässer innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Die Umsetzung in Bundes- und Landesrecht erfolgt durch das Wasserhaushaltsgesetz und das jeweilige Wassergesetz des Landes. Auf dieser Grundlage erließ das Sächsische Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft die Kleinkläranlagenverordnung, in der festgelegt wurde, dass alle Kleinkläranlagen bis 31. Dezember 2015 mindestens auf den dort beschriebenen Stand der Technik um- oder nachzurüsten sind. Die biologische Reinigungsstufe als Stand der Technik soll dabei als Mittel dienen, den guten Gewässerzustand zu erreichen. Die Gemeinden als Träger der Abwasserbeseitigungspflicht sind für die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben verantwortlich. In einem Abwasserbeseitigungskonzept ermitteln sie die Gebiete, die über eine zentrale Abwassersammlung und -behandlung oder dezentral über Kleinkläranlagen erschlossen werden.

Mehr Informationen:

Tilo Sahlbach

Verein zum ökologischen Gewässerschutz Treptitz e.V.

E-Mail: voeg@treptitz.de

http://treptitz.de

Inbetriebnahme der Kläranlage Bauabschnitt II



Bilder: Verein zum ökologischen Gewässerschutz Treptitz e.V.





› Ein Medienstar – der zottelige Poitou-Riesenesel.

Bild: © A. Hoffmann

Eine Arche für Haustiere am Ufer der Elbe

Mehr als 100 Haustierrassen stehen allein in Deutschland auf der Roten Liste. Massentierhaltung und Monokulturen haben viele der alten robusten Nutzierrassen verdrängt. Sogar im besonders geschützten UNESCO-Biosphärenreservat in der niedersächsischen Elbtalaue beherrscht Agrarindustrie das Bild. Das aber wollen viele der Hofbesitzer dort nicht länger hinnehmen. Vor drei Jahren haben sie an der Elbe Deutschlands erste Arche-Region gegründet.

Von Angelika Hoffmann

Wie auf einer Arche geben die Landwirte jenen Tieren ein Zuhause, deren Rasse vom Aussterben bedroht ist. Rund 100 Familien auf beiden Seiten der Elbe sind inzwischen Mitglied der Arche-Bewegung. Sie halten Tiere, wie man sie nur aus alten Bilderbüchern kennt: mächtige Kaltblutpferde, Schweine mit Punkten und kunterbunte Hühner. Halter und Züchter bringen Idealismus und Freude an der Erhaltung der alten Nutzierrassen mit. Der 67-jährige Marschenbauer Hans-Jürgen Niederhoff aus Amt Neuhaus zum Beispiel, Sprecher der Arche-Region Flusslandschaft Elbe, hat sogar das Ziegenmelken gelernt. Die Thüringer Waldziegen auf seinem Bio-Hof sind ebenso stark vom Aussterben bedroht wie Hofhund Bruno, ein großer schwarzer Spitz. Seine urigen Landschaft, Rasse Rauwollige Pommersche, liefern Wolle an eine kleine, neu gegründete Filzmanufaktur und an eine Gruppe, die diese auf ihren Spinnrädern verspinnt.

Anziehungspunkte für Touristen

22 Landwirte an der Elbe sind inzwischen anerkannte Arche-Betriebe, zertifiziert von der Gesellschaft zur Erhaltung alter und gefährdeter Haustierrassen (GEH). Die Arche-Region, die in der Elbgemeinde Amt Neuhaus ihren Anfang nahm, wächst weiter, auch über die Landesgrenze ins benachbarte Mecklenburg-Vorpommern. Mehr als die Hälfte aller Rote-Liste-Rassen werden an der Elbe bereits gehalten. Moorschnucken, Meißner Widder-Kaninchen oder Mangalitza-Wollschweine locken Touristen in die finanzschwachen Gemeinden am Elberadeweg. Eine spezielle Fahrradkarte leitet diese von Hof zu Hof und informiert über die Feste der Bauern von Frühjahr bis Spätherbst – mit Schafschur, Käsemachen oder Apfelpressen. Motor des Projekts ist Naturschützer Hartmut Heckenroth. Ehrenamtlich und unermüdlich wirbt der Ruheständler für das Arche-Projekt.

Schutz durch Nutzung

Die Arche-Region soll aber kein Streichelzoo werden. Leinegänse, Niederungsrinder oder Angora-Kaninchen werden wie früher als Nutztiere gehalten, geschlachtet und gegessen. Denn die Arche-Bewegung hat durchaus wirtschaftliche Hintergründe und belebt den ländlichen Raum. Die Höfe bieten handverlesene Produkte nach eigenen Rezepten an: Chili-Schmalz zum Beispiel oder Leberwurst mit Wildkräutern, die am Elbdeich wachsen, wie Wiesenthymian, Knoblauchrauke und Wilde Minze. Auf Märkten in der Region finden Leberwurst, Salami oder Bierbeißer reißenden Absatz. Die Kunden wissen: Die Tiere wurden weitgehend im Freien gehalten und sorgfältig mit meist selbst erzeugtem Futter aufgezogen. Einmal im Jahr – am ersten Sonntag im Juni – feiert die Arche-Region ihren „Arche-Tag“ mit vielen Gästen.

Am 14. April 2014 hat sich in Neuhaus der Förderverein Flusslandschaft Elbe e.V. gegründet, der die Arche-Region fördern will. Sein erstes Projekt ist ein Arche-Lehrpfad. Mit dem am 22. Juni eröffneten Archezentrum in Neuhaus hat die Region nun außerdem ein eigenes Museum. Als Nächstes steht die Gründung einer Erzeugerorganisation für eine bessere Vermarktung an. 2014 wurde die Arche-Region Preisträger im bundesweiten Wettbewerb „Land der Ideen“ als einer von 100 ausgezeichneten Orten.



Mehr Informationen:

Angelika Hoffmann
Arche-Region Flusslandschaft Elbe
Telefon: 038845 44270
E-Mail: info@arche-elbe.de
www.arche-region-elbe.de

Den Gemeindeforst finanziell und ökologisch auf eine solide Basis stellen

Die Gemeinde Hümmel, in der Eifel im Norden des Landes Rheinland-Pfalz gelegen, besitzt etwa 750 Hektar Wald, 60 Hektar davon sind über 150 Jahre alte Buchenbestände. Der Gemeindeforst wird nicht nur ökologisch bewirtschaftet, sondern auch für verschiedene pädagogische Angebote und als Ruheforst genutzt. Durch diese vielfältigen Einkünfte erwirtschaftet die Gemeinde mit dem Wald seit Jahren schwarze Zahlen.

Von Jan Freese

Traditionell tragen die alten Laub- und Nadelbaumbestände solide zur Gemeindefinanzierung bei. Die Risiken der traditionellen Forstwirtschaft zeigten sich jedoch nach 1990, als Orkane wie „Vivian“ und „Wiebke“ in kurzer Folge etwa 70 Hektar schlagreife Wälder zerstörten und gleichzeitig die Holzpreise einbrechen ließen. Förster Peter Wohlleben schlug deshalb schon neue Wege ein, als er noch im staatlichen Forstwesen mit der Betreuung des Kommunalwaldes Hümmel betraut war. Seit 1994 wird der Gemeindeforst ökologisch bewirtschaftet, 1999 wurde der Hümmel als eine der ersten Kommunalforste in Rheinland-Pfalz nach dem anspruchsvollen FSC-Standard für nachhaltige Waldwirtschaft zertifiziert. Dennoch gab es gegen diesen Weg so viele Widerstände, dass Peter Wohlleben schon daran dachte, aus der Försterei in Deutschland auszusteigen. Genau zu diesem Zeitpunkt fand er aber im damaligen Bürgermeister der Gemeinde Hümmel, Franz-Peter Schmitz, einen Unterstützer. Der war bereit, mit dem Gemeindeforst neue Wege zu gehen und sogar eine neue Försterstelle in der Gemeindeverwaltung zu schaffen.

Diverse zusätzliche Standbeine geschaffen

2006 übernahm die Kommune die Beförsterung wieder selbst und Peter Wohlleben wechselte aus dem beamteten Staatsdienst in ein Angestelltenverhältnis bei der Gemeinde. Damit konnten weitere Entwicklungen in Gang gesetzt werden, die sowohl der Natur guttun, die

alten Buchenbestände erhalten und gleichzeitig die Ertragsituation für die Gemeinde stabilisierten. So stehen inzwischen neben Führungen, Exkursionen, Wander- und erlebnispädagogischen Angeboten auch Kurse im Blockhausbau auf dem Programm. Anstatt den alten Buchenwald zu fällen, wurde dort ein Ruheforst für Urnenbestattungen eingerichtet, auf dem inzwischen über 2 500 Menschen – das sind dreimal mehr, als Hümmel Einwohner hat – bestattet wurden. Von den rund 100 Hektar Buchenaltbeständen im Hümmel sollen mittelfristig 50 Hektar mithilfe von Sponsoren aus der Wirtschaft erhalten werden. Die Partnerunternehmen finanzieren die Erhaltung von 500, 1 000 oder 10 000 Quadratmeter altem Wald für 50 Jahre.

Aufgrund der vielen Geschäftsfelder und stärkeren Vermarktung ist inzwischen mit Lidwina Hamacher eine zweite Försterin eingestellt worden. Der Wald erwirtschaftet jährlich weiterhin schwarze Zahlen und trägt verlässlich zum Budget der Gemeinde Hümmel bei.

Holzkäufer ernten selbst

Zwar werden auch weiterhin jährlich Bäume im Umfang von rund 3 000 Festmetern gefällt. Der Wald wird dabei aber konsequent zum Laubwald umgebaut und weiterhin ökologisch bewirtschaftet. Auf den Einsatz von Harvestern (Vollerntemaschinen) und Chemie wird verzichtet. Über die Holzernnte berichtet Försterin Lidwina Hamacher: „Wir verkaufen das Holz ‚auf dem Stock‘. Die Holzernnte obliegt also

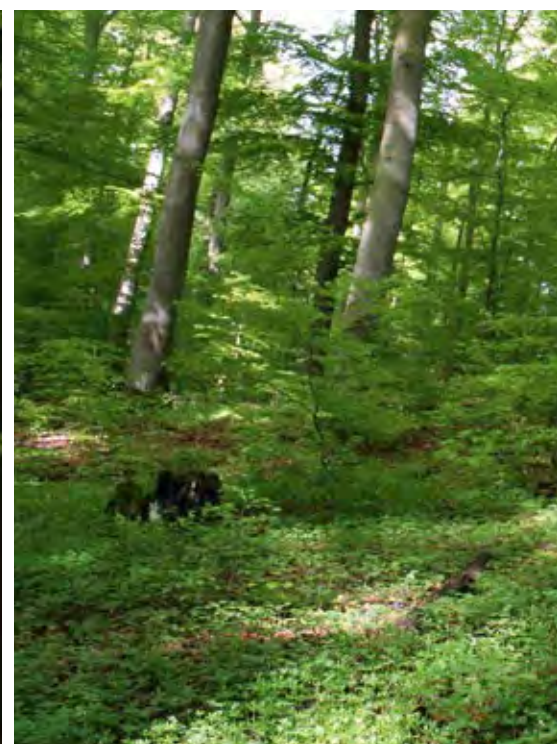
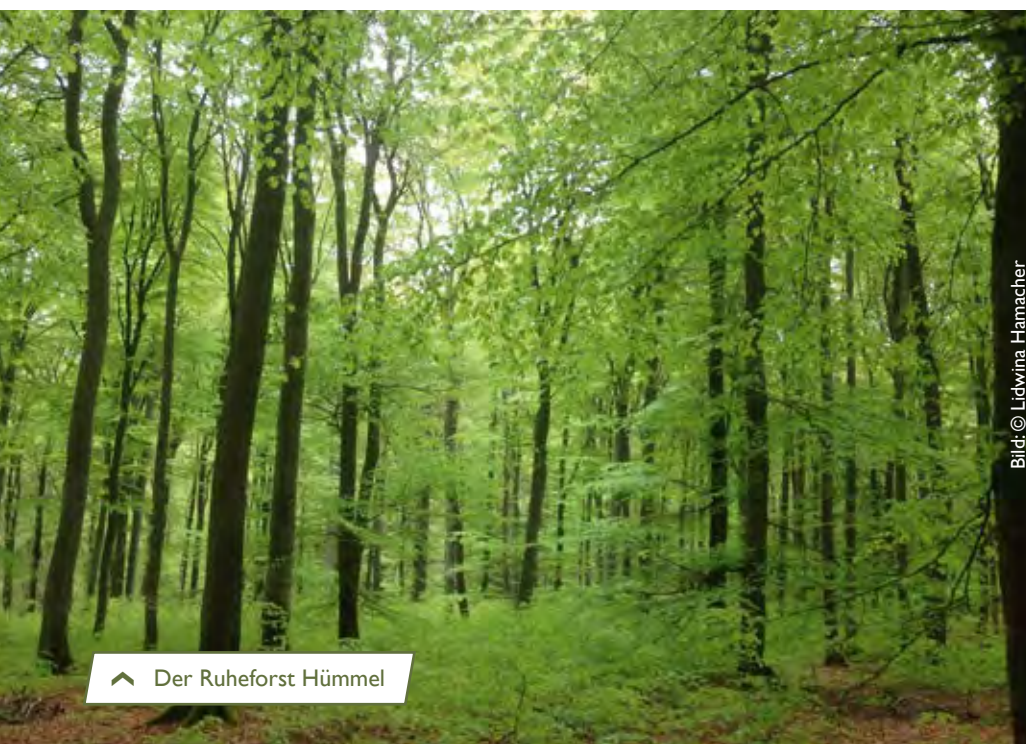


Bild: © Lidwina Hamacher

dem Holzeinkäufer, wir setzen keine eigenen Waldarbeiter und Pferde ein. Mit dem Holzkäufer stimmen wir die Standards der Holzernte ab, dazu gehören die manuelle Fällung, der Einsatz von Rückepferden oder das Einschneiden der gefällten Bäume in kurze Abschnitte, um diese schonend aus dem Wald zu bergen. Das senkt zwar unsere Einnahmen je Festmeter, aber nur so können wir unseren hohen Standard ohne eigene hohe Kosten für die Regearbeit und Holzernte sichern. Gleichzeitig reduziert dies aber auch unser Risiko, zum Beispiel in Bezug auf die Holzqualität oder Qualitätsverluste bei der Holzlagerung. Das trägt der Holzeinkäufer. Dieses Modell ist zwar noch kein Standard, aber wir haben keine Probleme, Holzeinkäufer zu finden, die sich darauf einlassen.“

Effiziente Jagd fördert die Bestandsbegründung

Die Bestandsbegründung ist ein weiterer Kostenpunkt, dem sich auch ein kommunaler Forst stellen muss. Leider erlaubt die Wildsituation trotz ständig weiter entwickelter Bejagungsstrategien noch keine flächendeckende Naturverjüngung, da das Wild die aufkommenden Jungbäume abfrisst. „Deshalb setzen wir im Hümmel jedes Jahr einige Birken in Flächen, die es schwer haben, von alleine zu wachsen. Dabei verzichten wir voll und ganz auf Zäune und legen statt dessen Wert auf effiziente Jagdmethoden. Seit der Einführung der Bürgerjagd können beispielsweise alle ansässigen Bürger mit Jagdschein ohne die üblichen Formalitäten und Aufwendungen unter Regie des Forstamtes jagen. Auch die Untergliederung eines 500 Hektar großen Jagdbezirks in fünf Pirschbezirke ermöglicht mehr jagdliche Aktivitäten. Gerade probieren wir etwas Neues aus: die Saatkiste. Dabei befestigen wir eine Kiste wildsicher auf einem circa zwei Meter hohen Stamm. Dann sammeln wir Bucheckern und Eicheln, die werden von Eichelhähern und Eichhörnchen gepflanzt, wenn sie zehntausende von Samen als Wintervorrat vergraben, davon aber tatsächlich nur einen Bruchteil im Winter wieder ausgraben und fressen. So können enorme Mengen Samen flächig verteilt und kostengünstig ausgebracht werden“, berichtet Lidwina Hamacher.

Zwischen ökologischen Zielen und Marktzwängen

Die Diskussion, wie Wälder zukünftig rentabel bewirtschaftet werden können, wenn nicht auf Nadelmonokulturen gesetzt, sondern der Wald zum Laubwald umgebaut wird, wird kontrovers geführt. Die Nachfrage nach Laubholz, das in der Möbel- und Furnierindustrie verarbeitet wird, geht seit Jahren zurück, zuletzt auf unter zwei



Bild: © Lidwina Hamacher

➤ Auch Kurse im Blockhausbau können im Gemeindeforst Hümmel belegt werden.

Millionen Kubikmeter im Jahr. Bauholz dagegen ist aus Nadelholz und die Nachfrage nach Nadelholzprodukten wächst kontinuierlich, inzwischen werden rund 20 Millionen Kubikmeter im Jahr produziert. Der Bedarf an Nadelholz ist so hoch, dass in Jahren ohne größere Sturmereignisse der Bedarf der Sägeindustrie kaum gedeckt werden kann. Daher haben die Waldbesitzer die Sorge, dass ohne den Brotbaum Fichte viele Wälder, auch Kommunalwälder, zukünftig nicht mehr rentabel betrieben werden können, sondern diese wieder zu einem Zuschussgeschäft werden, wie es in den 1990er Jahren schon einmal war. „In der Forstwirtschaft kann man aber nie auf einen Markt und auf aktuelle Marktsignale hin reagieren. Dafür sind schlicht die Produktionszeiten zu lang. Breitgefächert aufgestellt zu sein, ist immer gut. Und bezüglich ‚zu wenig Nadelholz‘ sollte über den Holzverbrauch insgesamt nachgedacht werden: Im Moment beschwert sich auch die Furnierindustrie, die auf qualitativ hochwertige und dicke Laubhölzer angewiesen ist, dass es zu wenig entsprechende hochwertige Stämme im Angebot gibt“, merkt Försterin Hamacher an.

Gefragt nach den Erfolgsfaktoren des Modells Hümmel betont Lidwina Hamacher, dass der Erfolg eher vom Engagement und der Kreativität des Försterteams als von der verfügbaren Waldfläche und -struktur abhängt. Ein selbst verwalteter Gemeindeforst könne seine Wirkungen für das Gemeindebudget und die Natur aber nur entfalten, wenn Bürgermeister, Gemeinderat und Verwaltung voll hinter dem Konzept der Diversifizierung stehen sowie die ökologische Bewirtschaftung und den Waldumbau mittragen. Ohne ein stabiles Vertrauensverhältnis kann solch ein komplexer Prozess nicht glücken.

Zum Weiterlesen

Eine gemeinsame Broschüre des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) und des Naturschutzbundes Deutschland e.V. (NABU) zeigt anhand von sechs Beispielen, wie Kommunalwälder erhalten werden können, ohne auf finanzielle Einnahmen zu verzichten und trotzdem Naturschutzziele zu berücksichtigen. Download unter www.nabu.de/themen/wald/waldpolitik/kommunalwald-projekt

Mehr zum Ruheforst: www.ruheforst-huemmel.de

Von Unternehmen geschützter Buchenwald: www.wildebuche.de



Mehr Informationen:

Forstverwaltung Hümmel
Peter Wohlleben und Lidwina Hamacher
Telefon: 02694 930256
E-Mail: foerster@peter-wohlleben.de
www.forstbetrieb-huemmel.de/2.html



Bild: © Peter Wohlleben



^ Aktiv für ein interkulturelles Miteinander - Integrationslotsen im Main-Kinzig-Kreis

Bild: Integrationsbüro Main-Kinzig-Kreis

Integration ist ein Zukunftsthema für ländliche Räume

Sieben ländliche Kommunen nahmen von 2012 bis 2014 am Projekt „Integrationspotenziale ländlicher Regionen im Strukturwandel“ teil. Ihr Anliegen war es, die Herausforderungen des demografischen Wandels mit Fragen der Integration und der Fachkräftesicherung zu verknüpfen.

Von Gudrun Kirchoff

In strukturschwachen, ländlichen Kommunen schrumpft und altert die Bevölkerung; gleichzeitig wird die Gesellschaft kulturell vielfältiger. Dies hat nicht nur Folgen für das Zusammenleben, sondern auch für die Kommune als Wohn- und Wirtschaftsstandort. Viele Kommunen haben erkannt, dass für ihre Entwicklung die Erschließung vorhandener Potenziale und die Gewinnung neuer Bewohner entscheidend sind. Eine Möglichkeit ist, interkul-

turelle Öffnung und Willkommenskultur als kommunale Aufgabe zu verankern und mit anderen wichtigen Zukunftsaufgaben zu verknüpfen.

Forschungs-Praxis-Projekt

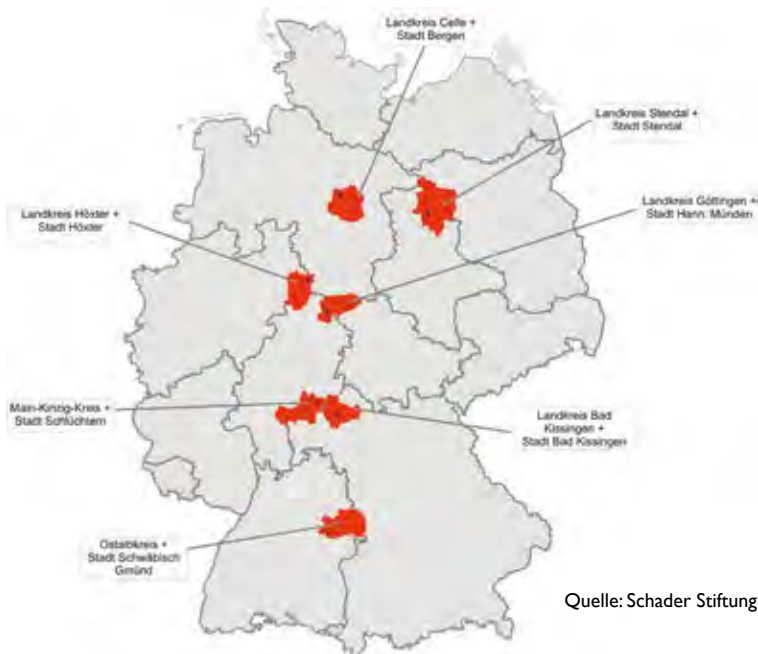
Vor diesem Hintergrund führte die Schader-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration, dem Deutschen Landkreistag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund das dreijährige Projekt „Integrationspotenziale ländlicher Regionen im Strukturwandel“ durch. Beteiligt waren bundesweit sieben Städte mit ihren Landkreisen, die exemplarisch unterschiedliche Ausprägungen strukturschwacher ländlicher Kommunen repräsentierten. Ziel war es, die Teilhabechancen der in den Kommunen lebenden Zuwanderer zu verbessern und ihre Potenziale für kommunale Entwicklungsprozesse zu aktivieren. Darüber hinaus sollte die Attraktivität der Kommunen für weitere Zuwanderer erhöht werden. Dazu galt es, die kommunale Integrationspolitik strategisch neu auszurichten.

Umdenken und klare Ziele definieren

Damit die interkulturelle Öffnung langfristig in der Verwaltung verankert werden kann, muss ein Paradigmenwandel in der Integrationspolitik erfolgen: Die Chancen der Zuwanderung für die Entwicklung des Gemeinwesens müssen in den Blick genommen, die Potenziale der Zuwanderer erkannt und wertgeschätzt werden. Bei der Identifizie-

Projektbeteiligte

Forschung und Beratung haben das Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI) und die imap GmbH Institut für interkulturelle Management- und Politikberatung durchgeführt. Mithilfe einer Potenzialanalyse auf Basis umfangreicher empirischer Erhebungen sowie anschließenden Weiterbildungsangeboten hat das Projekt interkulturelle Öffnungsprozesse in den Kommunen eingeleitet und Denkanstöße für den Aufbau einer Anerkennungs- und Willkommenskultur gegeben. Ergänzend zu der Arbeit vor Ort organisierte die Schader-Stiftung Netzwerkseminare und Fachtagungen. Ein Projektbeirat begleitete das Projekt aus fachlicher Perspektive und sicherte durch kontinuierliche Rückkopplung die Qualität der einzelnen Projektschritte. Das Projekt wurde finanziert aus Mitteln des Europäischen Integrationsfonds, des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration sowie über Eigenmittel der Stiftung.



Quelle: Schader Stiftung

rung und Erschließung vorhandener Potenziale können Schlüsselpersonen hilfreich sein, die Verbindungen zwischen verschiedenen Herkunftsgruppen, Milieus und Generationen herstellen.

Interkulturelle Öffnung ist als ein ganzheitlicher Veränderungsprozess der Verwaltungsstrukturen zu verstehen. Im Sinne einer sozialen Öffnung und Teilhabegerechtigkeit müssen die verantwortlichen Führungsebenen die strategische Ausrichtung sowie klare Ziele für die zukünftige Gestaltung der kommunalen Integrationspolitik definieren und tragen. Das im Rahmen des Projektes angebotene Seminar- und Coachingverfahren (siehe auch Infokasten) verfolgte deshalb einen Top-down-Ansatz. In Auftaktworkshops wurden Vertreter der Führungsebene für das Thema sensibilisiert und anschließend strategische Ziele vereinbart. Trotz der unterschiedlichen Rahmenbedingungen der Projektkommunen sind die entwickelten Ziele vergleichbar: die Kommune als Wohn- und Wirtschaftsstandort stärken, die Bevölkerungszahl stabilisieren, Fachkräfte sichern und eine Willkommenskultur schaffen, um qualifizierte Fachkräfte anzuwerben.

Maßnahmen erarbeiten und Prozess verstetigen

Im Anschluss an die Zieldefinition erarbeiteten Mitarbeiter ausgewählter Pilotabteilungen in mehrtägigen Workshops konkrete Maßnahmen – überwiegend für Bereiche mit Kundenkontakt, wie beim Sozialamt oder dem Ordnungsamt. Im Vordergrund standen Maßnahmen, die die Sprachbarrieren überwinden helfen, wie mehrsprachige Hinweisschilder in der Verwaltung und mehrsprachige Informationen in Broschüren oder Internetangeboten. Als weiteres Handlungsfeld wurde das Personalmarketing bearbeitet: Beispielsweise soll bei Stellenausschreibungen zukünftig die interkulturelle Kompetenz in die Anforderungsprofile einbezogen werden.

Integration nachhaltig als Entwicklungschance in den Verwaltungen zu verankern, ist letztlich wieder eine Aufgabe für die Führungsebene: Sie muss den Prozess weiter vorantreiben, Ressourcen dafür bereitstellen und die Akzeptanz bei den Mitarbeitern fördern. Damit die interkulturelle Öffnung kommunaler Alltag wird, sollte sie Teil einer integrierten Entwicklungsstrategie zur Attraktivitätssteigerung der Kommune als Wohn- und Wirtschaftsstandort werden. Strategisch ausgerichtete Abteilungen, wie die Stadtentwicklung und die Wirtschaftsförderung, sollten in diesen Prozess eingebunden werden.

Willkommens- und Anerkennungskultur leben

Toleranz und Respekt gegenüber Menschen mit anderen kulturellen Wurzeln zu schaffen, sind Anliegen einer Willkommens- und Anerkennungskultur, die in engem Zusammenhang mit der interkulturellen Öffnung steht. Fast alle beteiligten Kommunen setzen bereits Elemente einer Willkommens- und Anerkennungskultur um oder entwickelten diese im Laufe des Projektes. Das Spektrum reicht von

Neubürgerempfangen beim Bürgermeister über mehrsprachige Info-Flyer und Willkommensmappen für Neubürger bis zu von den Kommunen selbst organisierten Sprach- und Förderkursen und kommunal eingesetzten, ehrenamtlichen Integrationslotsen und Paten. Eine zentrale Servicestelle aufzubauen, ziehen aufgrund der dafür benötigten Ressourcen nur die größeren Kommunen in Erwägung – beispielsweise Schwäbisch Gmünd, das ein Welcome Center plant. Für gelebte Willkommenskultur könnte es außerdem wichtig sein, die interkulturelle Öffnung der Ausländerbehörde zu fördern und deren Selbstverständnis dahingehend zu entwickeln, sich als Dienstleister und Servicestelle zu sehen, denn sie ist die erste Anlaufstelle für Zuwanderer und damit erster Zugang zum Aufnahmeland.

Strategische Verankerung steht noch aus

Etwas größere Mittelstädte und die Landkreise haben häufig bereits Strukturen einer strategisch ausgerichteten Integrationsarbeit auf Basis eines integrationspolitischen Konzeptes etabliert. In vielen Projektkommunen steht allerdings eine strukturelle Verankerung der Themen Integration, Zuwanderung und interkulturelle Öffnung als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung noch aus. Hindernisse sind dabei zum einen geringe finanzielle und personelle Ressourcen – die Größe der Kommune und damit auch die Ressourcenausstattung ihrer Verwaltung hat grundsätzlich entscheidenden Einfluss auf die kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten. Zum anderen braucht es Zeit, die Bedeutung des Themas und die Tatsache, dass Integration viele Verwaltungsbereiche tangiert, zu vermitteln – und Verantwortliche, die den Prozess konsequent verfolgen und aktiv gestalten. Auch in hoch motivierten Projektkommunen zeigte sich, dass für strukturelle Veränderungen erst neue Kommunikationsstrukturen aufgebaut werden müssen. Einige Länder unterstützen den Aufbau integrationspolitischer Strukturen und die interkulturelle Öffnung – beispielsweise das Land Hessen mit dem Förderprogramm „WIR“ und Nordrhein-Westfalen mit dem neuen Integrations- und Teilhabegesetz.

✓ Integration durch Ausbildung in Hannoversch Münden



Bild: © Julia Bytorn - Stadt Hann. Münden, Pressestelle

Zum Weiterlesen:

Die Ergebnisse des Projektes sind in der Publikation „Interkulturelle Öffnung und Willkommenskultur in strukturschwachen ländlichen Regionen – Ein Handbuch für Kommunen“ veröffentlicht, die kostenlos bei der Schader-Stiftung bestellt werden kann.

Mehr Informationen:

Gudrun Kirchhoff
Schader-Stiftung
Telefon: 06151 1759-14
E-Mail: kirchhoff@schader-stiftung.de
www.schader-stiftung.de
www.integrationspotenziale.de

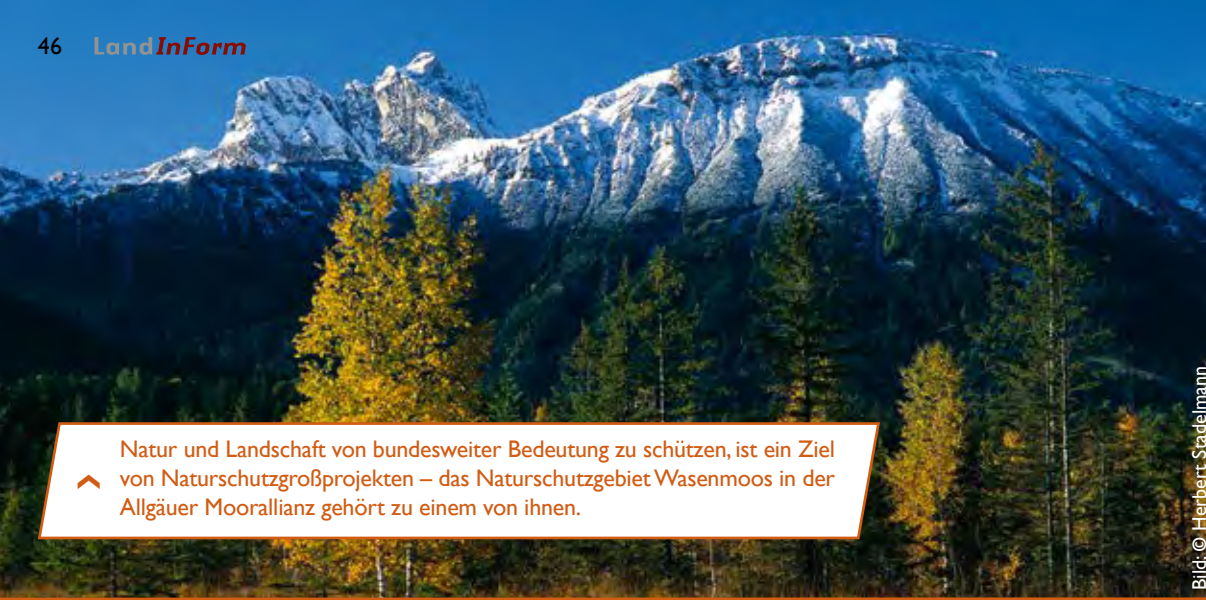


Bild: © Herbert Stadelmann



⤴ Natur und Landschaft von bundesweiter Bedeutung zu schützen, ist ein Ziel von Naturschutzgroßprojekten – das Naturschutzgebiet Wasenmoos in der Allgäuer Moorallianz gehört zu einem von ihnen.

Naturschutzgroßprojekte und Regionalentwicklung – Widerspruch oder Chance?

Zur langfristigen Sicherung national bedeutsamer Natur- und Kulturlandschaften fördert das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit sogenannte Naturschutzgroßprojekte. Die Universität Göttingen und das nova-Institut haben die Wechselwirkungen zwischen diesen Projekten und der regionalen Entwicklung untersucht und Vorschläge für die zukünftige Ausgestaltung des Programms zu Naturschutzgroßprojekten entwickelt.

Von Michael Böcher und Dirk Schubert

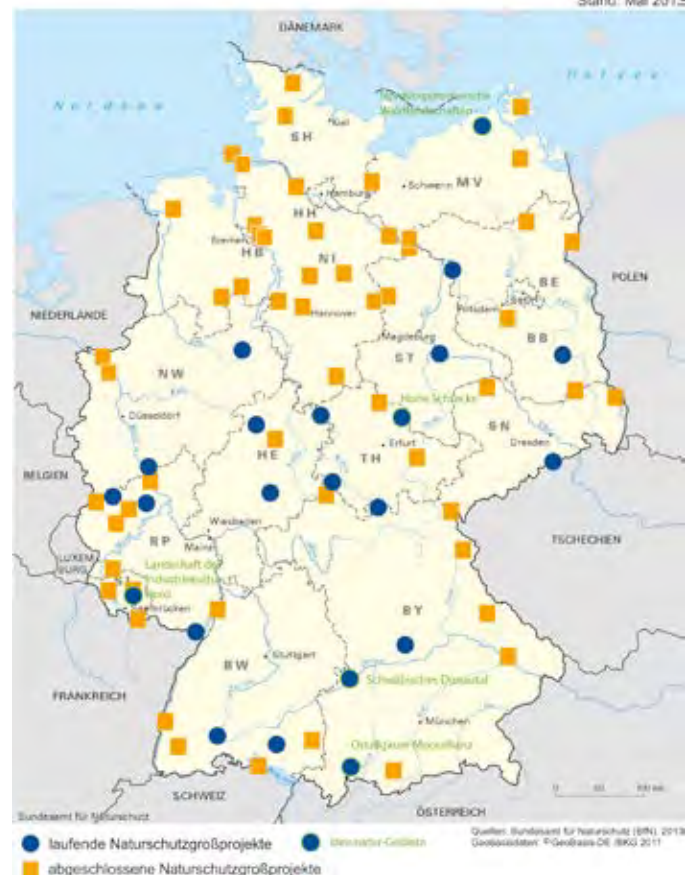
Seit 1979 fördert der Bund mit „chance.natur – Bundesförderung Naturschutz“ großflächige Naturschutzvorhaben, um Naturräume mit gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung zu entwickeln und zu sichern. Seit Beginn des Programms wurden 77 Naturschutzgroßprojekte (NGP) gefördert, die mit einer Fläche von rund 3 500 Quadratkilometern etwa ein Prozent der Gesamtfläche der Bundesrepublik ausmachen. Derzeit stehen jährlich 14 Millionen Euro zur Verfügung: insbesondere für den Ankauf oder die Pacht von Flächen, für die langfristige Pflege- und Entwicklungspläne erarbeitet und umgesetzt werden. Die Kerngebiete der Projekte, in denen die Fördermittel zum Einsatz kommen, sollen zum Ende der Projektlaufzeit von bis zu zehn Jahren als Naturschutzgebiete im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes ausgewiesen werden. An der Finanzierung von „chance.natur“ beteiligen sich der Bund mit bis zu 75 Prozent, die jeweiligen Länder mit 15 Prozent und der Projektträger mit zehn Prozent. Interessierte Regionen können sich für die Aufnahme in das Programm bewerben. Die Auswahl basiert auf den Kriterien Repräsentanz, Naturnähe, Großflächigkeit, Gefährdung und Beispielhaftigkeit.

Frage nach Synergien

Da Naturschutzgroßprojekte in der Regel in ländlichen Regionen liegen und dort Flächen unter Schutz gestellt werden, beeinflussen sie die Entwicklung der Region. Inwieweit sie über ihre eigentlichen Naturschutzzwecke hinaus zur regionalen Entwicklung beitragen können, ist seit geraumer Zeit ein Thema in Wissenschaft und Praxis: Diskutiert werden Potenziale für Doppelstrategien, die dem Erfolg beider Entwicklungsansätze dienen. So werden auch Einflüsse auf Wertschöpfungsketten erörtert, wenn in Folge der Naturschutzanstrengungen

Naturschutzgroßprojekte des Bundes

Stand: Mai 2013



- ▼ In der Allgäuer Moorallianz werden im Rahmen von „chance.natur“ wieder vermehrt Streuwiesen in die Nutzung genommen: Einmal jährlich werden sie gemäht, um Einstreu für Stallungen zu produzieren.



Bild: © Gwendolin Detweiler

beispielsweise Vermarktungsinitiativen gegründet werden, an denen Landwirte, Tourismus und Gewerbe beteiligt sind. An solchen Überlegungen knüpfte 2007 der Bundeswettbewerb „idee.natur“ an – als Baustein einer Optimierung des „chance.natur“-Programms: Regionen, die im Wettbewerb für die Umsetzung eines NGP ausgewählt wurden, konnten dabei erstmals flankierende Mittel für Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung durch das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMEL) erhalten. Aktuell setzen fünf geförderte Siegerregionen ihre kombinierten Strategien um. Im Auftrag des Bundesamtes für Naturschutz werteten die Universität Göttingen und das nova-Institut zwischen 2011 und 2014 Erfahrungen des Wettbewerbs „idee.natur“ aus. Ein Ergebnis sind Empfehlungen für die weitere Ausgestaltung der Förderung von Naturschutzgroßprojekten, die bei der Novellierung der bisher gültigen Förderrichtlinien Berücksichtigung finden sollen.

Ermutigende Erfahrungen

Unabhängig von „idee.natur“ kombinieren in der regulären „chance.natur“-Förderung zahlreiche Regionen ihre Naturschutzgroßprojekte mit Maßnahmen für die ländliche Entwicklung. Sie nutzen dazu Programme der Regelförderung wie LEADER oder die Flurbereinigung aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“: beispielsweise für eine auf die Naturschutzziele abgestimmte Besucherlenkung durch einen naturverträglichen Wegebau oder für den Erwerb extensiv zu haltender Rinderrassen zur naturschutzgemäßen Beweidung. Die gemeinsame Umsetzung der NGP und passender Maßnahmen in der ländlichen Entwicklung ist jedoch sehr aufwendig. Es sind ausreichende Ressourcen und qualifiziertes Personal notwendig, um Naturschutzmaßnahmen zu managen und zugleich sinnvolle Kooperationen zur Regionalentwicklung zu erkennen. Wichtige Erfolgsfaktoren sind zudem besonders engagierte Personen und die Möglichkeit, Win-win-Situationen zwischen konkretem regionalem Naturschutz und verschiedenen Nutzungen, wie Land- oder Forstwirtschaft, herstellen zu können. Besonders vielversprechend für ein konstruktives Zusammenwirken von NGP und ländlicher Entwicklung sind Regionen, die außer einer intakten Natur kaum andere Potenziale aufweisen.

Dass die Integration von Naturschutz in die regionale Entwicklung ländlicher Regionen auf großes Interesse stößt, machte „idee.natur“ deutlich: 122 Regionen nahmen 2007 am Wettbewerb teil. Die fünf Siegerregionen haben inzwischen damit begonnen, beispielhafte Wertschöpfungsketten aufzubauen: In der Siegerregion Allgäuer Moorallianz nimmt beispielsweise die Bewirtschaftung brachliegender Streuflächen wieder zu. Es zeigen sich allerdings auch Verbesserungspotenziale: So fehlte es „idee.natur“ zum einen an einer ausreichenden zeitlichen Ab-

stimmung zwischen getrennt geförderten Maßnahmen der ländlichen Entwicklung und denen des Naturschutzgroßprojektes. Zum anderen verzögerte sich die Umsetzung des NGP in allen „idee.natur“-Regionen, da viele notwendige Planungen und Abstimmungen in der kurzen Wettbewerbsphase nicht vollständig geleistet werden konnten.

Potenziale besser nutzen!

Die Forschungsergebnisse verdeutlichen wichtige Muster der Zusammenarbeit zwischen NGP und ländlicher Entwicklung: Zum einen dienen parallel umgesetzte Maßnahmen der Akzeptanzsteigerung des Naturschutzes bei regionalen Akteuren, beispielsweise aus der Landwirtschaft, wenn sie zusätzliche Einnahmen versprechen. Zum anderen können Regionalentwicklungsmaßnahmen wichtig sein, um die Naturschutzmaßnahmen selbst überhaupt umsetzen zu können. Akzeptanzförderung, naturschutzfachliche Notwendigkeiten und Synergien sowie erhöhte regionale Wertschöpfung – es gibt viele Potenziale für eine Verbindung von Naturschutzgroßprojekten und ländlicher Entwicklung. Um die existierenden Potenziale einer möglichen stärkeren Verknüpfung zu heben, wurden kurz- und langfristige ausgerichtete Politikempfehlungen formuliert (siehe Kasten). Vor dem aktuellen Hintergrund steigender Flächenpreise und der Konkurrenz verschiedener Ansprüche an Flächen könnte eine stärkere Verbindung zwischen der Naturschutzgroßprojektförderung und der Förderung ländlicher Entwicklung sogar neue Potenziale schaffen, die mehr als nur der Akzeptanzsteigerung des Naturschutzes dienen. Allerdings sollte darauf geachtet werden, die zentralen naturschutzfachlichen Anliegen von „chance.natur“ nicht aufzuweichen, damit das Programm weiterhin ein bedeutsames Naturschutzförderprogramm des Bundes bleibt.

Empfehlungen für die Politik

Kurzfristig sollte eine **naturschutzorientierte Regionalentwicklung im Rahmen der NGP-Förderrichtlinie** stärker berücksichtigt werden. Sie sollte diejenigen Maßnahmen der ländlichen Entwicklung umfassen, die zur Erreichung der Naturschutzziele notwendig sind. Sie könnten aus dem NGP-Topf finanziert werden, ohne parallele Bewilligungs- und Abwicklungsstrukturen aufbauen zu müssen. Darüber hinaus sollte in den „chance.natur“-Richtlinien stärker auf Anknüpfungspunkte zur regionalen Entwicklung hingewiesen werden und weiterhin die Möglichkeit bestehen, spezielle Sonderausschreibungen wie beim erfolgreichen Wettbewerb „idee.natur“ durchzuführen. Langfristig sollte die **Zusammenarbeit zwischen Naturschutzgroßprojekten und der ländlichen Entwicklung intensiviert** werden. Hierdurch und durch eine Einbettung in größere politische Strategien, wie die Nationale Biodiversitätsstrategie, sollte das bislang eher Insidern bekannte Programm „chance.natur“ als wichtiges Umsetzungsprogramm für qualitativ hochwertigen Naturschutz aufgewertet werden.



Mehr Informationen:

Dr. Michael Böcher
Georg-August-Universität Göttingen
Telefon: 0551 3919393
E-Mail: mboeche@uni-goettingen.de

Dirk Schubert
nova-Institut
Telefon 0228 5388438
E-Mail: dirk.schubert@nova-institut.de



Bild: © xxx



Patrick Dohmen, Vorsitzender des Euregio Kompetenzzentrums für Barrierefreiheit e. V.

„Barrierefreiheit geht jeden an – und sie beginnt im Kopf!“

Vor elf Jahren wurde in der Euregio Maas Rhein das Euregio Kompetenzzentrum für Barrierefreiheit e.V. (EUKOBA) gegründet. Unterstützt durch 140 ehrenamtlich aktive Mitglieder berät, schult und prüft es Kommunen, Einrichtungen und Unternehmen. Ein Schwerpunkt liegt auf der Sensibilisierung durch Selbsterfahrung, beispielsweise mittels Simulation von Demenz, Schlaganfall oder Alter sowie branchenspezifischen Rollenspielen. Zusammen mit der RAL-Gütegemeinschaft Barrierefreiheit verleiht EUKOBA entsprechend ausgestatteten Objekten, Produkten und Dienstleistungen das 2012 eingeführte europäische RAL Gütezeichen barrierefrei. Patrick Dohmen ist Vorsitzender des Vereins. Er macht Barrierefreiheit aktuell zum Thema in zwei nordrhein-westfälischen Regionen, die sich für eine LEADER-Förderung bewerben – dem Indeland sowie dem Zusammenschluss „Alpen, Rheinberg, Sonsbeck, Xanten“. www.eukoba.com

Herr Dohmen, was bedeutet Barrierefreiheit?

Eigentlich ist diese Frage einfach zu beantworten: die gesamtgesellschaftliche und branchenübergreifende Notwendigkeit, für alle zugänglich zu sein und die Bedürfnisse aller zu berücksichtigen – vom kleinen Kind bis zum Greis. Stattdessen wird Barrierefreiheit vielfach mit Synonymen wie behinderten- oder rollstuhlgerecht gleichgesetzt. Die Beschränkung auf Menschen mit Behinderung, klassisch den 50-Jährigen im Rollstuhl, hat dazu geführt, dass sich 90 Prozent der Gesellschaft nicht angesprochen fühlen, weil sie scheinbar nicht betroffen sind. Diese Fehlinterpretation zieht sich durch alle gesellschaftlichen Bereiche und ist im Hinblick auf die demografische Entwicklung eine fatale Fehleinschätzung: Barrierefreiheit ist eine Generationenaufgabe, mit deren Umsetzung wir heute beginnen müssen.

Sie ist also auch als Prozess zu verstehen?

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass Barrierefreiheit nicht heute oder in einem Jahr abgeschlossen werden kann. Tatsächlich wird sie nie zu 100 Prozent erreichbar sein. Jetzt geht es darum, den Grundstein für ein gesellschaftliches Umfeld in der Zukunft zu legen – in der wir selbst alt sind. Zur Lösung dieser Herausforderung benötigen wir vor allem eine gehörige Portion Pragmatismus und Kompro-

missbereitschaft. Damit meine ich ausdrücklich nicht die Möglichkeit, Mogelpackungen zu schaffen, sondern beispielsweise die Verständigung auf einheitliche Standards.

Die Nachfrage nach barrierefreien Lebens-, Wirtschafts- und Arbeitsräumen wird durch die demografische Entwicklung steigen. Welche Perspektiven gibt es für den ländlichen Raum?

Laut einer Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik beläuft sich der Investitionsbedarf für öffentliche Infrastrukturen in Deutschland bis 2030 auf rund 54 Milliarden Euro. Die Zahl ist mit Vorsicht zu behandeln, denn zum einen macht die Studie keine Angaben zu privatwirtschaftlichen Investitionen und beschränkt die Schätzung auf baulich-technische Anpassungen öffentlicher Gebäude. Zum anderen lässt sie den ländlichen Raum außen vor. Im Fokus steht der barrierefreie Ausbau urbaner Strukturen. Das zeigt sich auch anderweitig: Prognosen für ländliche Räume finden bei Sozialraumgestaltern nur peripher bis keinerlei Berücksichtigung. Zukunftsperspektiven für die Entwicklung barrierefreier ländlicher Räume sind bisher nicht vorgeesehen. Hier möchte ich Landräte und verantwortliche Akteure zum Nachdenken und Handeln aufrufen und dazu, sich nicht von vermeintlich hohen Umsetzungskosten erschrecken zu lassen. Barrierefreie Zu-

gänge lassen sich auch einfach realisieren: Warum nicht beispielsweise Diskretionsräume im Parterre einrichten, die Behördenmitarbeiter für Bürgergespräche nutzen?

Neben stufenlosen Rathäusern gibt es eine ganze Reihe barrierefreier Ansätze im ländlichen Raum, auch von privaten Anbietern. Ist das nicht bereits mehr als ein Anfang?

Fragt man zehn Menschen „Was ist barrierefrei?“, dann erhält man meist elf Antworten, selbst wenn es zehn Menschen mit identischer Einschränkung sind. Genauso verhält es sich mit der Aussage „Wir sind barrierefrei!“ von Inhabern, Anbietern und Herstellern. Die Produkte oder Angebote sind häufig auf bestimmte Behinderungsarten ausgerichtet und zudem oft branchenspezifisch. Dies führt zu Insellösungen. Ein barrierefreies Museum ohne barrierefreie Infrastruktur ist wenig zielführend. Gerade in ländlichen Räumen umfasst Barrierefreiheit weit mehr als abgesenkte Bürgersteige oder Rampen vor öffentlichen Gebäuden. Es geht darum, alle Angebotsformen und –themen zu verbinden. Damit dies gelingt, braucht es ein Bewusstsein dafür, Barrierefreiheit als gesellschaftliche Aufgabe anzuerkennen. Erst dann sprechen wir eine Sprache und können anfangen zu arbeiten.

Sie machen in zwei LEADER-Bewerberregionen aktuell Barrierefreiheit zum Thema. Wie lässt sich dieses regional einbinden?

Im Rahmen des LEADER-Prozesses kann die Barrierefreiheit in den Regionen analysiert werden: Wie funktioniert sie bisher? Gibt es branchenübergreifende barrierefreie Serviceketten? Anschließend sollen Chancen und Herausforderungen bewertet, Schlüsselstrategien und Erfolgsfaktoren abgeleitet und kompakte Umsetzungsvorschläge konzipiert werden. Es gilt, viele Fragen zu klären: Welche Voraussetzungen müssen von Kommunen und welche von privaten Anbietern erfüllt werden? Welche Wege und Konzepte sind zielführend und welche Angebote erfolgreich? Und wie können neue kooperative Ansätze umgesetzt werden? Konkret soll in den beiden Regionen erstmals ein Leitfaden für barrierefreie ländliche Räume entstehen, der kommunale und private Akteure mit Lösungsvorschlägen und Handlungsempfehlungen zur Umsetzung von Barrierefreiheit unterstützt.

Außerdem möchten wir in den Regionen unseren BPASS® einführen – ein Ausweis für Anbieter von barrierefreien Objekten oder Dienstleistungen, der ähnlich aufgebaut ist wie der Energieausweis auf Haushaltsgeräten. Er identifiziert den Grad und die Güte von barrierefreien Angeboten für zehn Zielgruppen von Kindern über Senioren bis zu Rollstuhlfahrern und Menschen mit kognitiven oder sensorischen Einschränkungen. Aktuell erproben wir den BPASS® in der Modellregion Wesel. Anbieter sollen ihn mit 19,90 Euro Schutzgebühr für drei Jahre kostengünstig erwerben können.



**Vielen Dank für das Gespräch!
Das Interview führte Anja Rath.**

**Barrieren simulieren,
um Barrierefreiheit zu fördern**

Wie mag es sich anfühlen, eine Beeinträchtigung zu haben? Und wie reagiert die Umwelt darauf, wenn jemand von der Norm abweicht? Um ein Bewusstsein für die gesamtgesellschaftliche Notwendigkeit von Barrierefreiheit zu schaffen, bietet EUKOBA seit zehn Jahren Sensibilisierungsschulungen an. Beim sogenannten SENSE-Programm werden mithilfe von Simulationen und Rollenspielen Alterserscheinungen und Behinderungen erfahrbar gemacht, zum Beispiel durch Demenz, Schlaganfall, Tremor, Erblindung, Autismus und Adipositas. Das Feedback von Kommunen, Unternehmen und Einrichtungen zeigt: Diese Selbsterfahrungen regen mehr und nachhaltiger zum Nachdenken an als alle anderen Medien und Methoden. Mittlerweile setzen Kommunen wie die Städteregion Aachen das SENSE-Programm als Bestandteil ihrer Ausbildung ein.



▲ **Blind für einen Tag – Die Erfahrung schult für den späteren Umgang mit Menschen, die nicht der Norm entsprechen.**

Politisches Umdenken

Im März 2009 ist die UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland in Kraft getreten. Im Juni 2011 beschloss das Bundeskabinett den Nationalen Aktionsplan zu deren Umsetzung – er wird durch Aktionspläne von Ländern, Kommunen, Institutionen und Unternehmen ergänzt. In ihrem Koalitionsvertrag haben die Regierungsparteien im November 2013 vereinbart, unter dem Grundsatz „Nichts über uns – ohne uns“ ein Bundesteilhabegesetz zu erarbeiten. Dessen Entwurf wird aktuell in einer vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales konstituierten „Arbeitsgruppe Bundesteilhabegesetz“ weiterentwickelt. www.gemeinsam-einfach-machen.de

Ist Koexistenz möglich?



Bild: © PhotographyByMK / Fotolia

Konventionell, ökologisch oder gentechnisch verändert – Verbraucher sollten zwischen den Produkten frei wählen können. Diese Wahlfreiheit beruht auf der Koexistenz, dem dauerhaften Nebeneinander von unterschiedlichen Produktionsmethoden. Das Forschungsprojekt PRICE hat über die letzten drei Jahre die Kosten und die Umsetzbarkeit für Landwirte, Händler und Verbraucher in der EU untersucht. Die Technische Universität München stellt ausgewählte Ergebnisse vor.

Von Maarten Punt und Justus Wesseler

Es gibt auf europäischer Ebene zahlreiche Regelungen, um gentechnisch veränderte Erzeugnisse zu kennzeichnen und zurückzufolgen und um Vermischungen oder Einkreuzungen zu vermeiden. Der Großteil der rechtlichen Rahmenbedingungen für die Koexistenz wird zudem von den einzelnen Mitgliedstaaten festgelegt: Sie schreiben spezifische Genehmigungsverfahren vor, fordern Mindestabstände zwischen Feldern mit und ohne Gentechnik oder setzen Maßnahmen zur Trennung bei Transport und Lagerung voraus. Über die ökonomischen Auswirkungen solcher Koexistenzmaßnahmen in der Praxis war bisher jedoch noch wenig bekannt.

Wie wird die Koexistenz in der EU umgesetzt?

Das von der EU geförderte Projekt „Practical Implementation of Coexistence in Europe“ (PRICE) wird von einem Konsortium aus vierzehn europäischen Universitäten, Behörden und Unternehmen unter Koordination der TU München bearbeitet. Die Wissenschaftler haben die Koexistenzmaßnahmen der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten verglichen und auf Basis einer umfassenden Kosten-Nutzen-Analyse untersucht. Zudem haben sie die Anforderungen und die Kosten der Koexistenz auf Ebene der Mais- und Soja-Wertschöpfungsketten vertiefend analysiert und dabei Akteure im Rahmen von Fallstudien beteiligt. Zusätzliche Studien zu gentechnikfreier Milch in Deutschland und der Schweiz haben weitere Erkenntnisse über Kosten und Nutzen der Trennung in der Wertschöpfungskette geliefert.

Die Präferenzen der Landwirte

In den Studien zur nationalen Koexistenz wurden sowohl biologische als auch praktische Maßnahmen auf landwirtschaftlicher Ebene getestet. Ein Beispiel für eine biologische Maßnahme ist die Nutzung von zytoplasmatischer männlicher Sterilität in Mais, welche dazu führt, dass keine gentechnisch veränderten Pollen produziert werden. Somit sind alle nachkommenden Maiskulturen in der Nachbarschaft gentechnisch unverändert. Dreijährige Feldversuche in Deutschland, Spanien und Tschechien im Rahmen von PRICE haben gezeigt, dass dies tatsächlich möglich ist und sich dadurch sogar die Ernteerträge geringfügig steigern lassen. Eine zweijährige Studie zu praktischen Maßnahmen mit gentechnisch verändertem und konventionellem Mais in Spanien hat gezeigt, dass die von der Industrie empfohlenen schmalen Pufferzonen von etwa zwölf Reihen konventionellem Mais für die Koexistenz ausreichen, selbst wenn die Maissorten zur gleichen Zeit blühen. Zusätzlich hat eine Befragung von insgesamt 1 473 Landwirten in Spanien, Deutschland, Portugal und Großbritannien gezeigt, dass die Einhaltung dieser Koexistenzmaßnahme von Landwirten als nicht besonders aufwendig eingeschätzt wird. Dabei wurden sowohl Landwirte befragt, die gentechnisch veränderte Pflanzen anbauen, als auch solche, die das nicht tun. Die Landwirte bewerten andere Maßnahmen wie vollständige Haftung und Differenzen in Aussaatzeiten (wenn überhaupt möglich) als wesentlich aufwendiger. Weitere einfache Maßnahmen aus Sicht der Landwirte sind eine fünfjährige Aufbewahrung

von Aufzeichnungen über den Anbau der gentechnisch veränderten Pflanzen und die Information von Nachbarn. Schwieriger wird es, wenn der Anbau mit den Nachbarn geplant werden muss oder die Zustimmung der Nachbarn oder der Behörden notwendig wird.

Computerprogramm als Entscheidungshilfe

Ein unterstützendes Computerprogramm für Landwirte, Saatgutproduzenten und regionale Händler als Entscheidungshilfe für Anbau, Verarbeitung und Transport gentechnisch veränderter Pflanzen befindet sich noch in der Testphase. Mit der Software kann zum Beispiel die erwartete Auskreuzungswahrscheinlichkeit zwischen Feldern mit gentechnisch veränderten und konventionellen Pflanzen berechnet werden. Die Software berechnet nicht nur konkrete Zahlen, sondern auch Schwankungsbereiche. Die Empfehlungen werden umso genauer, je mehr Daten zur Verfügung stehen, wie zum Beispiel das lokale Klima, die Pflanzensorte oder die vorherrschende Windrichtung. Auch kann mit der Software ermittelt werden, wie sich eine Maßnahme, zum Beispiel ein verpflichtender Mindestabstand von 150 Metern, auf die Koexistenz in der Landschaft auswirkt und auf welchen Feldern unter dieser Bedingung der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen möglich ist.

Nischenmarkt „Ohne Gentechnik“

Untersuchungen der neuen Regulierung der Europäischen Union bezüglich Import und Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen haben gezeigt, dass Verordnungen teilweise im Widerspruch zu Vereinbarungen mit der Welthandelsorganisation (WTO) stehen. Ob diese Widersprüche zu Beschwerden bei der WTO führen, ist aber fraglich, da eine Vielzahl von weiteren Handelsbelangen eine wichtige Rolle spielt.

Eine Befragung von Akteuren entlang der Wertschöpfungskette von Mais und Soja in Deutschland, der Schweiz, Italien und Portugal zeigt, dass bereits der größte Anteil des als Futtermittel importierten Futters gentechnisch verändert ist. Für internationale Großhändler sind

„Ohne Gentechnik“-Produkte eher ein Nischenmarkt, der meistens durch separate Ketten bedient wird; das heißt konventionelles und gentechnisch verändertes Soja wird zum Beispiel in unterschiedlichen Futtermittelwerken verarbeitet. „Ohne Gentechnik“-Milch ist in Deutschland ebenfalls ein Nischenmarkt. Meistens ist die Kennzeichnung Bestandteil einer Vermarktungsstrategie wie beispielsweise „Bio“, „Bergbauern“, oder „Heumilch“. In der Schweiz gibt es diese Kennzeichnungen ebenfalls, aber durch eine Kombination von Regelungen und Marktbedingungen sind dort zurzeit alle Produkte de facto „gentechnisch frei“. Effizienter sind aus ökonomischer Sicht wahrscheinlich die deutschen Regelungen.

Vertrauen der Bürger gibt den Ausschlag

In Fallstudien haben Beteiligte der Wertschöpfungskette für Nahrungsmittel bedeutende Faktoren für die Zukunft der Koexistenz in Europa identifiziert: Ihrer Ansicht nach sind das die Regulierung auf europäischer Ebene und das Vertrauen von Bürgern in gentechnisch veränderte Nahrungsmittel. Eines der wichtigsten Ergebnisse der Studie ist, dass wenn die Regulierung noch strenger wird, es für Händler nicht weiter problemlos möglich sein wird, Grundbestandteile für Futter- und Nahrungsmittel zu beziehen, da es vor allem zu wenig gentechnikfrei angebautes Soja gibt. Europa müsste sich dann auf weitere Importe von verarbeiteten Produkten einstellen und die Preise von Nahrungsmitteln würden steigen.

Fazit des PRICE-Projektes ist, dass es tatsächlich praktikable Möglichkeiten für eine Koexistenz in Europa gibt und dass gleichzeitig die Regulierung sowohl auf einzelbetrieblicher als auch auf europäischer Ebene verbessert werden kann, ohne dass die Sicherheit der Nahrungsmittel und der Umwelt beeinträchtigt wird. Der Preis für die Koexistenz wird allerdings teilweise vom Verbraucher bezahlt, wobei noch mit einem weiteren Preisanstieg zu rechnen ist. Ob der Verbraucher jedoch weiterhin bereit ist, diesen Preis zu zahlen, ist eine Frage, die nur die Zukunft beantworten wird.



Bild: © Fundació Mas Badia

Hinweis der Redaktion

Zum Thema Koexistenz gibt es bereits verschiedene Studien, die zu anderen Ergebnissen kommen, als das hier vorgestellte PRICE-Projekt. Auf der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung in Auftrag gegebenen Internetseite finden Sie eine Auswahl entsprechender Studien und ihre Zusammenfassung:

www.biosicherheit.de/koexistenz.html



Mehr Informationen:

Prof. Dr. Justus Wesseler
Technische Universität München
Telefon: 08161 712280
E-Mail: justus.wesseler@tum.de
<http://price-coexistence.com>





Ländliche Mobilität zum Thema machen

Die Studie „Mobilitätsoptionen Älterer im ländlichen Raum“ entstand im Auftrag des ADAC, der im Rahmen eines Workshops mit Experten aus Wissenschaft und Praxis die gewonnenen Ergebnisse, praktische Lösungsansätze und Handlungsfelder diskutierte. Mit der Veranstaltung „Mobilität im ländlichen Raum – ausgebremst und abgehängt?“ brachte der Club im Oktober 2014 die Mobilitätssicherung in ländlichen Räumen als Thema in die öffentliche und politische Diskussion ein. Derzeit arbeitet er an einem Positionspapier, um die Mobilitätssicherung im ländlichen Raum weiterhin zu begleiten.

Bild: © Martijan - fotolia.com

Alt und trotzdem mobil?

Besonders in ländlichen Regionen geht die Bevölkerung zurück, das Durchschnittsalter steigt und wohnortnahe Versorgungsmöglichkeiten sind auf dem Rückzug. Deshalb ist Mobilität für eine gesellschaftliche Teilhabe hier besonders wichtig. Vor diesem Hintergrund hat die IGES Institut GmbH im Auftrag des ADAC ältere Menschen im ländlichen Raum zu ihren Mobilitätsbedürfnissen befragt und Handlungsempfehlungen ausgesprochen.

Von Christoph Gipp, Petra Nienaber und Guido Schiffhorst

Während das allgemeine Mobilitätsverhalten in Deutschland umfassend und regelmäßig untersucht wird – etwa in „Mobilität in Deutschland“ oder im „System repräsentativer Verkehrsbefragungen“ –, ist die Datengrundlage zur Mobilitätssituation im ländlichen Raum bislang nur sehr lückenhaft. Das gilt insbesondere für die Zielgruppe der Älteren. Im Auftrag des ADAC hat die IGES Institut GmbH deshalb rund 1 000 ältere Menschen in den drei Altersgruppen 55 bis 64 Jahre, 65 bis 74 Jahre sowie ab 75 Jahre befragt, um folgende Fragen zu klären: Welchen besonderen Anforderungen unterliegt die Mobilität Älterer im ländlichen Raum? Wie werden die diesbezüglichen Bedürfnisse der Älteren befriedigt? Welchen Stellenwert hat der Pkw in diesem Zusammenhang und welche sinnvollen Alternativen zum Pkw gibt es? In Anlehnung an die Raumstrukturkategorien des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung wurden ländliche Räume entsprechend der Bevölkerungsdichte abgegrenzt.

Der Pkw hat den höchsten Stellenwert

Die Analyse der Wegezwecke sowie der Verkehrsmittelwahl zeigt, dass der Pkw das dominierende Verkehrsmittel im ländlichen Raum ist. Mehr als die Hälfte aller Wege wird demnach als Fahrer oder Mitfahrer im Pkw zurückgelegt. Je jünger, umso eher fahren die Befragten den Pkw selbst, während das Mitfahren im Pkw mit zunehmendem Alter ansteigt. Pkw-Mitfahrer fahren am häufigsten bei Familienangehörigen mit.

Der Anteil der zu Fuß und per Fahrrad zurückgelegten Wege nimmt mit zunehmendem Alter der Befragten ab. Bus und Bahn spielen eine eher untergeordnete Rolle für die Mobilität der Älteren: Die schwierige Mitnahme von Gepäck oder Einkäufen, die Inflexibilität durch feste Fahrpläne sowie lange Reisezeiten wurden am häufigsten als Nutzungshemmnisse genannt. Eine unerwartet hohe Bedeutung hat das Taxi, insbesondere für Arztbesuche und Ausflüge. Im Vergleich zum bundesweiten Durchschnitt ist der Anteil der Fußwege und der Bus- und Bahnnutzung im ländlichen Raum geringer, da die Möglichkeiten hierfür eingeschränkter sind. Die Befragten unternehmen zudem im Vergleich zu Gesamtdeutschland weniger Ausflüge und fahren weniger häufig zu Freunden und Verwandten.

Gesundheitliche Einschränkungen als großer Einflussfaktor

Das subjektive Gefühl von Sicherheit im Straßenverkehr nimmt mit zunehmendem Alter ab. Dabei wird der Pkw noch als sicherstes Verkehrsmittel bewertet, während das Fahrradfahren und Zufußgehen eher als unsicher empfunden werden. Mit steigendem Alter der Befragten nehmen zudem sowohl die Zufriedenheit mit der eigenen Gesundheit als auch das Empfinden, uneingeschränkt mobil zu sein, ab. Befragte mit weniger zufriedenstellender Gesundheit sind öfter Pkw-Mitfahrer als solche, die mit ihrer Gesundheit zufrieden sind. Damit zeigt sich zum einen, dass ein Großteil der

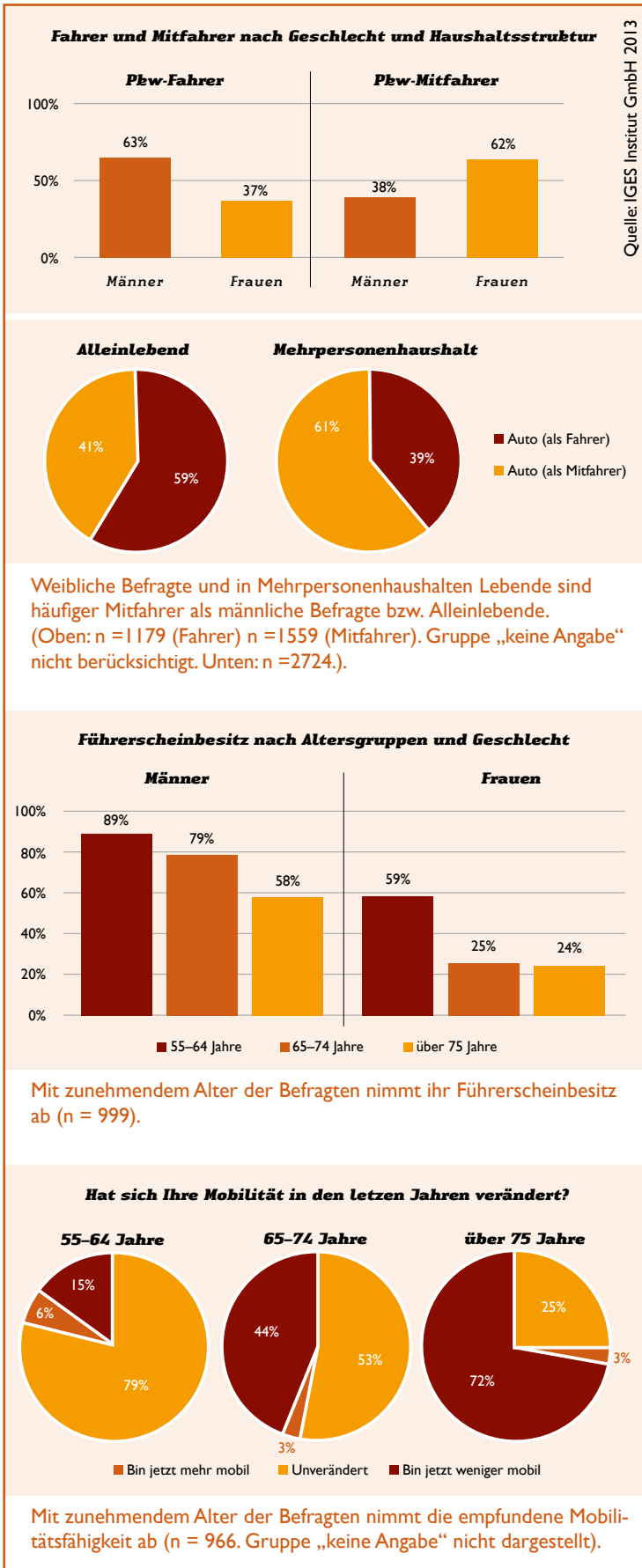
Befragten sich seiner gegebenenfalls vorhandenen gesundheitlichen Einschränkungen bewusst ist. Zum anderen zeigen die Betroffenen, die wegen gesundheitlicher Einschränkungen das Selbst-Fahren aufgeben, einen hohen Grad an Eigenverantwortung. Diese Verantwortung kann jedoch nur wahrgenommen werden, wenn ausreichende Mobilitätsalternativen zum Pkw-Fahren vorhanden sind.

Wenig Interesse an Carsharing, Rufbus & Co

Es wird deutlich: Die Abhängigkeit von anderen Mobilitäts Optionen neben dem eigenen Pkw oder dem Fahrrad wächst mit zunehmendem Alter. Allerdings stellen die derzeitigen Optionen im ländlichen Raum – wie Rufbusse, Carsharing oder Elektrofahräder – bisher keine ernsthafte Alternative dar. Die Mehrheit der befragten älteren Menschen kennt weder Carsharing- noch Rufbus-Angebote und selbst Elektrofahräder scheinen derzeit bestenfalls für die jüngeren Senioren eine Mobilitäts Option zu sein. Entsprechend gering fällt die Nutzung dieser Angebote durch die Befragten aus. Dagegen sind Mitnahmeverkehre bekannter und werden – allerdings nur im privaten Rahmen – von einem Großteil der Befragten auch häufig genutzt, indem sie zum Beispiel bei Familienmitgliedern oder Bekannten im Pkw mitfahren. Zudem gaben 71 Prozent aller Befragten an, dass sie an keinem der neueren Mobilitätsangebote interessiert seien und eine Nutzung auch dann nicht in Betracht ziehen würden, wenn eines der Angebote in ihrem Wohnort verfügbar wäre. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch folgendes Ergebnis: Die Mehrheit der Älteren sehen die Mobilitätssicherung im ländlichen Raum nicht als Problem an. 60 Prozent aller Befragten sind der Auffassung, dass sich ihre Mobilität in Zukunft kaum ändern wird.

Wie lässt sich die Mobilität Älterer im ländlichen Raum sichern? Um die Mobilität Älterer im ländlichen Raum zu sichern, sollte also ein besonderer Fokus auf der stärkeren Etablierung von – beispielsweise gewerblich organisierten – Mitnahmeverkehren liegen. Insbesondere für die Gruppe der allein lebenden Älteren im ländlichen Raum wären solche Angebote wichtig, da mehr als die Hälfte von ihnen keinen Pkw besitzt. Zudem müssen die Angebote des ÖPNV stärker den Nutzerwünschen entsprechen und speziell auf Ältere zugeschnitten sein, indem etwa die sichere Mitnahme von Rollatoren ermöglicht wird.

Für ein attraktives Bus- und Bahnangebot sind zudem neue Finanzierungsmöglichkeiten zu diskutieren, beispielsweise die stärkere Einbindung von Städten und Gemeinden in die Gestaltung des Nahverkehrs oder die Einführung einer direkten Nutzerfinanzierung. Die Befragungsergebnisse lassen weitere Handlungsfelder erkennen: So sollte zum einen das Thema Gesundheitsmobilität im ländlichen Raum stärker in den Fokus rücken. Patientenfahrdienste könnten zum Beispiel die ambulante Gesundheitsversorgung ergänzen und die medizinische Versorgung für Ältere im ländlichen Raum verbessern. Zum anderen müssen Maßnahmen zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls Älterer im Straßenverkehr entwickelt und unterstützt sowie die Zielgruppe gezielt darüber informiert werden. Ein Fahrtraining kann beispielsweise die Fahrkompetenz Älterer erhöhen und somit auch deren Sicherheitsgefühl nachhaltig stärken. Es gilt nun, verstärkt über das Thema Mobilitätssicherung im ländlichen Raum aufzuklären, eine zeitnahe öffentliche Auseinandersetzung anzustreben und gemeinsam mit der Politik Lösungsansätze zu entwickeln.



Mehr Informationen:

Christoph Gipp
 IGES Institut GmbH
 Telefon: 030 230809589
 E-Mail: christoph.gipp@iges.de
 www.iges.de/IGES_Mobilitaet

Christian Laberer
 Interessenvertretung Verkehr (VIN)
 ADAC e.V.
 Telefon: 089 7676 6249
 E-Mail: christian.laberer@adac.de
 www.adac.de/mobilitaet-laendlicher-raum



LINC 2014 – The Art of Cooperation



Vom 2. bis 4. September 2014 trafen sich rund 250 Teilnehmer aus 14 EU-Staaten bei der europäischen LEADER-Konferenz, um über die „Kunst des Kooperierens“ zu diskutieren und im sportlichen Wettstreit aktiv zu kooperieren. Aus Deutschland war eine neunköpfige Delegation angereist: Vertreter von zwei Vernetzungsstellen sowie von fünf Lokalen Aktionsgruppen – ein Erlebnisbericht.

Von Christian Plöhn

Viefältig folkloristisch war sie, die gemeinsame Eröffnungszereemonie auf dem Marktplatz von Sillian in Osttirol: Viele Teilnehmer waren in historischen Trachten ihrer Heimatregionen gekommen. Untermalt wurde die Feierlichkeit mit regionaler Blasmusik und traditionellen Salutschüssen. Beim landestypischen Abendessen stimmten sich alle auf die gemeinsamen LEADER-Tage ein.

Arbeitsgruppen und kooperativer Wettstreit

Der zweite Tag startete mit Workshops zum Thema Grundlagen für eine erfolgreiche Kooperationsarbeit. Dabei nutzten die Teilnehmer eine Methodik der unterschiedlichen Betrachtungsweise: Ein „Träumer“ formulierte Ziele, ein „Macher“ benannte die dafür nötigen Umsetzungsschritte und ein „Optimierer“ stimmte diese abschließend aufeinander ab.

Nachmittags gab es die erste Möglichkeit zur Kooperation: In Anlehnung an den Staffelwettbewerb „Dolomitenmann“ mit vier Disziplinen maßen sich bunt zusammengewürfelte Vierer-Teams im sportlichen Wettstreit in einem Hochseilgarten, auf einem Mountainbike-Parcours, paddelnd und als Bergläufer. Die Teams mit deutscher Beteiligung schlugen sich durchaus achtbar, landeten auf den Plätzen 6 und 7 und hatten nur knapp eine Minute Rückstand zum österreichisch-finnischen Siegerteam. Nach dem Osttiroler Abend – bei Kaiserschmarren und Schuhplattler hoch oben auf dem Thurntaler – bot die Karaoke-Nacht eine Chance zur Revanche. Es war ein Kopf-an-Kopf-Rennen ohne eindeutigen Sieger: Bei der deutschen Interpretation von „99 Luftballons“ sang der gesamte Saal, für ihre Umsetzung des Klassikers „Italiano“ erhielten die Finnen Standing Ovations.

Fachexkursionen und internationale Köstlichkeiten

Fünf Themen-Exkursionen zu erfolgreichen LEADER-Projekten standen tags darauf auf dem Programm. Eine der Exkursionen, eine Fahrradtour, führte entlang des Flusses Drau zu einer Ausstellung über den Ersten Weltkrieg, einem Kosmetik-Garten sowie Projekten zu den Themen Energieeinsparung und Verkehrsanbindung. Die Exkursion „Leben im Tal“ bot eine Fotodokumentation über die regionalen Veränderungsprozesse, den Besuch einer lokalen Schnapsbrennerei und zeigte das Beispiel einer kooperativen Siedlungsentwicklung. „Leben in den Alpen“ führte Probleme des abgeschiedenen Lebens vor Augen – und Lösungsansätze: ein Rufbussystem, Kooperationen von Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen sowie moderne Architektur im Dorf. „Tradition und Tourismus“ präsentierte eine grenzüberschreitende Kooperation beim Gesundheits- und Naturtourismus, klimaneutrale touristische Attraktionen und gab einen Einblick in das Biathlonzentrum, in dem sich Ole Einar Bjørndalen vorbereitet. Wie naturräumliche Potenziale zur Energieeffizienz beitragen können, zeigte bei der Exkursion „Natürlich Energie aufladen“ zum Beispiel die Aktion „Energieautarke Gemeinde“.

Das internationale Buffet mit Spezialitäten aus allen Teilnehmerländern war ein stimmungsvoller Abschluss der – auch dank des herzlichen und engagierten Organisationsteams – gelungenen Konferenz. Viele neue persönliche LEADER-Kontakte wurden geknüpft, interessante Ideen ausgetauscht und der Kooperationsgedanke wurde vertieft. 2015 lädt die LAG La Cittadella del Sapere nach Südtalien ein – wir sehen uns wieder.



Die deutsche Delegation im Hintergrund – zwar trachtenlos, aber voll freudiger Erwartung.

Bilder: © C. Plöhn



Mehr Informationen:

Christian Plöhn
LEADER-Regionalmanager
LAG Donnersberger und Lautrer Land
entra Regionalentwicklung
Telefon: 06302 9239-15
E-Mail: christian.ploehn@entra.de
www.entra.de



Bild: © AktivRegion Steinburg

Imme Lindemann vom Büro für Regionalentwicklung RegionNord und Christian Holst von der egeb: Wirtschaftsförderung

„Der internationale Austausch bringt alle beteiligten Regionen weiter!“



Im Jahr 2003 fragte ein LEADER-Manager aus der finnischen Region Südost-Bottien in der damals neuen, schleswig-holsteinischen LEADER+-Region Steinburg an, ob man sich austauschen wolle. Seitdem ist eine lebendige Verbindung mit regelmäßigen, gegenseitigen Besuchen entstanden – zuletzt von einer finnischen Delegation, die sich diesen Sommer in den heutigen AktivRegionen Steinburg und Holsteiner Auenland zum Thema Jugend informiert hat. Organisiert haben den Besuch Christian Holst von der egeb: Wirtschaftsförderung und Imme Lindemann vom Büro für Regionalentwicklung RegionNord, die von Anfang an gemeinschaftlich das Regionalmanagement der LAG Steinburg betreiben.

Frau Lindemann, was für eine Wirkung hatte der finnische Besuch in Ihrer Region?

Die besuchten Organisationen und Projektträger sind erfreut und stolz, dass wir kommen und Gäste aus dem Ausland mitbringen. Wir hatten für den zehnköpfigen finnischen Jugendausschuss aus der LAG Liverii ein viertägiges Programm mit vielen Projektbesuchen – zum Beispiel bei einer Organic Farm – organisiert und haben mit dem Leiter des Kinder- und Jugendbüros der Kreisstadt Itzehoe und seinem Team gesprochen. Den hochwertigen Spielplatz, den wir besucht haben, hat uns der Bürgermeister des Ortes präsentiert. Das ist auch sehr gut, um weitere Ideen bei unseren eigenen Projektträgern anzustoßen.

Wie oft organisieren Sie solch ein Besuchsprogramm oder Reisen nach Finnland?

Das Ganze kostet sehr viel Zeit, deshalb sind es Einzelfälle oder es gibt einen konkreten Anlass. In unserer Region konnten wir auf eine langjährige, historisch begründete Partnerschaft, die auf die Gründungszeit des heutigen Finnlands von 1915 bis 1917 zurückgeht, aufbauen. Das war sehr hilfreich, denn so kann man leichter mit dem Management Kontakte knüpfen, sich bekannt machen und erst einmal sondieren, ob gemeinsame Aktionen möglich sind.

Herr Holst, die finnischen und Ihre LEADER-Regionen bringen sehr unterschiedliche regionale Voraussetzungen mit. Wo sind gemeinsame Themen?

Wir haben bereits bei dem ersten Besuch festgestellt, dass unsere Themen sich ähneln: Mobilität, demografische Entwicklungen, Schließungen von Schulen, Organisation von Ärzten auf dem Land und so weiter. Es geht auch in Finnland um die Frage: Wie kann ich meinen Raum lebenswerter für die Bevölkerung machen und für die Zukunft sichern? Ein großer Unterschied zu uns ist, dass die Finnen vor ihrem Beitritt in die EU 1995 ihre Regionen fördertechnisch perfekt zugeschnitten und ihre Verwaltung angepasst haben. Sie können EU-Mittel viel schneller bekommen und umsetzen als wir – insofern kann auch unsere Verwaltung eine Menge lernen.

Ist die Verwaltung denn in Ihre deutsch-finnische Beziehung eingebunden?

Unsere Verwaltungsbehörde kennt die finnische Förderung: Ein ehemaliger Vertreter war eingebunden und hat auch an einem Austausch teilgenommen. Man weiß um die wesentlich schlanker organisierte, in Bezug auf kleine Unternehmen wirtschaftsorientiertere Förderung, die von vornherein eine nationale Ko-Finanzierung einstellt. Unsere Landesregierung bietet erfreulicherweise die Möglichkeit, dass jede Region in der neuen Förderperiode ein bisschen eigenes öffentliches Geld aus Landesmitteln bekommt. Damit können wir zum ersten Mal die nationale Ko-Finanzierung für private Projekte stellen und Private, beispielsweise Vereine und Unternehmen, fördern. Da haben wir schon mal was aus Finnland gelernt.

Was ist Ihre Hauptmotivation, die Beziehung mit den finnischen Regionen weiterhin zu pflegen?

Unser Hauptpartner ist die LEADER-Region Aisapari. Wir haben uns gegenseitig intensiv kennengelernt. Ganz konkret sind auch zwei Kooperationsprojekte entstanden: Wir haben zum Beispiel ein Handwerker Netzwerk aufgebaut, um finnische Handwerksprodukte regional zu vertreiben. Den Schritt in die Professionalität mit einem geschäftsfähigen Rechtskörper hat es nicht gegeben, aber die Kontakte werden weiter genutzt. Wir sind häufig Initiator, bringen die Leute und Institutionen zusammen und hoffen, dass Kontakte sich selbstständig weiterentwickeln.

**Vielen Dank für das Gespräch.
Das Interview führte Anja Rath.**

Mehr zu den Regionen:
www.leader-steinburg.de
www.aktivregion-holsteinerauenland.de
www.aisapari.net und www.liiveri.net



Waldklimafonds schafft Anreize zu mehr Klimaschutz

Wald und Holz binden CO₂ und speichern Kohlenstoff – sie spielen daher eine wichtige Rolle, um die klimapolitischen Ziele der Bundesregierung zu erreichen. Der Waldklimafonds fördert modellhafte Maßnahmen, die dem Klimaschutz dienen und die Wälder in ihrer Anpassung an den Klimawandel unterstützen.

Von Marianne Wagner, Patrick Anhelm und Markus Röhling

Der globale Klimawandel zählt neben dem Schutz der biologischen Vielfalt zu den zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Dabei stützt sich eine erfolgreiche Klimapolitik auf die Vermeidung von klimawirksamen Emissionen, die Einbindung von Kohlenstoff sowie die Anpassung an die Folgen des Klimawandels. Hierbei kommt dem umweltfreundlichen, kohlenstoffspeichernden und ressourcenschonenden Rohstoff Holz eine besondere Bedeutung zu. Kohlenstoffspeicherung in den Wäldern und in langlebigen Holzprodukten entlastet allein in Deutschland die Atmosphäre von Treibhausgasen in einer Größenordnung von über 120 Millionen Tonnen CO₂ im Jahr (Stand 2008).

Alles dreht sich um den Kohlenstoff

Die Mittel des Waldklimafonds sollen deshalb zum einen den Beitrag von Wald und Holz zum Klimaschutz im Rahmen einer nachhaltigen, ordnungsgemäßen Forstwirtschaft stärken, zum anderen die deutschen Wälder bei ihrer notwendigen Anpassung an den Klimawandel unterstützen. Dabei sollen alle Waldfunktionen berücksichtigt werden, einschließlich des Erhalts der biologischen Vielfalt. Ziele sind die Stärkung der Funktion der Wälder und Holzprodukte als lang andauernde CO₂-Speicher und -Senken sowie die Vermeidung von Treibhausgasemissionen. Darüber hinaus werden Maßnahmen in den Bereichen Forschung, Monitoring und Information sowie die Kommunikation gefördert.

Der Waldklimafonds

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit haben den Waldklimafonds gemeinsam am 1. Juli 2013 aufgelegt. Er ist Bestandteil des Energie- und Klimafonds der Bundesrepublik Deutschland und wird seit dem 1. Januar 2014 von der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung als Projektträger betreut.

www.waldklimafonds.de

Bunte Themenpalette

Momentan fördert der Waldklimafonds zahlreiche Einzel- und Verbundvorhaben mit einem Fördervolumen von insgesamt rund 22 Millionen Euro. Dabei handelt es sich zumeist um Bundesländer übergreifende Projekte. Die Themen erstrecken sich von der Reaktivierung von Moorkörpern im Wald über die Beratung von Kleinprivatwaldbesitzern zur Anpassung ihrer Wälder an den Klimawandel bis hin zur Modellierung von Waldbauszenarien anhand verschiedener Klimaänderungen, um zukünftig eine nachhaltige Forstwirtschaft gewährleisten zu können. Weitere Vorhaben beschäftigen sich mit der Entwicklung neuer, holzbasierter Werkstoffe, um energieintensiv hergestellte Materialien zu ersetzen und gleichzeitig mehr Kohlenstoff in langlebigen Holzprodukten zu speichern.

Im Projekt „Fit für den Klimawandel – Maßnahmen für eine nachhaltige, naturnahe Anpassung feuchter Wälder im Münsterland an Klimaveränderungen“ beispielsweise untersucht die NABU-Naturschutzstation Münsterland e.V. Waldflächen hydrologisch und stellt naturraumtypische Wasserverhältnisse wieder her, indem sie Moorwälder sichert, Auenwälder revitalisiert und Feuchtwälder optimiert. Das Projekt „DSS-RiskMan“ als weiteres Beispiel entwickelt ein internetbasiertes Informations- und Entscheidungsunterstützungssystem zur Risikoabschätzung und Anpassung der Waldbewirtschaftung auf der Ebene forstlicher Standorteinheiten.

Interessenten können jederzeit Projektskizzen über die folgende Internetseite einreichen, eine Ausschlussfrist gibt es hierfür nicht: <https://foerderportal.bund.de/easyonline/>



Mehr Informationen:

Markus Röhling
Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Telefon: 0228 6845-3193
E-Mail: wkf@ble.de
www.waldklimafonds.de



Bild: © shotbydave / iStockphoto

Den Ackerbau zukunftsfähig machen

Im Netzwerk Ackerbau Niedersachsen e. V. forschen und tauschen sich Landwirte und Vertreter aus Verwaltung, Wissenschaft, Beratung und Politik gemeinsam zu wichtigen Zukunftsthemen aus. Ihr Ziel ist es, Flächennutzungskonkurrenzen zu entschärfen und ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu unterstützen.

Von **Andreas Freytag**

Niedersachsen hat eine sehr heterogene Landwirtschaft – von intensiver Veredelung im Nordwesten bis zum intensiven Ackerbau im Südosten. Dass es Sinn macht, organisatorisch enger zusammenzuarbeiten, war Vertretern der Landespolitik, der Landwirtschaftskammer und der Landvolk- und Landfrauen-Verbände schon länger bewusst. Und so bemühten sie sich, das Ackerbauzentrum der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft nach Niedersachsen zu holen. Im Wettbewerb mit Sachsen-Anhalt blieb Niedersachsen aber nur zweiter Sieger. Auf Anregungen aus der Politik griffen sie dann 2012 die Idee erneut auf. Einem im selben Jahr spontan gegründeten Verein traten in der Anfangsphase Landwirte, Vertreter der Landwirtschaftskammer, der Landespolitik, des Landwirtschaftsministeriums und der Landfrauen bei. Heute hat der Netzwerk Ackerbau Niedersachsen e.V. 28 Mitglieder, darunter 13 Einzelmitglieder, 14 Institutionen aus Wissenschaft, Lehre, Bildung, Beratung und Verwaltung sowie ein Handelsunternehmen.

Gemeinsam erarbeitete Themenfelder umgesetzt

2012 diskutierten zunächst Vertreter der Praxis, der Verbände und Institutionen sowie der Wirtschaft in drei Workshops ihre Ideen zu den zukünftigen Themenfeldern des Netzwerks. Abschließend wurden in einer zweitägigen Strategieklausur folgende Arbeitsschwerpunkte erarbeitet:

- Wie kann Landwirtschaft für Lehrer, Erzieher, Pastoren und Journalisten begreifbar gemacht werden?
- Welche Ackerbaukonzepte werden bei knapper werdenden Wasserressourcen notwendig und wie lassen sich Nährstoffe aus Wirtschaftsdüngern effizienter nutzen?
- Wie kann Präzisionsackerbau (Precision Farming) dabei helfen?

Die dazu stattfindenden Aktivitäten werden über die Mitgliedsbeiträge finanziert. Ein voller Erfolg war bisher die Fachtagung mit Maschinen-vorführung zum Thema Wirtschaftsdünger. Sie gab einen wichtigen Impuls, die Verteilung der Wirtschaftsdünger vom veredlungsstarken Westen in die Ackerbauregion im Südosten Niedersachsens zu optimieren. Zum Thema Precision Farming startete der Verein gemeinsam mit der Landwirtschaftskammer eine Abfrage über die

landwirtschaftlichen Wochenblätter, deren endgültige Auswertung noch aussteht. Zum Thema Wasser wurde eine Zusammenarbeit mit der Fachhochschule in Bernburg vereinbart. Auf der diesjährigen Klausurtagung an der DEULA in Hildesheim stand das Thema Nachhaltigkeit im Ackerbau im Mittelpunkt. Zu diesem Thema soll auch ein Förderantrag an die EU im Rahmen der Europäischen Innovationspartnerschaften gestellt werden.

Ein großer Vorteil aller Teilnehmer an den Klausuren ist der enge Erfahrungs- und Meinungsaustausch zu den unterschiedlichsten Fragestellungen. Der Nutzen des Einzelnen ist deshalb nicht kurzfristig in Euro zu bewerten, sondern langfristig zu sehen. Da sich permanent alles verändert, ist es wichtig, im Gespräch zu sein, um sich gemeinsam orientieren zu können.

Netzwerk Ackerbau Niedersachsen e. V.

Das Netzwerk Ackerbau Niedersachsen e.V. hat sich zum Ziel gesetzt, einen strukturierten, verbindlichen Dialog zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Praxis zu schaffen und gemeinsam Projekte und Fördermittel zu akquirieren. Der Verein will Potenziale im Landmanagement analysieren und Innovationen anstoßen. Dazu sollen unter anderem gemeinschaftlich festgelegte Fragestellungen im Versuchswesen bearbeitet werden, um die produktionstechnische Beratung zu verbessern. Zusätzlich möchte der Verein die Öffentlichkeit sachgerecht informieren, ein gemeinsames regionales Marketing vorantreiben und Zugang zu einer Ideenschmiede sein.



Mehr Informationen:

Andreas Freytag
Landwirtschaftskammer Niedersachsen
Telefon: 04231 9276-20
E-Mail: andreas.freytag@lwk-niedersachsen.de
www.netzwerk-ackerbau.de



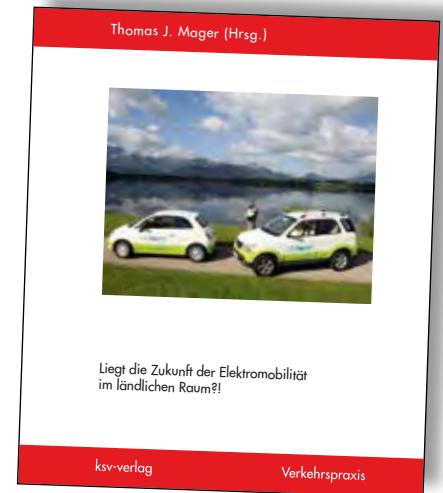
Von der Redaktion für Sie angelesen

Elektromobilität – ein Thema für den ländlichen Raum

Wie passen lange Wege im ländlichen Raum und kurze Reichweiten von Elektrofahrzeugen zusammen? Dieser und anderen Fragen nähern sich Autoren unterschiedlicher Arbeitsschwerpunkte in dem Sammelband „Liegt die Zukunft der Elektromobilität im ländlichen Raum?!“. Thematisiert wird sowohl, welche Rolle Elektrofahrzeuge bei der Sicherung der Mobilität in ländlichen Räumen spielen können als auch, welche Chancen und Perspektiven ländliche Räume bieten, Elektromobilität selbst weiterzuentwickeln und zu etablieren. Weitere Aspekte sind die mögliche Finanzierung und der notwendige Ausbau der Infrastruktur. Vorgestellt werden zudem drei Praxisbeispiele

zur Verkehrsplanung, die Elektromobilität einbeziehen. Ein Ziel der „multimodalen Verkehrsentwicklung“ der Stadt Offenburg ist, den rund 20 000 Berufspendlern aus dem Umland Mobilitätsalternativen zu bieten. Im Bayerischen Wald verknüpft das Projekt „E-Wald“ Regionalentwicklung mit Elektromobilität und bei der Umsetzung seines strategischen Mobilitätskonzeptes integriert Osnabrück gezielt Elektrofahrzeuge in die Bus- und Carsharing-Flotte. Ob die Zukunft der Elektromobilität nun im ländlichen Raum liegt oder nicht, bleibt unklar. Einig sind sich die Autoren darin, dass der Einsatz von Elektrofahrzeugen im ländlichen Raum Zukunft hat und sinnvoll möglich ist.

Von Moritz Kirchesch



Liegt die Zukunft der Elektromobilität im ländlichen Raum?!: Mager, Thomas J. (Hrsg.), Kölner Stadt- und Verkehrs-Verlag (2014), 140 Seiten, ISBN 9 783940 685841, 34 Euro.



Unternehmerische Potenziale besser nutzen – Handbuch für erfolgreiche Diversifizierung: Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Hrsg., 2013), 99 Seiten, Bestellung gegen Schutzgebühr von 5 Euro und kostenloser Download: www.stmelf.bayern.de/landwirtschaft/erwerbsskombination/050173/index.php

Unternehmerische Potenziale besser nutzen – anschauliches und konkretes Handbuch für erfolgreiche Diversifizierung

Von Anja Rath

Der Schlachtverein Regionale Vermarktung eG im Raum Sonthofen, das AmVieh-Theater im Landkreis Mühldorf am Inn und die Kommundienstleistungen vom Heunischhof bei Treuchtlingen – drei Beispiele für Einkommenskombinationen landwirtschaftlicher Betriebe in Bayern. Insgesamt 14 stellt die knapp 100-seitige Publikation vor, die die Forschungsgruppe Agrar und Regionalentwicklung Triesdorf im Auftrag des bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten erstellt hat.

Landwirtschaftliche Familienbetriebe darin zu unterstützen, sich zukunfts-fähig weiterzuentwickeln, ist das Ziel – und landwirtschaftliche Familien sind folgerichtig eine Zielgruppe. Das Handbuch eignet sich darüber hinaus als Hilfsmittel für die Aus- und Weiterbildung und die Beratung. Den Kapiteln vorangestellt ist eine für die Handhabung sehr hilfreiche Einführung zu Aufbau und Inhalten des Bandes. Den inhaltlichen Einstieg macht ein bayerisch geprägter Überblick über das Spektrum landwirtschaftlicher Unternehmensstrategien, gefolgt vom Kapitel „ansteckende Beispiele“. Ab Seite 46 bietet das Handbuch methodische

Hilfen dafür, seine unternehmerischen Chancen zu erkennen, zu bewerten und zu nutzen: mit einem Leitfaden für die systematische Analyse und Planung einer Unternehmensdiversifizierung – inklusive Arbeitsmaterialien im 20-seitigen Anhang, beispielsweise zur Einschätzung der Unternehmerpersönlichkeit und zur Erarbeitung eines Strategiekonzepts. Darüber hinaus stellt die Publikation Fördermöglichkeiten – auch bundesweite – vor und gibt einen Überblick über die rechtlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen, die bei einer Diversifizierung beachtet werden müssen. Beispielsweise werden Anforderungen aus dem Gewerbe-, Handwerks- und Lebensmittelrecht benannt und Fragen nach Rechtsform, Meldepflichten sowie Versicherungen behandelt. Dass im letzten Kapitel „Wer hilft weiter?“ vorwiegend bayerische Ansprechpartner genannt sind, sollte interessierte Leser aus anderen Bundesländern nicht abschrecken: Insbesondere die Teile zu Methoden und Rechtsrahmen bieten übertragbare Informationen und konkrete Hilfestellungen für alle, die über einen Nebenerwerb oder eine Einkommenskombination nachdenken.

... angekündigt

von Anja Rath

Frauen – aktiv für ländliche Regionen

Als mittlerweile festen Bestandteil der Internationalen Grünen Woche in Berlin veranstaltet das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) am **21. und 22. Januar 2015** zum achten Mal das **Zukunftsforum Ländliche Entwicklung**. Im neuen City Cube bietet es Akteuren des ländlichen Raums aus Politik, Verwaltung, Institutionen, Verbänden, Wissenschaft sowie betroffenen Personen die Möglichkeit zur Information, Diskussion und zum Austausch. Eingerahmt von der Eröffnungs- und der Abschlussveranstaltung vertiefen 21 Begleitveranstaltungen Aspekte des Leitthemas in Form von Fachvorträgen, praktischen Erfahrungsberichten und fachpolitischen wie wissenschaftlichen Diskussionen.

So beschäftigen sich einige Veranstaltungen mit weiblichem Unternehmertum und unternehmerischem Engagement. Ausgehend von rechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten und bestehenden Rahmenbedingungen soll herausgearbeitet werden, welche Potenziale bestehen und welche Voraussetzungen geschaffen werden müssen, um diese optimal zu nutzen. Einen – mitunter augenzwinkernden – Blick werfen andere Veranstaltungen auf Klischees von Landfrauen und vorhandene Rollenbilder. Sie stellen den Lebensalltag von Frauen in ländlichen Räumen vor, thematisieren die Bedeutung von Frauen für den sozialen Zusammenhalt und fragen nach gesellschaftspolitischen Umdenken. Außerdem werden das politische Engagement von Frauen und ihr Ein-

fluss auf die Landentwicklung zur Sprache kommen sowie Erwerbs- und Bleibeperspektiven für junge Menschen in ländlichen Räumen.

Einige Veranstaltungen greifen grundsätzliche Themen der ländlichen Entwicklung auf, die Männer und Frauen im gleichen Maße betreffen. So werden sich die Teilnehmer der Veranstaltung der Deutschen Vernetzungsstelle (DVS) aktiv mit dem Thema „Mitmachen als Prinzip? Bürger_innenbeteiligung in Dorf- und Regionalentwicklung“ beschäftigen (siehe auch Seite 11). Neben dem Fachinput hat sich das Zukunftsforum als Plattform zum Networking bewährt – eine gute Möglichkeit dafür bietet der Abendempfang des BMEL am 21. Januar.

www.zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de

**Bioökonomie und Wissensnetzwerke**

Inzwischen gehören Konzepte wie Bio-Ökonomie oder Green Economy zum Alltag in der Forschungs- und Beratungsarbeit. Sie sollen dazu beitragen, strategische Antworten auf globale Herausforderungen zu finden. **Einblicke hinter die Schlagworte im Kontext zukunftsgerichteter Landwirtschaft** will das **Institut für Ländliche Strukturfor-**schung bei seiner **Jahrestagung** geben: Welche Veränderungen sind notwendig, um die Landwirtschaft in einer bio-basierten Ökonomie zukunftsfähig zu machen? Thematisiert wird zudem, wie eine öffentlich finanzierte Agrarforschung zu den Veränderungsprozessen beiträgt und wie der

Wissenstransfer zwischen Forschung und Praxis realisiert werden kann.

Die Jahrestagung findet am **10. März 2015** auf dem **Campus Westend der Goethe-Universität Frankfurt** statt. Als Auftakt gibt es am Vortag eine Abendveranstaltung.

www.ifls.de/286.html

LandInForm

Ab sofort möchte ich **kostenlos** LandInForm – Magazin für ländliche Räume abonnieren.
Bitte schicken Sie mir von jeder aktuellen Ausgabe _____ Exemplare.

Institution _____

Vorname/Nachname _____

Straße/Hausnr. _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____ E-Mail _____

Datum _____ Unterschrift _____

Ich möchte den kostenlosen DVS-Newsletter landaktuell abonnieren.



Sie können LandInForm auch im Internet unter www.land-inform.de bestellen.

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Deichmanns Aue 29
53179 Bonn



Im Fokus unserer nächsten Ausgabe:

Klimaschutz in Gemeinden und Regionen



Termine

Zusammengestellt von Andrea Birrenbach

16. bis 25. Januar	Ländliche Räume – kreativ belebt Gemeinschaftsstand in der Halle 4.2 „Lust aufs Land“, Internationale Grüne Woche 2015 in Berlin <small>Info auf Seite 5</small>	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS) www.kurzlink.de/IGW_DVS-Stand_2015	
21. und 22. Januar	Frauen – aktiv für ländliche Regionen Zukunftsforum Ländliche Entwicklung 2015 in Berlin <small>Info auf Seite 59</small>	Bundesministerium für Landwirtschaft und Ernährung (BMEL) www.zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de	
21. Januar	Mitmachen als Prinzip? Bürger_innenbeteiligung in Dorf- und Regionalentwicklung Veranstaltung im Rahmen des Zukunftsforums Ländliche Entwicklung der Internationalen Grünen Woche (IGW) in Berlin <small>Info auf Seite 11</small>	Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS), Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (ASG), Bundesarbeitsgemeinschaft der LEADER-Aktionsgruppen (BAGLAG) www.netzwerk-laendlicher-raum.de/zukunftsforum	
29. Januar	Neustart für's Klima Fachtagung für kommunale Klimaschutzakteure in Bonn	Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen www.vz-nrw.de/neustart-tagung	
10. März	Bioökonomie und Wissensnetzwerke – Einblicke hinter die Schlagworte im Kontext zukunftsgerichteter Landwirtschaft Jahrestagung in Frankfurt <small>Info auf Seite 59</small>	Institut für Ländliche Strukturforchung (IfLS) an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main www.ifls.de/286.html	

Terminkalender unter: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/termine

Unser Fokuscartoon

Von Mele

